

Wortprotokoll

27. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

14. Juni 2018

Inhalt:

Eröffnung und Begrüßung

Mitteilungen des Vorsitzenden (Seite 5)

Trauerkundgebung für LAbg. und Vizebgm. a.D. Prof. Mag. Werner Wigelbeyer (Seite 5)

Fragestunde:

Beilage 9103/2018: Anfrage der Abg. Müllner, B.A. an Landesrätin Mag. Haberlander (Seite 5)

Beilage 9104/2018: Anfrage der Abg. Promberger an Landesrätin Mag. Haberlander (Seite 7)

Beilage 9105/2018: Anfrage des Abg. Bgm. Punkenhofer an Landesrat KommR Podgorschek (Seite 8)

Beilage 9106/2018: Anfrage der Abg. Wall an Landesrätin Gerstorfer, MBA (Seite 10)

Beilage 9107/2018: Anfrage des Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz an Landesrätin Mag. Haberlander (Seite 15)

Beilage 9108/2018: Anfrage der Abg. Schwarz an Landesrätin Mag. Haberlander (Seite 17)

Behandlung des Eingangs und Festlegung der Tagesordnung (Seite 19)

Geschäftsanträge:

Beilage 756/2018: Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Übertragung der Aufgabe der Pflege und Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigungen und Ausgliederung der Landespflege- und Betreuungszentren in die Oö. Landespflege- und Betreuungszentren GmbH

Redner/innen: Abg. KO Mag. Kirchmayr (Seite 20)
Abg. Wall (Seite 21)
Abg. Peter Binder (Seite 22)
Abg. Schwarz (Seite 23)

Beilage 758/2018: Initiativantrag betreffend ein Ticket-der-MOÖglichkeiten (Oberösterreich-Ticket)

Redner/innen: Abg. Bgm. Rippl (Seite 24)
Abg. Bgm. Raffelsberger (Seite 25)
Abg. Mayr (Seite 26)
Abg. Handlos (Seite 28)

Beilage 759/2018: Initiativantrag betreffend die sozialversicherungsrechtliche Absicherung von Pflegepersonen

Redner/innen: Abg. Peutlberger-Naderer (Seite 29)
Abg. Wall (Seite 30)
Abg. Schwarz (Seite 30)
Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer (Seite 32)

Beilage 760/2018: Initiativantrag betreffend Weiterführung der Erziehungshilfen nach der Volljährigkeit

Redner/innen: Abg. Peter Binder (Seite 33)
Abg. Wall (Seite 34)
Abg. Kaineder (Seite 35)
Abg. Stanek (Seite 37)

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 748/2018: Bericht des Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeits- und Innenausschusses betreffend den Bericht der Volksanwaltschaft zur Präventiven Menschenrechtskontrolle über das Jahr 2017

Berichterstatter/in: Abg. Präsident KommR Sigl (Seite 38)
Redner/innen: Abg. Präsident KommR Sigl (Seite 38)
Abg. Schwarz (Seite 39)
Abg. Kaineder (Seite 42)
Abg. Gruber (Seite 42)

Beilage 749/2018: Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und EU-Angelegenheiten betreffend den Tourismusbericht Oberösterreich 2017

Berichterstatter/in: Abg. Langer-Weninger (Seite 44)
Redner/innen: Abg. Langer-Weninger (Seite 44)
Abg. Schwarz (Seite 47)
Abg. Pröller (Seite 50)
Abg. Bgm. Punkenhofer (Seite 51)
Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 52)

Beilage 750/2018: Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und EU-Angelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2006 geändert wird (Oö. Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz-Novelle 2018 - Oö. EIWOG-Novelle 2018)

Berichterstatter/in: Abg. KommR Frauscher (Seite 54)

Redner/innen: Abg. Schießl (Seite 55)
Abg. Schwarz (Seite 56)
Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 58)
Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb (Seite 59)

Beilage 751/2018: Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die Weiterführung von Verkehrsdienst- und Tarifbestellungen im Rahmen des Grundvertrags für den ÖÖVV vom 19. Dezember 2002 im Zeitraum 9. Dezember 2018 bis 14. Dezember 2019

Berichtersteller/in: Abg. Handlos (Seite 62)

Redner/innen: Abg. Handlos (Seite 62)
Abg. Bgm. Rippl (Seite 62)
Abg. Weilbuchner (Seite 63)
Abg. Mayr (Seite 63)
Landesrat Mag. Steinkellner (Seite 64)

Beilage 752/2018: Bericht des Sozialausschusses betreffend die Genehmigung von Mehrjahresverpflichtungen für Investivprojekte im Bereich des Öö. Chancengleichheitsgesetzes

Berichtersteller/in: Abg. Peter Binder (Seite 66)

Redner/innen: Abg. Peter Binder (Seite 66)
Abg. Pühringer (Seite 66)
Abg. Wall (Seite 68)
Abg. Schwarz (Seite 69)

Beilage 753/2018: Bericht des Sozialausschusses betreffend eine Reform der Befähigung bzw. Ausbildung zum Notarzt

Berichtersteller/in: Abg. Prim. Dr. Aichinger (Seite 70)

Redner/innen: Abg. Bauer (Seite 70)
Abg. Schwarz (Seite 70)
Abg. Dr. Ratt (Seite 71)
Abg. Prim. Dr. Aichinger (Seite 72)

Beilage 754/2018: Bericht des Sozialausschusses betreffend die Umsetzung der Öö. Spitalsreform II; Jahresbericht der Evaluierungskommission

Berichtersteller/in: Abg. Prim. Dr. Aichinger (Seite 73)

Redner/innen: Abg. Peter Binder (Seite 73)
Abg. Prim. Dr. Aichinger (Seite 74)
Abg. Schwarz (Seite 75)
Abg. Dr. Ratt (Seite 77)

Beilage 755/2018: Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Jugend und Sport betreffend FH ÖÖ Studienbetriebs GmbH mehrjährige Verpflichtung des Landes Oberösterreich zur Kostenbeteiligung an den Studiengängen in den Fachhochschulstandorten in Oberösterreich

Berichterstatter/in: Abg. KO Mag. Kirchmayr (Seite 78)
Redner/innen: Abg. KO Mag. Kirchmayr (Seite 78)
Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz (Seite 79)
Abg. Promberger (Seite 80)
Abg. Mag. Lackner (Seite 80)

Beilage 756/2018: Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Übertragung der Aufgabe der Pflege und Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigungen und Ausgliederung der Landespflege- und Betreuungszentren in die Oö. Landespflege- und Betreuungszentren GmbH

Berichterstatter/in: Landeshauptmann Mag. Stelzer (Seite 81)

Vorsitz: Präsident KommR Sigl
Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Dr. Cramer
Dritte Präsidentin Weichsler-Hauer

Schriftführer: Erster Schriftführer Abg. Stanek

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Mag. Stelzer, die Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner und Mag. Dr. Strugl, MBA, die Landesräte Anschöber, Gerstorfer, MBA, Mag. Haberlander, Hiegelsberger, KommR Podgorschek und Mag. Steinkellner

Die Mitglieder des Landtags, entschuldigt Abg. Schaller

Landesamtsdirektor Ing. Dr. Watzl

Landtagsdirektor Dr. Steiner

Amtsschriftführerin Mag. Zahradnik-Uebe

(Beginn der Sitzung: 10.03 Uhr)

Präsident: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 27. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags und darf Sie dazu herzlich begrüßen. Ich begrüße im Besonderen die Mitglieder des Landtags insgesamt und die Mitglieder der Oberösterreichischen Landesregierung, an der Spitze Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer. Ich begrüße den anwesenden Bundesrat Ferdinand Tiefnig. Ich begrüße die Damen und Herren auf der Zuschauergalerie, insbesondere die Schülerinnen und die Schüler der Polytechnischen Schule Raab, die mit ihren Pädagoginnen und Pädagogen heute hier bei uns im Haus sind. Ich begrüße besonders die Bediensteten des Hauses, die Vertreter der Medien, sowie die Damen und Herren, die unsere Sitzung via Internet mitverfolgen.

Von der heutigen Sitzung entschuldigt ist Herr Landtagsabgeordneter Hans-Karl Schaller. Die amtliche Niederschrift über die 26. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags liegt in der Zeit vom 15. bis 29. Juni 2018 in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf.

Ich teile mit, dass seit der letzten Sitzung wiederum schriftliche Anfragen eingelangt sind. Wir haben Ihnen diese Anfragen und die schriftlich erteilten Antworten dazu bereits im Wortlaut übermittelt, sodass ich, vorausgesetzt, dass dagegen kein Widerspruch erhoben wird, von näheren Angaben dazu an dieser Stelle Abstand nehme.

Ich darf Sie nun bitten, sich von den Sitzen zu erheben. (Alle Anwesenden erheben sich von den Sitzen.)

Wir kommen nun zu einer Trauerkundgebung und ich muss ihnen mitteilen, dass Herr Landtagsabgeordneter a. D. Professor Mag. Werner Wigelbeyer am 2. Juni 2018 im Alter von 81 Jahren verstorben ist. Werner Wigelbeyer wurde am 1. Februar 1937 in Mürzzuschlag geboren. Während seines Lehramtsstudiums in Wien engagierte er sich in der Katholischen Hochschuljugend. Das ist quasi der Beginn seiner politischen Laufbahn. Werner Wigelbeyer wurde 1973 in den Oberösterreichischen Landtag gewählt, dem er bis 1997 angehörte. Während seiner Zeit als Abgeordneter war er Obmann des Ausschusses für Bildung, Jugend, Sport und Kultur sowie Mitglied des Ausschusses für Finanzen und allgemeine innere Angelegenheiten. Von 1995 bis zu seinem Ausscheiden war er auch Klubobmann-Stellvertreter des ÖVP-Klubs. Auch in seiner Heimatstadt Wels engagierte sich Werner Wigelbeyer. Er war von 1967 bis zum Jahr 1973 Gemeinderat und von 1973 bis 1991 auch im Stadtrat tätig. Von 1976 bis 1991 bekleidete er auch das Amt des Vizebürgermeisters. Werner Wigelbeyer war ein überaus engagierter Politiker und wurde von seinen Kollegen immer sehr geschätzt. Sein jahrzehntelanger Einsatz in den verschiedensten Funktionen trug wesentlich zur positiven Entwicklung des Landes Oberösterreichs bei und er war Vorbild für viele Generationen. Landtagsabgeordneter a. D. Prof. Werner Wigelbeyer war auch Träger des Goldenen Ehrenzeichens des Landes Oberösterreich.

Ich danke Ihnen!

Wir kommen nun zur Fragestunde. Eine Zusammenstellung der Anfragen haben wir auf ihren Plätzen aufgelegt und ich beginne mit der Anfrage der Frau Abg. Petra Müllner an Frau Landesrätin Mag. Christine Haberlander. Bitte Frau Abgeordnete!

Abg. **Müllner, B.A.:** Schönen guten Morgen! Nach der von ÖVP und FPÖ beschlossenen Abschaffung des beitragsfreien Ganztagskindergartens in Oberösterreich zum 1. Februar

2018 haben Sie nunmehr eine Evaluierung angekündigt und gleichzeitig informiert, dass deren Ergebnisse jedoch nicht für das kommende Kindergartenjahr 2018/2019 wirksam werden sollen. Inwiefern analysieren Sie bei der Evaluierung der Kinderbetreuungsgesetznovelle die durch Abmeldungen bedingten Kürzungen der Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen in den Gemeinden?

Präsident: Bitte, Frau Landesrätin!

Landesrätin **Mag. Haberlander:** Sehr geschätzte Frau Abgeordnete! Vor wenigen Wochen wurde der Evaluierungsfragebogen an die Träger übermittelt. Es gibt darin Fragen zum Ausfüllen, zum Ankreuzen, zum Einfügen, aber auch einen offenen Teil. Die Evaluierung beinhaltet Fragen zu Einrichtungen, zu den Gruppen, insbesondere zur Zahl der geführten Gruppen am Vor- und am Nachmittag, zu den Kindern und deren Betreuungsbedarf, zu den Tarifen und zum Personal. Die Evaluierung klammert nichts aus. Im Gegenteil, sie gibt offene Antwortmöglichkeiten mit Wünschen, Anregungen, auch einen gewissen Bedarf, den man hat. Ich empfinde das Land Oberösterreich als Partner für die oberösterreichischen Gemeinden, die den Bedarf vor Ort der Kinderbetreuung zu decken haben und daher ist es uns wichtig, als Land Oberösterreich zu erfahren, was brauchen die Gemeinden, welche Anregungen gibt es, damit wir sie bestmöglich in ihrer Aufgabe unterstützen können?

Präsident: Danke sehr! Gibt es eine Zusatzfrage? Bitteschön!

Abg. **Müllner, B.A.:** Vor dem Hintergrund, dass Oberösterreichs Kinderbetreuungseinrichtungen schon bisher die kürzesten Öffnungszeiten aller Bundesländer hatten und diese von den Eltern als großes Problem angegeben werden, warum wird im Zuge dieser Evaluierung eine befürchtete Veränderung der Öffnungszeiten nicht konkret abgefragt?

Landesrätin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich verweise auf das oberösterreichische Kinderbetreuungsgesetz, ganz konkret auf den Paragraph 9, zum Thema Öffnungszeiten. Hier steht drinnen, dass eine Wochenöffnungszeit für Krabbel- und Kindergartengruppen mindestens 30 Stunden betragen soll. Paragraph 2 jedoch sieht vor, wenn ein geringerer Bedarf nachgewiesen wird, dann ist in Abstimmung mit den Eltern, deren Kinder zum Besuch der Kinderbetreuungseinrichtung angemeldet sind, auch weniger Betreuungsbedarf möglich und eine geringere Öffnungszeit möglich. Das heißt, entsprechend dem Bedarf bieten die oberösterreichischen Gemeinden Kinderbetreuung an. Sollte es Anregungen und Wünsche der Gemeinden geben, wie das Land Oberösterreich die Gemeinden in ihrer Betreuungssituation unterstützen kann, so kann man das im Rahmen der Evaluierung anmelden.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Müllner, B.A.:** Ja! Frau Landesrätin, ist ihnen bekannt, wie viele Kinder mit Sprachförderbedarf unter den abgemeldeten Kindergartenkindern sind?

Landesrätin **Mag. Haberlander:** Sehr geschätzte Frau Abgeordnete! Wir erheben jetzt gerade Daten, daher gibt es die Evaluierung. Wenn uns Träger etwas mitteilen wollen, können sie dies im Rahmen der Evaluierung tun.

Präsident: Danke sehr! Es gibt eine weitere Frage von Herrn Abg. Stefan Kaineder. Bitteschön!

Abg. Kaineder: Guten Morgen Frau Landesrätin! Sie haben jetzt von der bestmöglichen Unterstützung für die Gemeinden gesprochen. Jetzt ist es so, dass Abmeldungen und Gruppenschließungen das Resultat der Elternbeitragsverordnung sind und viele, vor allem finanzstarke Gemeinden, auch eigene Modelle entwickelt haben, um das abzuwenden. Das Land Oberösterreich akzeptiert die aber nicht. Die Gemeinden wollen, also dürfen aber offensichtlich nicht. Warum unterbinden Sie gemeindeeigene Lösungen bei der Gestaltung der Elternbeiträge und drängen damit Gemeinden zum Rückbau des Angebots bei der Kinderbetreuung?

Landesrätin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir führen jetzt eine Evaluierung durch, um eine valide Zahlen- und Datenbasis zu haben. Die von ihnen erwähnten, möglicherweise vorhandenen Kinderabmeldungen am Nachmittag sind eine Vermutung. Wir haben keine Daten seitens des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung, die erheben wir zum aktuellen Zeitpunkt. Zweitens möchte ich anmerken, dass die Gesetze und Verordnungen in diesem Land einzuhalten sind und ich davon ausgehe, dass sich die Gemeinden an die Gesetze und Verordnungen auch halten und im Rahmen der rechtlichen Lösungen auch Wege gefunden werden können und im Rahmen des rechtlichen Freiraums sich auch Gemeinden dieser bedienen können, aber Gesetze und Verordnungen sind in diesem Land einzuhalten.

Präsident: Danke, es gibt eine weitere Frage von Frau Abg. Promberger.

Abg. Promberger: Frau Landesrätin, laut einer Anfragebeantwortung in der Stadt Wels sind 64 Prozent der abgemeldeten Kinder Kinder mit Sprachförderbedarf. Die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten liegen auf der Hand. Welche Überlegungen stellen sie an, um diesen Kindern einen gelingenden Schuleintritt zu ermöglichen?

Landesrätin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Die Kinderbetreuung in Oberösterreich ist auf einem hervorragendem Niveau, flächendeckend und insbesondere auch weiterhin in Zukunft gratis. Ich möchte anmerken, dass wir in den unterschiedlichen Städten unterschiedliche Betreuungsmöglichkeiten haben, entsprechend dem Bedarf der Eltern kommen die Gemeinden ihren Aufgaben nach, um ein Angebot auch darzulegen. Sollte es einen Bedarf geben und Anregungen, wie das Amt der Oberösterreichischen Landesregierung die Gemeinden weiterhin unterstützen kann und soll, dann ist in der Evaluierung Platz, dies auch anzumerken.

Präsident: Danke! Es gibt keine weitere Frage! Wir kommen zur nächsten Anfrage. Das ist die Anfrage der Frau Abg. Sabine Promberger an Frau Landesrätin Mag. Haberlander.

Abg. Promberger: Sehr geehrte Frau Landesrätin! Laut einer jüngsten Anfragebeantwortung des Bildungsministers hat in Oberösterreich die Zahl der schulpflichtigen Kinder, die nicht an Schulen unterrichtet werden, in den vergangenen fünf Jahren um 50 Prozent zugenommen. Im Schuljahr 2017/2018 waren es bereits 208 Kinder, die nicht in Schulen, sondern im sogenannten häuslichen Unterricht unterrichtet wurden. Was unternehmen Sie, um diese zunehmende Absage an das Schulwesen, vor allem durch gesellschaftliche Splittergruppen, wie Staatsverweigerer, zu verhindern?

Präsident: Bitte sehr!

Landesrätin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Die rechtlichen Grundlagen der allgemeinen Schulpflicht finden sich im Schulpflichtgesetz. Auch hier

verweise ich auf Paragraph 11 des Schulpflichtgesetzes, das auch den gleichwertigen häuslichen Unterricht regelt und auch die mögliche Abmeldung in diesem Fall. Die allgemeine Schulpflicht kann durch Teilnahme am häuslichen Unterricht erfüllt werden, sofern der Unterricht jenem einer Schule mindestens gleichwertig ist. Hier kommt es zu Externistenprüfungen, wohlgemerkt ex post. Der Vollzug des Schulpflichtgesetzes, darunter fällt der häusliche Unterricht, ist Bundessache. Sehr geehrte Frau Abgeordnete, ich bin davon überzeugt, dass wir ein hervorragendes Schulsystem in Oberösterreich haben und insbesondere exzellent qualifizierte Pädagoginnen und Pädagogen, die auch Werbung für unser Schulsystem sind. Daher möchte ich darauf verweisen, dass wir in Oberösterreich 107.065 Pflichtschülerinnen und –schüler haben und 208 Schülerinnen und Schüler im häuslichen Unterricht unterrichtet werden, das sind 0,19 Prozent. Wir haben in Oberösterreich die viertwenigsten Abmeldungen im Bundesländervergleich.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Promberger:** Ja, bitte! Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um Gefahren für die Allgemeinheit durch häuslichen Unterricht durch extremistische Splittergruppen, egal aus welchem Lager, einzudämmen?

Landesrätin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wie ich schon darauf verwiesen habe, sind die rechtlichen Grundlagen im Schulpflichtgesetz zu finden. Der Vollzug des Schulpflichtgesetzes obliegt dem Bund. Ich nehme an, auch Sie haben die volle Beantwortung der Anfrage an den Herrn Bundesminister gelesen. Hier werden schon einzelne Maßnahmen von Seiten des Ministeriums ergriffen.

Präsident: Danke! Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Es gibt eine weitere Frage von Abg. KO Hirz.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr verehrte Frau Landesrätin! Wenn die Kinder zum häuslichen Unterricht angemeldet sind und wenn diese Gruppen einen schulförmigen Charakter haben, also in Gruppen unterrichtet werden, sogar Schulgeld verlangt wird oder im Endeffekt auch als Schule beworben wird, dann ist es meiner Meinung nach eigentlich eine Art Missbrauch des Rechtes auf häuslichen Unterricht. Im Sinne des Kindeswohles, wer kontrolliert das eigentlich in Oberösterreich, was dort passiert?

Landesrätin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Klubobmann! Der Vollzug des Schulpflichtgesetzes obliegt dem Bund und in Oberösterreich wurde zum Beispiel in einem Fall schon der Landesschulrat für Oberösterreich aufgefordert, hier zu überprüfen, ob ein rechtskonformer Zustand vorliegt.

Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz: Also der Landesschulrat?

Landesrätin **Mag. Haberlander:** Ja!

Präsident: Danke, Frau Landesrätin! Wir kommen zur nächsten Anfrage. Das ist die Anfrage von Herrn Abg. Bgm. Punkenhofer an Herrn Landesrat KommR Podgorschek.

Abg. Bgm. **Punkenhofer:** Herzlichen Dank, schönen guten Morgen! Einem Medienbericht vom 2. Juni 2018 zufolge kritisieren Sie, dass zuletzt vorgekommen ist, dass in einem Bezirk ein Jahr lang keine einzige Gemeinde geprüft wurde, weil die Mitarbeiter mit der Organisation des Balls der Oberöreicher in Wien beschäftigt waren. In welchen Bezirken

wurde in den letzten Jahren keine Gemeinde von der Gemeindeaufsicht geprüft, weil die dafür zuständigen Mitarbeiter/innen durch die Erfüllung anderer zugeteilter Aufgaben von der Prüfungstätigkeit abgehalten waren?

Landesrat KommR **Podgorschek**: Sehr geehrter Herr Kollege Punkenhofer! Die Gemeindeprüfungen fanden bisher ja auf zwei bzw. drei Ebenen statt. Einmal durch die IKD, einmal durch die Bezirkshauptmannschaften und einmal durch den Landesrechnungshof. Es haben daher in den letzten Jahren in allen politischen Bezirken Prüfungen stattgefunden.

Präsident: Danke! Gibt es eine weitere Frage?

Abg. Bgm. **Punkenhofer**: Ja! In einer Presseinformation vom 8. Juni 2018 gemeinsam mit dem Landesamtsdirektor Dr. Watzl kritisieren Sie die Neuausrichtung dieser Prüfung, demzufolge ich entnehmen kann, dass künftig die Prüferinnen und Prüfer bei den Bezirkshauptmannschaften angesiedelt sind und nicht mehr wie jetzt bei der IKD. Ist es eine richtige Einschätzung von mir, dass es künftig keine Prüfung der IKD, sondern nur mehr auf den Bezirkshauptmannschaften gibt?

Landesrat KommR **Podgorschek**: Um auf die erste Frage zurückzukommen, ich habe kritisiert, dass in einem politischen Bezirk seitens der Bezirkshauptmannschaft keine Prüfung stattgefunden hat. Deshalb habe ich immer gesagt, es ist aus meiner Sicht zielführend, wenn man die Prüfungen der IKD und der Bezirkshauptmannschaften zusammenlegt und eine Prüfgruppe installiert, weil teilweise es vorgekommen ist, dass Mitarbeiter der Bezirkshauptmannschaften mit anderen Nebentätigkeiten beschäftigt waren und außerdem ich immer auch gesagt habe, es ist besser, man schafft eine eigene Prüfgruppe, sodass Beratung und Finanzierung von einander unabhängig sind. Da wurde eine politische Einigung erzielt. Wir haben das auch dahingehend letzten Freitag bei der Pressekonferenz vorgestellt, ich gemeinsam mit dem Herrn Landesamtsdirektor. Es stimmt, die Prüfer sind in vier politischen Bezirken angesiedelt, das ist ja nachvollziehbar, diese Presseunterlage ist öffentlich. Es stimmt, dass die dienstrechtliche Zuordnung zu den Bezirkshauptmannschaften kommt, aber die fachliche Zuordnung bei der IKD ist. Es wird eine Zusammenarbeit dadurch geregelt, dass der Herr Landesamtsdirektor durch das Präsidium eine Organisationsverfügung erlassen wird, wo ganz klar geregelt ist, dass die Prüfer ausschließlich in der Prüfgruppe beschäftigt sind. Ich sehe da aus meiner Sicht kein Problem. Wir haben auch vereinbart, dass wir nach zirka eineinhalb Jahren dieses Thema evaluieren werden, sollte es zu Schwierigkeiten kommen. Aber ich gehe davon aus, und ich kenne alle vier Bezirkshauptleute beziehungsweise -frauen persönlich sehr gut, und bin fest davon überzeugt, dass es eine vernünftige Lösung ist.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage?

Abg. Bgm. **Punkenhofer**: Ja bitte. Aus Sicht des Bürgermeisters ist es mir besonders wichtig, dass die Prüfungen wertneutral und vor allem auch parteipolitisch wertneutral und weisungsfrei durchgeführt werden. Ich denke, der Bericht des Landesrechnungshofs St. Wolfgang et cetera zeigt ganz klar, dass es in der Vergangenheit große Missstände gegeben hat. Herr Landesrat, ich muss auch sagen, Ihre jüngsten Aussagen bei einer Veranstaltung der AfD,

Präsident: Herr Bürgermeister, bitte zur Frage zu kommen!

Abg. Bgm. **Punkenhofer**: Ja, ich möchte es nur kurz begründen, warum mir diese Weisungsfreiheit so wichtig ist. Ihre Aussagen bei der AfD haben mich dann auch sehr, sehr bedenklich gestimmt und wenn ich diese beiden Erkenntnisse zusammensetze, denke ich, ist eine Weisungsfreiheit noch entscheidender. Können Sie als zuständiges Regierungsmitglied eine absolute Weisungsfreiheit dieser Gemeindeprüfungen in Zukunft garantieren?

Landesrat KommR **Podgorschek**: Das kann ich selbstverständlich garantieren, weil wir dieses System so aufstellen, dass Rohberichte auch schon vorgelegt werden. Das habe ich ja am 1. Jänner 2017 schon veranlasst. Aber wenn Sie auf Aussagen von mir zurückgreifen, auch Ihre Aussagen beim Landesparteitag haben mich auch irritiert.

Präsident: Gibt es eine weitere Frage?

Abg. Bgm. **Punkenhofer**: Eine Korrektur. Ich hatte beim Landesparteitag keine Wortmeldung, also das ist eine glatte Lüge.

Landesrat KommR **Podgorschek**: Die Aussagen Ihrer Partei.

Präsident: Eine weitere Frage noch von Herrn Klubobmann Makor. Bitte Herr Klubobmann.

Abg. KO **Makor**: Sehr geehrter Herr Landesrat! Aufgrund der zuletzt, es war schon ein bisschen die Rede von angeführten, weitreichenden, staatspolitischen Aussagen von Ihnen aus dem Ausland, darf ich Sie fragen, ob sie ähnliche Einschätzungen wie, was weiß ich, einer linksgepolten Justiz, was die Verwaltung in Oberösterreich betrifft, für Oberösterreich haben?

Landesrat KommR **Podgorschek**: Ich weiß nicht, was das mit der Gemeindeaufsicht zu tun hat, aber ich habe ein ausgesprochen korrektes Verhältnis zu der oberösterreichischen Beamtenschaft und das wird auch in Zukunft so bleiben.

Präsident: Danke sehr. Danke Herr Landesrat. Wir kommen zur nächsten Anfrage, das ist die Anfrage der Frau Abgeordneten Ulrike Wall an die Frau Landesrätin Birgit Gerstorfer. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Abg. **Wall**: Sehr geehrte Frau Landesrätin! Laut Medienberichten war die Schulverweigerung von Jugendlichen in einem Welser Jugendheim bereits mehrfach Thema von Besprechungen unter der Beteiligung des Landes Oberösterreich. Seit welchem Zeitpunkt sind Ihnen die medial genannten Vorwürfe im Zusammenhang mit der Schulverweigerung von Jugendlichen in einer von der privatbetriebenen mopäd-GmbH geführten Welser Kinder- und Jugendeinrichtung bekannt?

Präsident: Bitte sehr Frau Landesrätin!

Landesrätin **Gerstorfer, MBA**: Ja, die Antwort auf Ihre Frage müsste eigentlich lauten, dass mir die medial genannten Vorwürfe natürlich erst seit den medialen Berichterstattungen vor diesen rund drei Wochen bekannt sind. Aber ich gehe eher davon aus, dass Sie eigentlich meinen, seit wann uns in der Kinder- und Jugendhilfe das Thema Schulverweigerung beschäftigt und damit natürlich, ich weiß, dass es Schulverweigerung gibt.

Ja, es handelt sich um ein Phänomen, das in den letzten Jahren verstärkt auftritt und nicht nur den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe betrifft. Wir haben ja auch die Ausführungen von Frau Landesrätin Haberlander gehört: 208 Kinder werden zu Hause unterrichtet. Nach den Erfahrungen und Feststellungen der Kinder- und Jugendhilfe tritt Schulverweigerung überwiegend nach dem Wechsel von der Volksschule in die Hauptschule oder Neuen Mittelschule auf und hauptsächlich zwischen dem 7. und 9. Schuljahr. Die Jugendlichen haben in dieser Altersphase in der Pubertät ihre kindlichen Züge abgelegt. Sie entwickeln sich körperlich und verlieren auch den Anspruch auf das Kind sein.

Die Schwierigkeiten, die sie im Umgang mit größeren Gruppen und Autoritätsverhältnissen erleben, werden in der Regel sehr oft durch Aggressionen kompensiert. Die im Schutz der Kinder- und Jugendhilfe betreuten Jugendlichen haben in ihrer Kindheit im familiären Umfeld vielfach Ablehnung, Gewalt, grobe Vernachlässigungen, häufige Wechsel von Bezugspersonen, schwierige familiäre Verhältnisse, unterschiedliche Vaterfiguren, Betreuungspersönlichkeiten erfahren und es ist ihnen oft nicht gelungen, einen positiven Selbstwert zu entwickeln.

Rein äußerlich betrachtet sind diese Jugendlichen körperlich normal entwickelt. Ihre Lernfortschritte befinden sich nicht immer auf dem Niveau ihres Alters. Es wird von ihnen aber ein normales, angepasstes Verhalten im Schulbetrieb erwartet. Dem können sie ganz einfach manchmal nicht entsprechen. Und in ihrer Sozialisation wurde ihnen von übermächtigen Eltern oder Erwachsenen immer wieder klar gemacht, dass sie nichts wert sind. Der entwickelte oder der nicht entwickelte Selbstwert wird durch Provokationen und Aggressionen kompensiert, dem geforderten Leistungsniveau können sie nicht entsprechen. Sie fühlen sich ungerecht behandelt und sind in derartigen Situationen oft sehr hilflos. Diese Hilflosigkeit wird auch durch Aggression kompensiert.

Als Folge daraus entsteht oftmals auch aus Sicht der Schule Suspendierung zu Recht. Zumal sich die Aggressionen auch gegen Mitschülerinnen und Mitschüler, aber auch gegen Lehrerinnen und Lehrer richten und diese Suspendierungen wiederum, die letztlich eine Ausgrenzung darstellen und auch von den Jugendlichen so erlebt werden, bewirken wiederum zusätzliche Resignationen und Zurückziehen von schulischen Angeboten. Die Schule wird letztendlich als Ort der persönlichen Ausgrenzung mit zu hohen Anforderungen und unüberschaubaren Beziehungsverpflichtungen gegenüber Schulkolleginnen, Schulkollegen, Lehrer, Lehrerinnen erlebt und daher nur Misserfolgserlebnisse damit verbunden.

Oft ist dann die totale Verweigerung die Folge dieser Überforderung und das ist dann das, was man wirklich Schulverweigerung nennt, und gegen das auch entsprechende Maßnahmen gesetzt werden und zu setzen sind. Im Gegenzug dazu, und das ist das, was sehr häufig auch erwähnt wurde in diesen Berichterstattungen, im Gegensatz dazu handelt es sich beim Schulschwänzen um etwas anderes. Da bleiben Kinder und Jugendliche Tage, kurzzeitig, mehr oder weniger formal entschuldigt oder nicht entschuldigt vom Unterricht fern, betten sich aber am nächsten oder übernächsten Tag wieder in den Schulbetrieb ganz normal ein. Was machen wir jetzt dagegen? Das ist ja wahrscheinlich die Frage, die jetzt kommen wird.

Es wurden die Erfahrungen gemacht, dass konventionelle Maßnahmen bei dieser Gruppe von Schülerinnen und Schülern nicht greifen. Deswegen gab es schon vor vielen Jahren Gespräche mit dem Landesschulrat und der Kinder- und Jugendhilfe. Und es gab dazu auch einen Beschluss oder eine Entscheidung, gemeinsam ein Konzept einer ganztägigen

Beschulungs- und Betreuungsform zu entwickeln. Ziel war es da, dass diese Kinder und Jugendlichen sich sozial und persönlich stabilisieren, ihre Lernmotivation steigern und dadurch auch einen Schulabschluss schaffen, das muss ja unser Ziel sein, auch sie für ihr zukünftiges Leben entsprechen zu befähigen.

Und nach Datenerhebungen, Besichtigungen von alternativen Schulprojekten, Pilotuntersuchungen zum Schulverweigerungsverhalten kam es dann 2012 zu Gesprächen auf der politischen Ebene, damals noch Landeshauptmann-Stellvertreter Ackerl, Landesrätin Hummer, Landesschulratspräsident Enzenhofer. Gemeinsam befand man, dass eine flexible Beschulungs- und Betreuungsform für schulverweigernde Kinder und Jugendliche notwendig ist. 2013 wurde eine Umsetzungsgruppe der Abteilung Bildung und der Abteilung Kinder- und Jugendhilfe gebildet und dem Auftrag, ein Konzept dafür zu erstellen, wurde auch entsprochen.

Es gab aber dann eine politische Entscheidung der damaligen Bildungslandesrätin, dass das Konzept nicht für ganz Oberösterreich umgesetzt und weiter verfolgt wird. Aufgrund Zunahme der schulverweigernden Jugendlichen in der Einrichtung WG Stadthaus Wels wurde schon im Schuljahr 2016/2017 eine flexible Betreuungs- und Beschulungsform installiert. Dabei ging es darum, dass schulisches Lernen und sozialpädagogische Betreuung ineinandergriffen, je nach psychischer und emotionaler Verfassung der Jugendlichen gemeinsam gesteuert wurde durch Schule und Kinder- und Jugendhilfe, gemeinsame Finanzierungskonzepte gemacht wurden seitens Schule, Kinder- und Jugendhilfe, eigene Klassenzimmer an einem Schulstandort eingerichtet wurden, eine Lehrkraft aus dem Schulsystem zur Verfügung gestellt wurde, Sozialpädagoginnen aus der Kinder- und Jugendhilfe zur Verfügung gestellt wurden und eine sehr hohe Individualität in der Beschulung und der Betreuung der Jugendlichen implementiert wurde.

Es konnte damit auch die Schulabstizienz deutlich verringert werden. Wegen veränderter Rahmenbedingungen im Schuljahr 2017/2018, es verändern sich ja auch die Schüler und Schülerinnen, der Schulstandort stand nicht mehr zur Verfügung, hat man dann für das Jahr 2017/2018 entschieden, die Jugendlichen aus der WG Stadthaus Wels wieder in das Regelschulsystem zu integrieren. Sie werden dort mit internen Hilfen der Schule und durch die Kinder- und Jugendhilfe entsprechend unterstützt. Das Konzept der flexiblen Beschulungs- und Betreuungsform wird aber weiterhin verfolgt und unter entsprechenden Bedingungen auch realisiert werden, wenn sich die Rahmenbedingungen wieder so gestalten, dass das gut möglich ist.

Abschließend möchte ich einen Appell zur Sachlichkeit hier auch (Zwischenruf Abg. Nerat: „Das ist ein guter Witz!“) formulieren. Es geht ganz eindeutig darum, sich nicht auf dem Rücken der Kinder politisch zu profilieren. Es geht darum, ein Partizipationsprinzip für die Jugendlichen zu schaffen, die ihnen eine Integration und Teilnahme am Bildungssystem möglich machen und vor allem ihnen eine Möglichkeit verschaffen, im gesellschaftlichen System auch ihren Platz zu finden. Law-and-Order-Politik ist mit Sicherheit mit neuen und zusätzlichen Misserfolgserlebnissen gepaart und daher mit Sicherheit nicht der richtige Weg.

Ich möchte mich auch auf diesem Weg ganz besonders herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kinder- und Jugendhilfe bedanken, die immer wieder mit diesem Thema konfrontiert sind und die sich mit diesem Thema immer sehr sachlich und auch zielgruppenspezifisch auseinandersetzen. Ich möchte den Mitarbeitern auch im Namen von, also namentlich Gabi Haring, sehr herzlich danken, die da sehr viel Feingefühl an den Tag legt (Beifall) und auch den Beschäftigten danke sagen, die in Einrichtungen der Kinder- und

Jugendhilfe arbeiten, die auch versuchen, die jungen Menschen auf einen Weg zu leiten, der ihnen eine gesellschaftliche Teilhabe, ein normales Leben für die Zukunft ermöglicht.

Präsident: Danke sehr. Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Wall:** Ja.

Präsident: Bitteschön Frau Abgeordnete.

Abg. **Wall:** Während die Fachaufsicht des Landes Oberösterreich bei ihrem unangemeldeten Besuch Ende Mai keine Missstände festgestellt hat, spricht laut Medienberichten die Polizei von verwaorsten Jugendlichen und vermüllten Zimmern. Wie erklären Sie sich die unterschiedliche Beurteilung von Polizei und der Fachaufsicht, die dem Sozialressort unterstellt ist?

Landesrätin **Gerstorfer, MBA:** Im Stadthaus Wels fanden in den letzten Monaten und auch Jahren regelmäßige Aufsichten statt. Die letzte regelmäßige Aufsicht der Kinder- und Jugendhilfe im Stadthaus Wels fand im März 2017 statt, also unangemeldet neben der anlassbezogenen im Mai 2018. Bei dieser Aufsicht im März 2017 wurde von der Abteilung Kinder- und Jugendhilfe ein positiver Gesamteindruck gewonnen.

Im Bericht wurde festgehalten, dass in der WG vorrangig Jugendliche mit ganz besonderen Bedürfnissen, komplexen Problemlagen und herausfordernden Verhaltensweisen betreut werden. Manche davon mussten bereits eine oder mehrere Wohngruppen deswegen verlassen, und darüber hinaus wurden alle Räumlichkeiten in einem ordentlichen und sauberen Zustand vorgefunden.

Es gab dann eine nochmalige Überprüfung im Jahr 2017, das war im Juni, durchgeführt durch die OPCAT-Kommission der Volksanwaltschaft. Das Protokoll sagt, dass anzumerken ist, dass es Partizipationsmöglichkeiten der Jugendlichen gibt, dass das Betreuungsprinzip neue Autorität gelebt wird, dass es Wiedergutmachungen gibt statt Sanktionen, dass die Tageseinträge in wertschätzender Sprache und Umgangsform passieren, dass Weiterbildungen, die das gesamte Team im Bereich der Traumapädagogik und der neuen Autorität absolviert hat, dass es durchwegs positive Rückmeldungen der Jugendlichen gibt. Die OPCAT-Kommission stellt der Einrichtung insgesamt ein positives Zeugnis aus. Aufgrund einer vorliegenden Beschwerde stellte die Kommission darüber hinaus eine Einzelfallprüfung in Aussicht und forderte die gesamten Tagesberichte betreffend der Jugendlichen ein.

Es gab dann diese anlassbezogene Aufsicht im Stadthaus Wels im Mai 2018 aufgrund der Medienberichterstattung. Auch da gab es keine Beanstandungen in den Berichten. Es gab die Besichtigung der Räumlichkeiten, das ist fotodokumentiert, und des Grundstückes, eine Überprüfung der Dokumentationen, Einzelinterviews mit fünf Jugendlichen, Gespräche mit der pädagogischen Leitung und mit der Gruppenleitung und mit den Sozialpädagoginnen, das sind die Sachverhalte, das kann ich dazu sagen. Welche Eindrücke die Polizei dazu hatte, entzieht sich meiner Kenntnis, ich kenne das Protokoll nicht.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Wall:** Ja.

Präsident: Bitte sehr.

Abg. **Wall:** Fremd untergebrachte Kinder und Jugendliche kosten der öffentlichen Hand pro Tag zwischen 180 und 270 Euro, das können bis zu 8.000 Euro im Monat sein. In den geschilderten Fällen entsteht der Eindruck, dass es trotz teuerster Maßnahmen nicht gelingt, das Leben dieser teils drogenkonsumierenden, teils auch kriminellen, schulverweigernden Jugendlichen in die richtigen Bahnen zu lenken. Als für einen wirkungsorientierten Steuermiteleinsatz zuständiges Mitglied des Oö. Landtags frage ich, inwieweit unterstützen Sie eine Überprüfung der in diesen Fällen möglicherweise zu wenig effektiven sozialpädagogischen Betreuungskonzepte durch unabhängige externe Experten?

Landesrätin **Gerstorfer, MBA:** Die Jugendlichen, die im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe Betreuung finden, die, ich muss jetzt schnell den Paragraphen suchen, Sekunde, die Jugendlichen werden entweder seitens der Bezirkshauptmannschaften beziehungsweise Magistrate in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zugewiesen, genauso wie das die Abteilung Kinder- und Jugendhilfe tut und zwar für eine Zahl von 137 Kindern, die im Rahmen des Paragraph 50 Abs. 4 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes volle Erziehung erfahren und die auch verschiedenen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sozusagen auch im Sinne einer Passung zugewiesen werden.

Die Kosten, die dort entstehen, sind Kosten, die mehr oder weniger standardisiert sind. Da werden Tagessätze natürlich verrechnet, die sich insofern zusammensetzen, als es Kosten sind, die für das Betreuungspersonal notwendig sind. Wir haben im Angebot der Vollversorgung 5,5 Personaleinheiten als sozialpädagogische Fachkräfte und in anderen Einrichtungen 4,5 Personaleinheiten, um eine Rundumversorgung so zur Verfügung zu stellen, dass von Sonntag 00.00 Uhr bis Sonntag 24.00 Uhr immer eine Betreuungsperson für die jungen Menschen zur Verfügung steht.

In bestimmten Zeiten, dort wo es Hochfrequenzen gibt, wo viele Jugendliche vor Ort, ich sage einmal zu Hause, sind, gibt es dann eine zweite Person für die Betreuung der jungen Menschen und diese Kosten bilden sich in diesem Tagsatz ab. Ebenso bildet sich ab sonstiges Fachpersonal, Konsiliarpsychiatrie, zugekaufte Psychologinnen, Psychologen, Miete bildet sich ab, Instandhaltung oder Abschreibungskosten, die Grundversorgung der jungen Menschen, das heißt Lebensmittel, Hygienematerialien, Telefon, Internet, Bekleidung, Kosten für Kindergarten, Schule, Ausbildung, medizinische Bedarfe, Taschengeld. Es wird abgebildet in diesen Kosten die Mobilität. Es gibt für jede Gruppe ein Gruppenfahrzeug. Es werden abgebildet darin die Kosten für Freizeitaktivitäten, Overhead, Sach- und Personalkosten für Verwaltung, pädagogische Leitung, Personalverrechnung, EDV und so weiter.

Der Tagsatz im Stadthaus Wels beträgt 185,88 Euro, liegt 13 Euro höher als in anderen Einrichtungen, deswegen, weil, wie wir ja schon erfahren haben, dass dort junge Menschen leben, die in anderen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe nicht erfolgreich betreut werden konnten und auch deswegen gibt es dort einen minimal höheren Personaleinsatz als in anderen Einrichtungen. Wir haben dort im Moment neun Jugendliche, davon sind vier Jugendliche aus dem Referat finanziert, das heißt Jugendliche im Sinne des Paragraphen 50 Absatz 4 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes und wir haben viele Prüfungen dort durchgeführt und sind der Überzeugung, dass die pädagogische, sozialpädagogische Arbeit, die dort geleistet wird, sehr angemessen ist den jungen Menschen gegenüber und es selbstverständlich dort eine erfolgreiche Arbeit gibt und wir diese Arbeit auch entsprechend unterstützen und weiterführen.

Präsident: Danke sehr! Es gibt eine weitere Frage des Herrn Abgeordneten Stefan Kaineder an die Frau Landesrätin.

Abg. **Kaineder:** Guten Morgen, Frau Landesrätin! Die Frau Kollegin Wall hat jetzt erwähnt, dass ein Platz in der vollbetreuten Kinder- und Jugendhilfe 150 bis 220 Euro kostet. Sie hat auch gesagt, da geht es meistens um Jugendliche, die schwere Drogenprobleme haben (Zwischenruf Abg. Wall: "Nicht so!"), doch Drogenprobleme, können wir nachher nachlesen, und intensive Betreuung brauchen. Ist Ihnen als Landesrätin bewusst, dass ein Platz, ein Bett in der Psychiatrie in Oberösterreich bis zu 800 Euro kosten kann?

Landesrätin **Gerstorfer, MBA:** Ich habe das jetzt nicht im Detail nachgeprüft, wieviel ein Bett in der Psychiatrie kostet, aber das wird schon so stimmen, wenn Sie das so sagen.

Präsident: Es gibt keine weitere Frage, danke Frau Landesrätin! Wir kommen nun zur Anfrage des Herrn Klubobmanns Gottfried Hirz an die Frau Landesrätin Mag. Christine Haberlander. Bitte sehr Herr Klubobmann!

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr geehrte Frau Landesrätin! An oberösterreichischen Pflichtschulen waren in diesem Schuljahr 54 Schulleitungen ausgeschrieben. Die Besetzungsvorschläge liegen dem Kollegium des Landesschulrates Oberösterreich aktuell vor. Wie schon in den vergangenen Jahren war die Anzahl der Bewerbungen überschaubar, auf mehr als zwei Drittel der ausgeschriebenen Leiter/innenstellen hat sich nur eine Person beworben, an einigen Schulen gibt es gar keine Bewerbungen. Welche Maßnahmen planen Sie, um die Attraktivität des Berufs zu steigern, damit wieder mehr PädagogInnen motiviert werden, die Leitung einer Schule zu übernehmen?

Präsident: Bitte Frau Landesrätin!

Landesrätin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Klubobmann! Die Zahl der Schulstandorte, die ausgeschrieben wurden, waren eben 54, davon gab es 37 Einzelbewerbungen, 13 hatten Mehrfachbewerbungen und drei Schulstandorte ohne Bewerbung, wo es dann zu einer Betrauung einer Lehrkraft kam bzw. neu ausgeschrieben wurde.

Ja, es stimmt, ich bin auch davon überzeugt, dass wir ganz genau darauf schauen müssen, warum sich nur so wenige für eine Leitungsfunktion bewerben, obwohl es doch eine schöne und aus meiner Sicht sicherlich auch erfüllende Aufgabe ist. Und hierzu gibt es auch ein Maßnahmenpaket der Bundesregierung, die sich in ihrem Regierungsübereinkommen schon auf mehrere Maßnahmen committet hat, wo ich hoffe, dass man alsbald in die Umsetzung kommt, um den Schulstandorten, um den Pädagoginnen und Pädagogen auch unterstützend zur Seite treten zu können, aber insbesondere um auch diesen Leitungsberuf noch attraktiver zu machen.

Zum einen ist da aus meiner Sicht ganz klar die Notwendigkeit einer Deregulierung damit verbunden, das heißt, die Bundesregierung hat sich dazu committet, dass man ganz genau hinschauen möchte, welche Erlässe und Verordnungen dennoch notwendig sind, damit unsere Pädagoginnen und Pädagogen, unsere Leiterinnen und Leiter sich nicht in einem bürokratischen Dschungel verirren, sondern ganz konkret auch ihren Aufgaben, ihren Kernaufgaben nachkommen können. Natürlich ist damit auch verbunden, dass ein möglichst einheitliches, für alle Schultypen gültiges und gleichzeitiges ein faires System für die

Zuteilung von Ressourcen entwickelt wird. Ich hoffe, dass man hier alsbald erste Schritte setzen wird, die dann uns auch zugutekommen.

Und zweitens ist es mir aber auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir vom Land Oberösterreich das Angebot der Pädagogischen Hochschule der Diözese unterstützen, ein Zentrum für Beratung und Schulentwicklung, wo man ganz konkret Angebote für Schulleitungen anbietet und diese zur Verfügung stellt, sei es zum einen im Einzelcoaching, wo wir Leiterinnen und Leiter unterstützen, aber auch im Bereich der Supervision. Und ich bin auch davon überzeugt, dass man sich von Seiten der Bundesregierung mit dem Thema des Lehrplans auseinandersetzen sollte, damit wir zukünftige Pädagoginnen und Pädagogen schon während ihrer Ausbildung auf mögliche Managementfunktionen vorbereiten und sie an gewisse Themen auch herañführen.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Ja.

Präsident: Bitte sehr!

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Es ist ja so, dass viele Schulleiter und -leiterinnen klagen, dass sie über beide Ohren mit administrativen Tätigkeiten zugedeckt werden und eigentlich für die Schulentwicklung kaum mehr Platz ist. Der Bildungsreformbeschluss sieht ja in Zukunft administrative Unterstützung für die Schulclusterleitungen vor. Wie genau wird also diese Umsetzung in Oberösterreich sein, was ist da geplant?

Präsident: Bitte!

Landesrätin **Mag. Haberlander:** Dieses Thema wird man sich im Rahmen der Umsetzung der Bildungsdirektion ganz genau anschauen, auch hier wird sich das zukünftige Leitungspersonal der Bildungsdirektion damit auseinandersetzen, aber ein wichtiger Aspekt wird aus meiner Sicht auch eine Maßnahme der Bundesregierung sein, zu der sie sich schon committet hat, eben der bedarfsgerechte Einsatz von Unterstützungspersonal an Schulen auf Basis einheitlicher standardisierter Indikatoren. Auch hier erwarte ich mir richtige Schritte der Bundesregierung für Oberösterreich.

Präsident: Gibt es eine weitere Frage? Bitte sehr!

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Wird es an jeder größeren oberösterreichischen Pflichtschule oder Clusterleitung eine entsprechende administrative Unterstützung geben bzw. wer wird Dienstgeber sein, wer bezahlt diese Personen?

Landesrätin **Mag. Haberlander:** Das Thema ist sicherlich mit den Schulerhaltern, den Gemeinden, zu besprechen.

Präsident: Danke sehr!

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Danke!

Präsident: Keine weiteren Fragen. Danke Frau Landesrätin, was diese Anfrage anbelangt. Wir kommen nun zur Anfrage der Frau Abgeordneten Ulrike Schwarz, ebenfalls an die Frau Landesrätin.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Landesrätin! Der Aufwärtstrend bei HIV-Infektionen ist in Österreich unverändert. Insgesamt 510 Menschen sind im letzten Jahr positiv getestet worden. Das sind mehr als in den letzten beiden Jahren, in denen 447 und 428 Infektionen registriert wurden. Auch in Oberösterreich gab es im Jahr 2017 37 neu diagnostizierte Fälle. Welche Maßnahmen werden Sie als Gesundheitslandesrätin betreffend Aidsprävention setzen, damit die Zahl der HIV-Infektionen gesenkt werden kann?

Präsident: Bitte Frau Landesrätin!

Landesrätin **Mag. Haberland:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete, gleich möchte ich vorwegstellen, dass jeder Betroffene, jeder Erkrankte einer zu viel ist und dass wir ganz genau dafür Sorge zu tragen haben, dass wir möglichst viel in Prävention und in Aufklärung investieren, damit wir möglichst viele Menschen auch schützen. Im Jahr 2017 wurden in Oberösterreich wie auch im gesamten Bundesgebiet wieder mehr HIV-Neuinfektionen diagnostiziert. Diese Zahlen spiegeln aber nicht tatsächlich im letzten Jahr stattgefundenen Neuinfektionen wider, da die Krankheit ja oft erst längere Zeit nach einer Infektion diagnostiziert wird. Daher ist es durchaus möglich, dass die höheren Zahlen auf ein gestiegenes Risikobewusstsein und eine häufigere und vor allem frühere Testung von Personen mit Risikokontakten zurückzuführen sind.

Nach wie vor stehen uns leider Gottes in der Aids-Prävention medizinische Vorsorgemaßnahmen wie Impfungen, durch die die Infektion mit dem HI-Virus sicher und effizient verhindert werden können, nicht zur Verfügung. Somit stützt sich derzeit die Aids-Prävention vor allem auf zwei wichtige Säulen: Das sind zum einen die Informations- und Aufklärungsangebote und zum anderen niederschwelliger Zugang zu HIV-Testungen. Das heißt, wir investieren alle zusammen in unterschiedliche Stakeholder in die Aufklärung von Jugendlichen. Das hat aus meiner Sicht auch einen ganz besonders hohen Stellenwert, um hier die Sensibilisierung schon im Vorfeld zu unterstützen.

Es gibt den Verein Aidshilfe, der großartige und hervorragende Arbeit leistet und den wir auch unterstützen. Es gibt den Verein Bily, der Sexualberatung durchführt. Es gibt den Verein, die Beratungsstelle LENA. All diese unterschiedlichen Institutionen tragen dazu bei, dass wir in die Breite kommen wollen und sensibilisieren wollen und schützen wollen, aber natürlich liegt auch ein großer Schwerpunkt in unserem Bildungssystem, wo der Aufklärungsunterricht im Rahmen des Biologieunterrichtes mitgemacht wird.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Schwarz:** Ja!

Präsident: Bitte sehr!

Abg. **Schwarz:** Ein Baustein der Aids-Prävention und Aufklärung, Sie haben es ja angesprochen, ist bzw. war der Lovetour-Bus, der jetzt eingestellt werden soll. Mit welcher Begründung läuft dieses sehr niederschwellige Projekt, gerade in der Sexualpädagogik, in der Aufklärung und in der Information und Aids-Prävention aus?

Landesrätin **Mag. Haberland:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete, ja, die Förderungen werden reduziert bzw. eingestellt. Das wurde am 7. Mai einstimmig in der Oberösterreichischen Landesregierung beschlossen. Vorausgegangen ist dem eine Evaluierung der Tätigkeiten des Lovetour-Busses, wo man vorgefunden hat, dass nur sechs

bis sieben Prozent der Jugendlichen in Oberösterreich pro Jahr erreicht werden und es zudem, wie ich bereits ausgeführt habe, ein weiteres Angebot im Bereich der Sexualpädagogik in Oberösterreich gibt und auf das Angebot auch zugegriffen wird. Die Oberösterreichische Gebietskrankenkasse und das Land Oberösterreich haben sich daher dazu committet, dass die Förderungen eingestellt werden.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Schwarz:** Ja!

Präsident: Bitte!

Abg. **Schwarz:** Gerade aus sekundärpräventiver Sicht ist eine Früherkennung bei HIV und anderen Sexuallyerkrankungen sehr wichtig. Wie sieht da der Plan aus bzw. welche Maßnahmen sind da gesetzt zur Testung, zur Frühtestung?

Landesrätin **Mag. Haberland:** Gemäß Paragraf 99 Absatz 1 Medizinproduktegesetz wurde vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort die Verordnung über die Abgabe von HIV-Tests zur Eigenanwendung am 5. Juni 2018 erlassen und diese trat rückwirkend mit 1. Juni 2018 in Kraft. Demnach dürfen HIV-Selbsttests zukünftig ausnahmslos in öffentlichen Apotheken angeboten werden. Derzeit tagt auf Wiener Ebene ein Expertengremium in Zusammensetzung von Vertretern der Apothekerkammer und der Ärztekammer und weiteren profunden Persönlichkeiten, wie dies auch umgesetzt werden kann und wie wir möglichst viele Menschen für diese Testungen dann auch begeistern können.

Abg. **Schwarz:** Danke!

Präsident: Danke sehr! Es liegt eine weitere Frage vor. Bitte Herr Abgeordneter Severin Mayr!

Abg. **Mayr:** Frau Landesrätin, Sie haben jetzt erwähnt, dass der Lovetour-Bus eingestellt wird und dass es andere Angebote für Jugendliche für diesen Bereich geben soll. Können Sie sagen, wie diese Angebote konkret aussehen und wo diese stattfinden können?

Landesrätin **Mag. Haberland:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich habe in der Beantwortung der erste Frage auf das bestehende Angebot hingewiesen und da nenne ich die Aktivitäten des Vereins Aidshilfe, ich nenne die Aktivitäten des Vereins Bily, ich nenne die Aktivitäten der Beratungsstelle LENA sowie unseren Schulunterricht.

Präsident: Danke sehr! Es liegt eine weitere Frage vor. Bitte Herr Abgeordneter Walter Aichinger!

Abg. Prim. **Dr. Aichinger:** Geschätzte Frau Landesrätin! Im Jahr 1985 konnte ich als erstes Institut in Österreich die ersten Untersuchungen auf HIV-Antikörper machen. Die Patienten, die damals an HIV erkrankt sind, sind inzwischen alle verstorben. Es hat sich daraufhin auch in Oberösterreich ein breites Netz an Untersuchungsmöglichkeiten auf HIV aufgebaut. Es gibt Spezialambulanzen in den Krankenhäusern in Linz und auch in Wels, sodass es zu einer wirklich sehr effizienten Behandlung der Patienten gekommen ist. (Präsident: "Würdest du bitte zur Frage kommen, Herr Abgeordneter!") Ja, ich komme schon zur Frage, lass dir Zeit. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: "Heute noch!")

Diese Behandlungsmöglichkeiten, die inzwischen so exzellent sind, dass es keine Todesfälle mehr bei HIV-Infektionen gibt, führen dazu, dass sich das Verhalten der Personen wiederum in Richtung risikoreicher verändert. Faktum ist und ich glaube, das kann bestätigt werden oder ist es richtig, dass das Durchschnittsalter der Infektionen nicht im jugendlichen Alter, sondern eher im mittleren Lebensalter liegt? Das heißt, dass die Information an Jugendliche vielleicht den gewünschten Effekt bisher gebracht hat, aber die weiteren Infektionen nicht mehr parieren?

Präsident: Herr Landesrat, die Frage wurde gestellt, danke dir! Bitte Frau Landesrätin, du hast die Möglichkeit, sie zu beantworten.

Landesrätin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich kann deine Ausführungen bestätigen und danke auch für den Hinweis, dass in unseren Krankenhäusern, insbesondere im Kepler-Uni-Klinikum und am Standort Wels-Grieskirchen, hervorragende medizinische Versorgung der betroffenen Patientinnen und Patienten erfolgt und Gott sei Dank wir in der medizinischen Entwicklung immer weiter kommen, dass du aber den zweiten Aspekt angesprochen hast, zum einen wollen wir Aufklärung und Sensibilisierung für die Jugendlichen leisten, aber zum Zweiten müssen wir ganz besonders auch ältere Personen darauf hinweisen, vorsichtig zu sein und Vorsorge zu treffen, damit die Anzahl an Neuerkrankungen nicht weiter steigt.

Präsident: Danke, Frau Landesrätin. Es liegt keine weitere Frage mehr vor. Ich erkläre daher die Fragestunde für geschlossen. Ich darf mittlerweile eine neue Gruppe auf unserer Galerie begrüßen, der Verein für Sozial- und Gemeinwesenprojekte ist hier bei uns. Frau Sarah Momani hat das organisiert. Herzlich willkommen, ich hoffe, ihr habt eine angenehme Zeit bei uns.

Wir kommen nun zur Behandlung des Eingangs und Festlegung der Tagesordnung und ich ersuche den Herrn Schriftführer den Eingang bekannt zu geben.

Abg. **Stanek:** Wir kommen zur Zuweisung des Eingangs in die 27. Plenarsitzung des Oberösterreichischen Landtags. Ich beginne mit der Beilage 745/2018, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend das Integrationsleitbild des Landes Oberösterreich. Diese Beilage wird dem Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeits- und Innenausschuss zugewiesen.

Die Beilage 746/2018, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für das Schutzprojekt Hallstätter Mühlbach an der L548 Hallstattstraße von km 0,400 bis km 0,800 in der Marktgemeinde Hallstatt, Ergänzung der Mehrjahresverpflichtung zur Beilage 1251/2014 vom 6. November 2014, diese Beilage wird dem Ausschuss für Infrastruktur zugewiesen.

Die Beilage 747/2018, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend Projekt Donaubrücke Mauthausen, diese Beilage wird dem Ausschuss für Infrastruktur zugewiesen.

Die Beilage 756/2018, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Übertragung der Aufgabe der Pflege und Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigungen und Ausgliederung der Landespflege- und Betreuungszentren in die Oö. Landespflege- und Betreuungszentren GmbH, diese Beilage soll gemäß Paragraph 25 Absatz 5 Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Die Beilage 757/2018, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Luftreinhalte- und Energietechnikgesetz 2002 geändert wird (Oö. Luftreinhalte- und Energietechnikgesetz- Novelle 2018 - Oö. LuftREnTG-Novelle 2018), diese Beilage wird dem Umweltausschuss zugewiesen.

Die Beilage 758/2018, Initiativantrag betreffend ein Ticket-der-MOÖglichkeiten (Oberösterreich-Ticket), diese Beilage soll gemäß Paragraf 25 Absatz 6 Oö. LGO 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Die Beilage 759/2018, Initiativantrag betreffend die sozialversicherungsrechtliche Absicherung von Pflegepersonen, diese Beilage soll gemäß Paragraf 25 Absatz 6 Oö. LGO 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Und last but not least die Beilage 760/2018, Initiativantrag betreffend Weiterführung der Erziehungshilfen nach der Volljährigkeit, diese Beilage soll ebenfalls gemäß Paragraf 25 Absatz 6 Oö. LGO 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Präsident: Danke Herr Abgeordneter Stanek. Wir haben ihnen die Unterlagen bzw. Beilagen, die der Herr Schriftführer verlesen hat, auf ihren Plätzen aufgelegt, soweit sie in der anschließenden Diskussionsdebatte behandelt werden. Sämtliche Beilagen wurden natürlich auch auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt.

Wie vom Herrn Schriftführer bereits angekündigt, schlägt die Oö. Landesregierung im Rahmen ihres Antrags vor, die Beilage 756/2018 keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Übertragung der Aufgabe der Pflege und Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigungen und Ausgliederung der Landespflege- und Betreuungszentren in die Oö. Landespflege- und Betreuungszentren GmbH. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich, und ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 556/2018 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede.

Ich darf Frau Klubobfrau Mag. Helena Kirchmayr das Wort erteilen.

Abg. KO **Mag. Kirchmayr:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, geschätzte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Besucher auf der Galerie und im Internet! Es geht heute um eine dringliche Regierungsvorlage, nämlich um die Neuausrichtung der Landespflege- und Betreuungszentren, die in die Gespag eingegliedert werden sollen.

Unser Herr Landeshauptmann hat mich ersucht, heute zu dieser dringlichen Regierungsvorlage im Hinblick auf die Ausgliederung der Landespflege- und Betreuungszentren in eine eigene dafür geschaffene GmbH in der Gespag zu sprechen, und ich werde das natürlich sehr gerne übernehmen. Ursprung dieser Überlegungen war Mitte November 2017, nämlich heißt das Ergebnis einer Überprüfung zwischen dem Herrn Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer und der Landesrätin Birgit Gerstorfer, damals das verlaubliche Ziel, die Eingliederung der vier Landespflege- und Betreuungszentren, Christkindl, Schloss Cumberland, Schloss Gschwendt und Schloss Haus in die Gespag.

Dies gilt es heute zu beschließen, nämlich die Einbringung am 1. Juli 2018, dass diese von Statten gehen kann. Das ist der frühestmögliche Termin und aufgrund der notwendigen

Vorarbeiten des Experten ist dieser 1. Juli 2018 sozusagen der Startschuss dafür. Man hat bis zum Schluss daran gearbeitet und sich an einen ambitionierten Zeitplan gehalten.

Die Oberösterreichische Landesregierung hat dem zugestimmt und beantragt dies auch. Dies möge nun auch der Landtag tun. Im Sinne der Einbringung der Liegenschaften in die neu gegründete GmbH, die Oö. Landespflege- und Betreuungszentren GmbH sowie dem beabsichtigten Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung, die eine Mehrjahresverpflichtung bedeutet.

Ich ersuche um Zuerkennung der Dringlichkeit und um Zustimmung zu dieser Vorgangsweise, weil es sich um einen logischen Schritt handelt, denn es gehört zusammengeführt, was zusammen gehört. Die Landesverwaltung soll gestärkt werden und sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Die Gespag bringt dazu die idealen Voraussetzungen für die Eingliederung der Pflege- und Betreuungszentren mit, weil hier die Expertise hinsichtlich Pflege und Betreuung gegeben ist und dementsprechende Synergien gegeben werden können.

Es werden dadurch auch Einsparungen erzielt. Ich bedanke mich ganz herzlich beim gesamten Team, das mit Hochdruck an dieser Umsetzung gearbeitet hat, denn die Mitarbeiter waren und sind hier sehr gefordert, die Dinge sachlich richtig, aber schnell durchzuführen. Da geht es um die Klärung der zukünftigen Finanzierung, die Erstellung von Finanzvereinbarungen, die Bewertungen der Liegenschaften, überhaupt Werterechtsvereinbarungen, die Erstellung der Einbringung des Sacheinlagevertrages sowie Erstellung der Kaufverträge und noch vieles mehr.

Viele Aufgaben waren und sind umzusetzen und wir sind jetzt als Landtag gefordert, diese dringliche Regierungsvorlage zu beschließen, damit wir zu einem Abschluss kommen können. Ich bedanke mich auch ganz herzlich im Rahmen dieser Dringlichkeit bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landespflege- und Betreuungszentren für die hervorragende Arbeit.

Dieser Beschluss ist ein wichtiger Schritt, um Oberösterreich zukunftsfit zu machen, und ich ersuche Sie um Zustimmung. Danke. (Beifall)

Präsident: Danke, Frau Klubobfrau. Als Nächster darf ich Frau Abgeordneter Ulrike Wall das Wort erteilen.

Abg. **Wall:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir Freiheitliche stimmen dieser Übertragung der Liegenschaften und dieser Finanzierungsvereinbarung zu. Ich werde im Detail nicht mehr auf diese Beilage eingehen. Das hat Frau Klubobfrau Kirchmayr ausreichend getan. Im Übrigen finde ich aber die Gründung dieser neuen Betriebsgesellschaft für Pflege- und Betreuungseinrichtungen sehr interessant.

Sie könnte uns dienlich sein bei der geforderten Durchleuchtung der Strukturen im Sozialbereich und der Reduktion der Trägervielfalt, wie sie von uns Freiheitlichen seit langem eingefordert wird. Die WU spricht hier ja von 90 Organisationen, die im Bereich SHG, CHG und BMSG tätig sind. Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an eine Empfehlung des Landesrechnungshofs vor vielen Jahren, dass die mehr als 50 Träger der Alten- und Pflegeheime verringert werden sollten, eventuell sogar unter ein Dach zu bringen sind, und damit zukunftsfitte Strukturen zu schaffen.

Ich freue mich auf eine Überprüfung, mit welchen Organisationsformen und Strukturen die Sozialleistungen bei gleichbleibender Qualität kostengünstiger erbracht werden können. Den heutigen Beschluss sehe ich als einen ersten Schritt in diese Richtung und hoffe, es folgen bald weitere. Danke. (Beifall)

Präsident: Danke, Frau Landtagsabgeordnete! Ich darf als Nächstem Herrn Abgeordneten Peter Binder das Wort erteilen.

Abg. Peter **Binder:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im hohen Haus, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher auf der Galerie und vor den Bildschirmen im Internet! Vorweg, auch wir werden der Dringlichkeit dieses Antrags natürlich unsere Zustimmung erteilen, weil, wie es Klubobfrau Kirchmayr schon richtig gesagt hat, hier zusammengeführt wird, was zusammen gehört und wir durch die Eingliederung der Landespflege- und Betreuungszentren in die größere gespag oder die Zusammenführung und Schaffung einer eigenen Gesellschaft hier auch tatsächlich Synergien nutzen können.

Synergien, vor allem im Sinne der Menschen, um die es geht, die jetzt in diesem Antrag noch überhaupt keine Rolle spielen, weil hier nur über Vermögensübertragungen und Häuser gesprochen wird. Aber tatsächlich müssen wir uns vor Augen führen, in diesen vier Landes- und Betreuungszentren leben Menschen mit besonders schwierigen Krankheiten, besonders schwierigen körperlichen Gebrechen. Wir sprechen hier von der Langzeitpflege im Rahmen des Chancengleichheitsgesetzes für Menschen mit Beeinträchtigungen. Wir sprechen von Chorea Huntington, wir sprechen von Wachkomapatientinnen und -patienten, die besonders viel und besonders aufmerksame Pflege und Betreuung brauchen.

Denn, auch wenn beim Wachkoma der Eindruck entstehen mag, dass hier eigentlich der Mensch nichts mehr mitbekommt und nichts mehr tun kann, ist gerade bei diesen Menschen noch sehr viel zu tun, ist individuell anzuschauen. Wie nehmen sie die Reize aus der Umwelt noch wahr, und wie reagieren sie auf die, und wie kann man aus diesen Reaktionen auch wieder die richtige Pflege ableiten? Ich bin überzeugt, dass die Schaffung einer eigenen Gesellschaft im Rahmen der gespag hier ein richtiger Schritt ist. Ich glaube aber nicht, dass das ein Beispiel für eine Reduktion der Träger ist, weil tatsächlich wird aus einer gemeinnützigen Gesellschaft im Rahmen der Landesverwaltung nun eine GmbH im Rahmen der gespag.

Das heißt, wir haben eigentlich noch nichts reduziert. Wir haben eben nur fachlich zusammengeführt, was zusammen gehört. Klubobfrau Kirchmayr hat auch richtig ausgeführt, dass bereits im November 2017 hier die ersten Gespräche stattgefunden haben. Ein bisschen muss ich hier dann trotzdem der Verwunderung Ausdruck verleihen, dass dieser Antrag jetzt dringlich eingebracht werden muss, aber wie gesagt, wir werden die Zustimmung erteilen, weil es gut ist, wenn diese Schritte gesetzt werden.

Ich möchte abschließend an dieser Stelle vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Landespflege- und Betreuungszentren den Dank aussprechen für die bisher geleistete Arbeit. Ich möchte auch den bisher Verantwortlichen innerhalb der Landesverwaltung danken, vor allem dem Gebäudemanagement Danke für die Verwaltung, Betreuung, Führung dieser Landespflege- und Betreuungszentren sagen, und ich möchte dem Management der gespag und dem neuen Management der neuen Gesellschaft für die Landespflege- und Betreuungszentren alles Gute wünschen, viel Erfolg und vor allem aber die notwendige Sensibilität und auch die Kraft und Energie, die es braucht, um die hohe Leistungsqualität in diesen vier Häusern aufrecht zu erhalten.

Einen letzten Wunsch noch für uns als Landtagsabgeordnete, die wir bald wieder über einen Rechnungsabschluss und über Budgets befinden können. Ich hoffe, dass diese neue Gesellschaft und die Schaffung dieser Synergien im Rahmen der höchstmöglichen Transparenz geschieht, damit uns hier keine Kosten entstehen oder Kosten einholen, die nicht notwendig sind, sondern dass alle Kraft der Pflege und Betreuung zukommt. Danke. (Beifall)

Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, Herr Landeshauptmann, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, auch wir Grüne begrüßen und begleiten diese Eingliederung der Landes- und Pflegezentren in die gespag schon in allen Gremien sehr positiv, weil wir einerseits diese Zusammenführung auch der Kompetenz und des Synergieeffektes sehen, aber vor allem aber auch einen Kompetenzaustausch zwischen den zirka 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landespflege- und Betreuungszentren und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den gespag-Krankenhäusern, weil es hier einfach auch gegenseitiges Verständnis bringt.

Der Kollege Binder hat schon gesagt, welche schwer kranken und schwierigen Patienten dort sind, und die Herausforderung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind sehr groß, und da glaube ich, ist im gesamten Kontext ein Austausch und ein Zusammenführen für einen Synergieeffekt sehr, sehr wichtig. Seit November ist dieses Projekt aufgesetzt, wird auch in der gespag schon sehr intensiv betrieben. Es wird genau geschaut, wie können wir auch diese Synergieeffekte nutzen, wie können wir die Kompetenzen austauschen? Was hat das für rechtliche aber auch wirtschaftliche Bedingungen?

Darum bin auch ich oder sind auch wir sehr verwundert, dass das so dringlich kommt, und eine Vorab-Information wäre hier dienlich gewesen. Aber natürlich stimmen wir auch dieser Dringlichkeit zu, weil es klar ist, dass es jetzt schon relativ knapp ist, wenn wir schon mit erstem Juli anfangen wollen. Wir haben nächste Woche Aufsichtsratssitzung, und auch da brauchen wir ein Vertragswerk, was wir dann im Aufsichtsrat beziehungsweise in der Generalversammlung beschließen können.

Wenn man sich den Antrag genauer anschaut, und was wir sehr begrüßen, wenn die Übertragung der Grundstücke jetzt an die GmbH geht und vom Landtag weggeht und von der Kontrolle des Landtags und der Landesregierung wegkommt in Richtung GmbH, finden wir das Veräußerungsverbot, das hier festgehalten wurde sehr positiv, weil genau das nicht sein kann, dass der Landtag dann plötzlich vorher etwas hergibt und dann nicht mehr darauf schauen kann, wie wird das vereinbart?

Mit der Finanzierungsvereinbarung ist, glaube ich, auch ganz wichtig, hier Klarheit zu schaffen, vor allem Klarheit zu schaffen, dass die gesamten Kosten, was IT, Personalabrechnung und so weiter, diese Verwaltungskosten, die nicht in der Vereinbarung mit der Sozialabteilung enthalten sind, wo eben diese Leistungen bezahlt werden, dass die zu hundert Prozent vom Land übernommen werden, weil sonst kommen die wieder auf Umwegen zum Land und zu den Gemeinden. Gemeinden in den SHVs zahlen ja jetzt schon einen Beitrag, diese sozialen Leistungen, die den Mitgliedern verrechnet werden, im Rahmen des SHV-Beitrages.

Wenn hier dann noch etwas übrig bleibt, entweder nimmt es die gespag und gibt es in die Krankenhäuser hinein, da darf es auch keine Querfinanzierung mit den Krankenhäusern

geben. Daher braucht es hier Klarheit über diese Finanzierungsanteile, die dann pro Jahr notwendig werden. Diese Deckelung mit einer Million Euro, ja, das ist einmal ein Zeichen, aber natürlich wird das dem Landtag entzogen. Die Kontrolle ist dann nicht mehr gegeben, außer bei der Mehrjahresverpflichtung, oder dieser Mehrjahresplanung, die wir von der Gespag immer wieder auch in den Landtag bekommen, hier können wir auch da genau darauf schauen, wie das dort verrechnet wird.

Daher werden wir dieser Dringlichkeit zustimmen, auch diesen beiden Punkten zustimmen, dass auch die Mehrjahresverpflichtung ohne konkrete Zahlen genehmigt wird. Danke. (Beifall)

Präsident: Danke sehr. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 756/2018 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag einstimmig angenommen worden ist.

Wie der Herr Schriftführer weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 758/2018 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend ein Ticket-der-MOÖlichkeiten (Oberösterreich-Ticket). Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich, und ich eröffne über diesen Antrag, dass der Beilage 758/2018 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Erich Rippl. Ich darf es dir erteilen.

Abg. Bgm. **Rippl:** Danke sehr. Sehr verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, ein Ticket-der-MOÖlichkeiten, ein Oberösterreich-Ticket, einmal zahlen, überall fahren. Im Oberösterreichischen Verkehrsverbund gibt es derzeit keine Möglichkeit, einen das gesamte Streckennetz umfassenden Fahrschein zu erwerben. Jahres-, Monats-, Wochen- oder Tageskarten werden nur für bestimmte Strecken ausgegeben.

Durch die derzeitige Streckenbindung der Fahrkarten können die vorhandenen öffentlichen Verkehrsverbindungen nur teilweise und eingeschränkt leistbar benützt werden. Ein Beispiel, vom Hauptbahnhof Braunau bis nach Linz, 1.562 Euro plus Kernzonenaufschlag 1.798 Euro. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ein Ticket-der-MOÖlichkeiten schafft Freiheit ohne Auto. Mut und Entschlossenheit steht nämlich am Titelblatt des schwarz-blauen Übereinkommens der Regierung. Es steht, um eine weitere Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs zu erreichen, sollen die Grundlagen für ein attraktives Jahresticket für den gesamten öffentlichen Verkehr erarbeitet werden.

Ja, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in Sachen Jahresticket wären variabel Monats-, Wochen-, und auch Tagestickets nötig, um endlich eine streckenungebundene Wahlfreiheit und Flexibilität zu erreichen. Weg mit dem Zwang vom Auto oder Zweit- oder Drittauto, eine Entscheidungsfreiheit, weil die öffentlichen Verkehrsverbindungen teilweise unpassend und eben unflexibel sind.

Zusätzlich trägt der öffentliche Verkehr auch zur Umweltfreundlichkeit bei, und das Erfolgsrezept für mehr begeisterte Öffi-Benützer/innen wäre ein ausreichendes Angebot. Zurzeit haben wir in Österreich einige gute Beispiele, wie in Wien, wissen wir ja, das 365 Euro-Ticket, aber auch in Vorarlberg. In Vorarlberg kostet die Jahreskarte 519 Euro, und der Sparpreis für den Partner beträgt 364 Euro.

In Tirol, um 600 km² sogar größer als Oberösterreich, kostet das Jahresticket Bus-Bahn-Tram 490 Euro, und zusätzlich gibt es auch die Möglichkeit, ein Jahresticket für die Region zu erwerben. In Salzburg gibt es das Edelweiß-Ticket für Pensionisten über 63 Jahre, und bei uns in Oberösterreich, es wäre auch hier ein Beitrag, ein Oberösterreich-Ticket zu erarbeiten und den Aufstieg in die Champions-League des öffentlichen Verkehrs auch zu erwirken.

Ich möchte auch noch erinnern, die F-Fraktion, der damalige Klubobmann und jetzige Landesrat Steinkellner hat einige Monate vor der Wahl 2015 einen ähnlichen Antrag eingebracht, und möchte an das Regierungsprogramm erinnern. Wir haben jetzt Mitte der Periode, und ich sehe dies nicht als populistisch, wie damals, sondern als ein Zeichen für den öffentlichen Verkehr, ein attraktives Ticket zu erarbeiten.

Ziel sollte sein, ein Jahresticket unter 1.000 Euro, Beginn Fahrplan 2019 mit den nötigen Ausgleichszahlungen an die Verkehrsbetriebe, natürlich nach einem gerechten Schlüssel, zeigt auch hier die Willenserklärung dazu. Ich bitte um die Zustimmung. Danke. (Beifall)

Präsident: Danke, Herr Abgeordneter! Als Nächstem darf ich Herrn Abgeordneten Rudolf Raffelsberger das Wort erteilen.

Abg. Bgm. **Raffelsberger:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen hier im Landtag! Die Wichtigkeit und die Notwendigkeit unserer Mobilität, denke ich, ist unumstritten. Wer heutzutage nicht mobil ist, der hat aus meiner Sicht nur einen sehr beschränkten Zugang zu sozialem Wohlstand und auf Lebensqualität.

Vorrangiges Ziel muss daher sein, dass wir gerade hier herinnen dafür sorgen, dass wir zukunftsfähige, innovative Verkehrslösungen in Oberösterreich anbieten und dem öffentlichen Verkehr, meine sehr geehrten Damen und Herren, kommt dabei mit Sicherheit eine sehr große und bedeutende Rolle zu! Vor allem deswegen, weil der Individualverkehr nicht nur im städtischen Bereich, sondern auch in den Stadtumlandgemeinden mittlerweile sehr an seine Grenzen stößt. Auch hier herinnen im hohen Haus ist das Thema Mobilität mittlerweile fix verankert. Es vergeht ja keine Landtagssitzung wo wir nicht zumindest einen Dringlichkeitsantrag zum Thema Mobilität haben oder eingebracht wird.

Zu Dringlichkeitsanträgen, nachdem das jetzt schon der zweite ist, kann man stehen, wie man will. Es gibt halt auch solche, die schon populistisch sind und schon als parteipolitisches Instrument verwendet werden. Wenngleich es natürlich schon seine Vorteile hat. Zum einen für den Einbringer, weil er damit meist den Weg in die Medien schafft. Das ist auch bei diesem Antrag gelungen. Zum anderen, und das sehe ich durchaus positiv, weil aufgrund so eines Dringlichkeitsantrages natürlich auch über das Thema gesprochen werden muss und debattiert werden muss und auch Bewegung in die Sache kommen kann.

Daher gibt es durchaus auch positive Zugänge, ob damit das angepeilte Ziel erreicht wird, das möchte ich hier doch hinterfragen. Das ist wahrscheinlich auch zweitrangig und das ist meiner Meinung nach natürlich sehr schade, weil gerade bei so einem Thema, das so existenziell ist und so wichtig ist, ein Miteinander und ein gemeinsames Vorgehen für mich besser und vernünftiger wäre.

Eines gleich vorweg, ich kann so einem Oberösterreich-Ticket sehr viel Positives abgewinnen. Ein über das gesamte Streckennetz verwendbarer Fahrschein, erscheint mir doch, dass das einen sehr großen Charme hat. Es wurde nicht zuletzt auch deswegen in

dieses Übereinkommen mit der FPÖ hineingeschrieben. Das heißt es ist nichts Neues, was da gefordert wird. Das hat auch der Abgeordnete und der Herr Kollege Erich Rippl gesagt.

Es gibt auch schon Bundesländer die das schon umsetzen. Ich habe mir da zum Beispiel Tirol angeschaut und in Tirol ist diese Tarifreform seit dem Jahr 2017 in Kraft. Da gibt es zwei Besonderheiten. Es sind zwei Tickets. Das eine, wo gesamt Tirol befahren werden kann und auch der städtische Bereich in Tirol. Das kostet 490 Euro. Und dann gibt es auch noch ein so genanntes Regionalticket. Wo 2 benachbarte Bezirke, würden wir in Oberösterreich sagen, mit einem Ticket befahren werden können. Das kostet 380 Euro. Nun muss ich aber sagen, dass wir die beiden Bundesländer wahrscheinlich nicht so eins zu eins und direkt miteinander vergleichen können.

Wir alle wissen, dass wir gerade bei uns einen riesigen Aufholbedarf noch haben, was vor allem die Schieneninfrastruktur betrifft. Und wir dort sehr viel Geld in die Hand nehmen müssen. Wenn wir jetzt dieses Geld nehmen und nicht in die Schiene investieren. Ich denke jetzt an die Durchpendlung, zum Beispiel der Mühlkreisbahn und das in die Tarifförderung stecken, dann könnte doch meiner Meinung nach ein großer Schaden für den öffentlichen Verkehr entstehen und das ganze kontraproduktiv sein. Erich Rippl, du bist ja mit mir gemeinsam im Aufsichtsrat der Verkehrsholding. Du weißt auch bestens darüber Bescheid, dass im Hintergrund schon Gespräche laufen, neue, mobile Apps einzusetzen, die die Tarifgestaltung und den Fahrkartenkauf über App, über Smartphone ermöglichen sollten. Davon verspreche ich mir auch sehr viel.

Die Frage der Finanzierung und der Finanzierbarkeit ist in diesem Antrag leider völlig ausgelassen und weggelassen worden. Und ich denke aber doch, dass das doch sehr, sehr wichtig ist. Wer finanziert diese Mehrkosten? Wir sind sehr gerne bereit, über mögliche neue Tarife zu sprechen, eingehend zu diskutieren und auch was umzusetzen. Möchte ich sagen. Ich finde aber einen Dringlichkeitsantrag in dieser Angelegenheit nicht besonders geschickt und wir werden daher die Dringlichkeit ablehnen. (Beifall)

Präsident: Danke Herr Abgeordneter! Herr Severin Mayr ist der Nächste auf meiner Rednerliste. Bitte sehr, Herr Abgeordneter!

Abg. **Mayr:** Dankeschön Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns in den vergangenen Wochen das eine oder das andere Mal über die Luftsituation in Oberösterreich unterhalten. Zurecht haben wir uns unterhalten. Und wir werden noch viel intensiver darüber diskutieren müssen. Weil Sie haben alle mitbekommen, dass es in Oberösterreich nach wie vor Orte gibt, wo es massive Überschreitungen gibt der Grenzwerte. Vor allem bei den Stickoxiden, das sind massive Überschreitungen, die den Menschen ihre Gesundheit einschränken und die aber, das wissen Sie auch alle, in ganz besonderen Maße negative Auswirkungen auf die Gesundheit von Kindern haben.

Über den Hauptverursacher haben wir auch bereits gesprochen, kommt auch im aktuellen Bericht des Rechnungshofs vor. Wo klipp und klar verankert ist, dass der Hauptverursacher der schlechten Luft in Oberösterreich die Autos sind. Die sich jeden Tag mehr oder weniger durch unser Bundesland bewegen. Aber Mobilität, das ist nicht eine ökologische Frage. Mobilität ist eine zutiefst ökonomische Frage, weil Mobilität ist im Großen und Ganzen relativ teuer. Also abgesehen jetzt vom Flugverkehr. Ich habe mir das jetzt angeschaut. Es gibt tatsächlich die Möglichkeit, von Wien nach Mallorca zu fliegen und dafür weniger zu bezahlen als wie wenn man mit dem Zug von Linz nach Braunau fährt. Das ist mittlerweile möglich. Also wir leben in einer Gesellschaft, wo zumindest der Flugverkehr günstig ist. Aber der wirkliche öffentliche Verkehr relativ teuer ist.

Und viele Menschen fragen sich zu Recht, wie sollen sie sich eigentlich ihr tägliches Leben noch leisten, wenn auch schon für den öffentlichen Verkehr ein beträchtlicher Teil des Einkommens draufgeht? Viele Menschen denken sich, vor allem viele junge Menschen denken sich, ich will kein eigenes Auto haben oder ich kann kein eigenes Auto haben, weil ich es mir nicht leisten kann. Und was schon angesprochen worden ist: Viele Menschen denken sich auch, wie soll ich eigentlich pendeln, wenn ich nur ein Auto habe, aber zwei Autos brauchen würde? Und wie schaut das mit den Kosten aus?

Dann schauen wir uns das einmal an mit den Kosten, wie es ausschauen würde in Oberösterreich. Schauen wir es uns einmal an, wenn man mit dem öffentlichen Verkehrsmittel unterwegs ist. Es sind schon Beispiele genannt worden. Aber schauen wir es uns an. Ein Pendler, der in der Früh in den Zug einsteigt in Rohrbach und nach Linz fährt, zahlt im Jahr dafür 1.276 Euro. Jemand, der in Vöcklabruck wohnt und nach Linz fährt und die Kernzone dabei hat, zahlt sogar 1.388 Euro. Ist allerdings ein bisschen schneller als der Rohrbacher, zahlt dafür allerdings mehr. Aber selbst wenn man direkt vor den Toren von Linz wohnt, wenn man in Puchenau wohnt, jeden Tag nach Linz fährt, eine Jahreskarte hat, dann zahlt man gemeinsam mit der Kernzone mehr als 550 Euro im Jahr. Das ist eine Menge Geld.

Und dann kann man es sich anschauen, wie es anders wo funktioniert. Wie es vielleicht wo besser funktioniert. Kurzer Blick nach Wien. Dort ist es gelungen, dass eine 365 Euro Jahreskarte eingeführt worden ist. Und Sie erinnern sich wahrscheinlich alle, was es für einen Hohn gegeben hat, wie die Wiener Grünen verspottet worden sind. Wie diese Idee gekommen ist. wie es geheißen hat, das ist niemals finanzierbar für die Stadt Wien. Das wird nicht funktionieren, das braucht niemand, Lenkungseffekt hat es auch keinen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Seit es dieses Ticket gibt, hat sich die Anzahl der verkauften Jahreskarten dort mehr als verdoppelt. Das Modell ist mittlerweile so erfolgreich, dass Vorarlberg nachgezogen ist. Das Modell ist so erfolgreich, dass die Tiroler eine unglaublich attraktive Jahreskarte eingeführt haben mit 490 Euro im Jahr. Und das Modell ist so erfolgreich, dass man mittlerweile nach Salzburg schauen kann, dort kann man in das Regierungsprogramm hineinschauen, dort steht verankert die schrittweise Einführung eines 365 Euro Tickets. Und mittlerweile wird sogar in Niederösterreich über dieses Modell diskutiert. Und wir sollten anfangen, dass wir über dieses Modell des 365 Euro Tickets auch in Oberösterreich ganz intensiv diskutieren.

Denn momentan ist es so, wenn man vom Westen in den Osten fahren möchte, für eine Strecke zahlt man im Jahr über 2.000 Euro, in anderen Bundesländern kriegt man ein ganzes Bundesland um 365 Euro.

Mit unserem Modell kann sich jemand, der jeden Tag sich in Rohrbach in den Zug setzt oder in den Bus und nach Linz fährt, über 900 Euro sparen. Und einem Puchenauer, für diese kurze Strecke, dem bleiben ebenfalls jedes Jahr 200 Euro mehr übrig.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass so eine Jahreskarte für Oberösterreich machbar ist. Dass man viel ambitionierter noch sein kann, als auch die SPÖ mit diesem Antrag ist und sagt, gehen wir vorsichtig unter 1.000 Euro. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass ein 365 Euro Ticket in Oberösterreich genauso machbar ist, wie es in anderen Bundesländern machbar ist!

Es ist nämlich ein Erfolgsmodell. Es ist eine günstigere Alternative zum Auto. Erspart uns Stau! Erspart Ärger! Es gibt bessere Luft! Es gibt bessere Gesundheit! Bei allen, die vom

Verkehr betroffen sind in Oberösterreich. Und letztendlich, der der sich dazu bereit erklärt, dass er auf Öffis umsteigt, das ist auch ganz klar meine Meinung, dem soll am Ende des Monats mehr Geld übrig bleiben, als das bisher der Fall ist. Das was in allen anderen Bundesländern funktioniert oder in fast allen anderen Bundesländern funktioniert, kann in Oberösterreich genau so funktionieren. Man muss nur den Mut haben, dass man das auch umsetzt. Von uns gibt es dafür die volle Unterstützung. Wir werden das vorantreiben. (Beifall)

Präsident: Herr Abgeordneter Peter Handlos hat als Nächster das Wort. Bitte sehr!

Abg. **Handlos:** Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher! Bevor ich direkt da einsteige, möchte ich einen Dank aussprechen. Ich möchte mich beim Klub der ÖVP herzlich bedanken für die Genesungswünsche, die mich im Krankenhaus erreicht haben. Das war eine ganz eine nette Geste und ein herzliches Dankeschön dafür.

Dann kommen wir zum Antrag 785/2018, der S-Fraktion. Ein Ticket der Möglichkeiten, ein OÖ Ticket. Meine Damen und Herren! Oberösterreich ist tatsächlich ein Land der Möglichkeiten. Nachdem sie dieses Branding nicht durchgezogen haben in Ihrem Antrag, nehme ich an, die Überschrift ist ein bisschen ironisch gemeint gewesen. Und genau das finde ich sehr, sehr schade. Ich bin mir sicher, Oberösterreich ist ein Land der Möglichkeiten und ich bin sehr, sehr stolz auf dieses Oberösterreich.

Meine Damen und Herren der S-Fraktion! Ihr Antrag 758/2018 ist natürlich korrekt und legitim. Die SPÖ in Niederösterreich, in Wien und die Genossen aus dem Burgenland fordern was. Die S-Fraktion in Oberösterreich sagt, das hätten wir auch gerne, das möchten wir auch haben.

Aber meine Damen und Herren! Das Leben ist kein Wunschkonzert. Speziell, (Zwischenruf Abg. Bgm. Rippl: „Das steht ja da drinnen!“) warte einmal bis zum Schluss. Dann erfährst du eh noch was. Die Spannung steigt, schadet eh nicht bei euch, dass sich ein bisschen was tut. (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Da habt ihr uns die Latte hochgelegt!“ Zwischenruf Abg. Bgm. Rippl: „Fünf Monate vor der Wahl wahrscheinlich!“)

Meine Damen und Herren! Speziell die Politik lebt von Visionen und vor allem daran und davon, wie man diese Visionen auch umsetzt. Die Frage ist immer, wie geht man es an und was machen wir? Die FPÖ und die ÖVP haben vereinbart, die Grundlage für ein Öffinetz Ticket in Oberösterreich zu schaffen. Nachzulesen, das habt ihr auch gemacht. Ein großes Lob, wirklich löblich. In dem Arbeitsübereinkommen zwischen der Freiheitlichen Partei und der ÖVP.

Aber Grundlagen und das ist das Problem, heißt, zuerst müssen wir einmal die Infrastruktur dazu schaffen. Nämlich die direkte, wie die Verbindungen der Linien oder auch die Züge und auch die indirekten. Das heißt diese Pendlerparkplätze und und und. Hier ist man mit dem Herrn Landesrat Steinkellner definitiv an der Umsetzung. Rekordsummen werden investiert in den öffentlichen Verkehr. Die S-Bahn wurde umgesetzt zusätzlich, wenn ich jetzt noch hernehme die LILo Investments, 30 Millionen Euro. Verlängerung Haid – Ansfelden, 100 Millionen Euro. Stadtbahn Pregarten – Gallneukirchen, 365 Millionen Euro. Durchpendlung Mühlkreisbahn, 400 Millionen Euro. Das heißt, also in Summe reden wir hier von circa 900 Millionen Euro, die in die Infrastruktur zuallererst investiert werden müssen.

Nach Abschluss dieser Investitionen dann kann man natürlich selbstverständlich an die Umsetzung, so eines Öffinetz Tickets herantreten. Vorher, meine Damen und Herren, bringt das relativ wenig! Noch dazu eines ist auch erwiesen, es gibt eine Studie von, (Unverständlicher Zwischenruf) geh Herr Rippl, lassen Sie mich doch ausreden!

Es gibt eine Studie von VCÖ. Da geht ganz klar hervor, das schlagende Argument zur vermehrten Öffinutzung ist nicht in erster Linie der Preis, sondern ein verbessertes Qualitätsangebot. Irritierend möchte ich dazu anmerken, die S-Verkehrsreferenten haben es jahrelang nicht geschafft. Es war ein FPÖ Landesrat notwendig, zum Beispiel die S-Bahn umzusetzen. Übrigens, und das ist traurig, als letztes Bundesland Österreichs. Ich darf weiter auf die Möglichkeiten von bis zu 45 Prozent Preisersparnis hinweisen, wenn man Fahrten im Oö. Verkehrsverbund mit der Oberösterreichischen Familienkarte nutzt oder auch auf das Jugendticket, wo man mit einem relativ geringen Aufpreis zur Lehrlings- und Schülerfreifahrt sehr wohl eine Möglichkeit für ein Netzticket erhält.

Dieses 365 Euro Jahresticket, was immer herumgeistert, würde in Oberösterreich pro Jahr circa 15 Millionen Euro kosten. Rechnen Sie das einmal auf 30 Jahre, da sind wir wieder bei knapp 500 Millionen Euro. Ich glaube, dass wirklich die geplanten und teilweise schon in Umsetzung befindlichen Projekte dadurch absolut gefährdet werden. Aus diesem Grunde werden wir wenig überraschend einer Dringlichkeit nicht zustimmen. Danke sehr! (Beifall)

Präsident: Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 758/2018 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Und ich weise diese Beilage dem Ausschuss für Infrastruktur zur weiteren Vorberatung zu.

Wie der Herr Schriftführer weiter angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 759/2018 vor, diese ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die sozialversicherungsrechtliche Absicherung von Pflegepersonen. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss erforderlich.

Ich eröffne über den Antrag 759/2018, dem die Dringlichkeit zuerkannt werden soll, die Wechselrede und zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Gisela Peutlberger-Naderer. Bitteschön Frau Abgeordnete!

Abg. **Peutlberger-Naderer:** Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher! In diesem Initiativantrag betreffend die sozialversicherungsrechtliche Absicherung von Pflegepersonen geht es uns darum, dass die Oberösterreichische Landesregierung sich bei der Bundesregierung dafür einsetzt, dass eben Personen, die ein beeinträchtigtes Kind in häuslicher Umgebung selber pflegen und auch Personen, die im Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe ein Kind oder einen Jugendlichen pflegen und erziehen, dass sie diese Zeiten als Versicherungszeiten in der Pensionsversicherung anerkannt bekommen.

Pflegepersonen erbringen ja Tag für Tag wirklich eine gesellschafts- und sozialpolitisch wichtige Aufgabe. Und diese Leistungen sollen eben anerkannt werden. Ganz konkret für die betreuten Kinder und Jugendlichen. Und da gibt es Möglichkeiten, wenn wir bedenken, wir haben ja heute auch schon über Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe gesprochen, dass natürlich die Betreuung durch eine Pflegeperson weitaus kostengünstiger ist. Es sind ja

auch zumeist die leiblichen Mütter Pflegemütter die dann auf eine eigene Berufstätigkeit verzichten und eben wo es nicht möglich ist, dass sie einer Berufstätigkeit nachgehen und das soll vor allem pensionsversicherungsrechtlich abgesichert werden.

Wenn in der Kindererziehungszeit auch eine Erwerbstätigkeit vorliegt, dann hat man jetzt die Möglichkeit, dass man die Bewertung der Kindererziehungszeiten mit 1.828,22 Euro zur Beitragsgrundlage bis zur Höchstbemessungsgrundlage dazugeschlagen bekommt. Aber das wäre wirklich eine wichtige Initiative, dass man nämlich auch die Anerkennung und die Attraktivierung bei solchen speziellen Pflegeeltern damit erzielt. Bitte um Ihre Zustimmung. (Beifall)

Präsident: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster darf ich der Frau Abgeordneten Ulrike Wall das Wort erteilen. Bitte sehr Frau Abgeordnete.

Abg. **Wall:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Vor zirka zwei Jahren hat der Oberösterreichische Landtag bereits eine Resolution an die Bundesregierung mit dem Ziel einer besseren sozialrechtlichen Absicherung für pflegende Angehörige beschlossen. Zuständig war damals der SPÖ-Sozialminister Stöger. Die Antwort war leider negativ.

Die im Antrag genannten Personengruppen, nämlich die Pflegeeltern bzw. die Eltern, die behinderte Kinder betreuen, verdienen jedenfalls besonderes Augenmerk. Sie ersparen beide durch ihre Pflege- und Erziehungsleistungen dem Staat sehr, sehr viel Geld. Ein kleiner Unterschied ist natürlich gegeben, weil die Pflegeeltern im Auftrag der öffentlichen Hand zur Erfüllung gesetzlicher Vorgaben tätig sind, wenn die leiblichen Eltern nicht in der Lage sind, die Erziehungsaufgaben ihrer minderjährigen Kinder wahrzunehmen.

Oberösterreich hat im österreichischen Vergleich zwar weniger Kinder in Fremdbetreuung, aber auch diese werden mehr. Die aktuellen Zahlen von 2016 zum Beispiel: 740 Kinder, die in 450 Pflegefamilien leben. Also wir würden auch mehr Pflegeeltern brauchen. Ein berechtigtes Anliegen dieser Berufsgruppe betrifft auch die pensionsrechtliche Absicherung und auch generell einheitliche Rahmenbedingungen. Der Einsatz der Pflegeeltern ist sehr unterschiedlich in den Bundesländern geregelt. Im Punkte Bezahlung und arbeitsrechtlicher Absicherung liegt Oberösterreich im Spitzenfeld.

Als Zweites wird im Antrag die pensionsrechtliche Besserstellung für Eltern gefordert, die ihre behinderten Kinder zu Hause betreuen. Da frage ich jetzt: Warum nur die Eltern behinderter Kinder? Die demographische Entwicklung beschäftigt uns immer mehr. Zum Beispiel der drohende Pflegepersonalmangel, der Zugang zu den Alten- und Pflegeheimen erst ab Pflegestufe 4 wird vielleicht manche Angehörige zusätzlich herausfordern. Ich denke also, die Politik wird zur Sicherstellung der familiären Pflege diverse Maßnahmen setzen müssen. Es sollten daher alle Personen, die einen Angehörigen betreuen oder pflegen, egal ob es sich um einen alten oder um einen behinderten Menschen handelt, und die dafür ihre Erwerbsarbeit zurückstellen müssen, finanziell entsprechend abgesichert werden. Darüber würde ich gerne im Ausschuss diskutieren. Die Dringlichkeit lehnen wir ab. (Beifall)

Präsident: Danke sehr. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, warum nicht alle? Ja, selbstverständlich. Das ist glaube ich ein großes Thema,

aber der Grund, warum wir das herausgegriffen haben und auch so unterstützen ist, dass es für Familien, die ein beeinträchtigtes Kind ab Geburt bzw. durch einen Unfall oder was auch immer, durch eine schwere Krankheit, sehr gefordert sind. Und das stellt das Leben eben wirklich auf den Kopf. Da wird einfach alles anders und da muss man einfach sehr, sehr vieles anders organisieren und es stellt einen vor große familiäre Herausforderungen, aber vor allem auch vor viele finanzielle, langfristige Absicherungsherausforderungen.

Da sind die familiären finanziellen Einbußen natürlich hauptsächlich bei den Frauen, weil, wie schon gesagt, wie am Antrag steht, die Frauen halt meistens die Pflege und die Betreuung behinderter Kinder übernehmen. Viel Zeit geht am Anfang auf, um die rechtlichen Ansprüche zu organisieren, das Familienleben zu organisieren, auch mit den anderen Geschwistern und so weiter, das wieder alles in die Gesellschaft einzubauen. Da geht viel Zeit auf und die ersten vier Jahre, bis die Kinder dann in die Schule kommen, ist meistens keine Zeit oder überhaupt nicht daran zu denken, dass die Frau arbeiten geht. Die vier Jahre, die jetzt berechnet werden, stehen einem bei einem behinderten Kind sicher sehr zu Recht zu, aber es wäre da natürlich eine Verlängerung ganz, ganz sinnvoll.

Was mir trotzdem ein bisschen ein Widerspruch ist oder wo ich sage, ich brauche längere Anspruchszeiten oder ich brauche vielleicht eine Verdoppelung dieser Berechnungsgrundlage für die Pension ist, wenn jetzt jemand nur Teilzeit arbeiten geht. Die große Herausforderung beginnt bei vielen Frauen, bei vielen Müttern von beeinträchtigten Kindern, wenn sie plötzlich noch von der Schule heimkommen, weil dann ist nicht einmal ein Halbtagsjob mehr möglich, weil es keine Angebote gibt. Und mir ist genauso vordringlich oder vielleicht noch vordringlicher die Betreuung behinderter Kinder, beeinträchtigter Kinder zu organisieren, nämlich nicht nur nach der Schule, sondern auch wirklich vorausschauend einen Wohnplatz und so weiter, damit diese Herausforderung für die Eltern wegfällt und damit die einfach auch wieder einen ganz normalen Arbeitsalltag gestalten können und so einen Beitrag leisten können für die Kinder, aber eben nicht mehr daheim bleiben müssen, weil es keine andere Möglichkeit gibt, diese zu betreuen.

Also mir wäre es sehr, sehr wichtig, vordringlich auch diesen Part auszubauen. Passt, das hängt an unseren eigenen finanziellen Mitteln, das andere würde irgendwann der Bund und irgendwann trotzdem das Steuersystem bezahlen, weil Pensionen zahlen wir alle. Also das wird dann auch nicht so sein, dass uns das nichts kostet. Aber klar ist, hier höhere Anrechnungszeiten, längere Anrechnungszeiten sind sehr berechtigt, auch eine Erhöhung dieses Beitrages, man kann sich ja selber versichern, aber das ist natürlich sehr gering oder oft auch, wenn man wo angemeldet ist. Bei Plan B, das ist dann für die Eltern und so weiter, wäre es da möglich, aber man ist da wirklich sehr geringfügig abgesichert und das zählt ja bei der Pension nicht wirklich sehr. Aber ich glaube, dass es da einen Aufschlag gibt, das wäre sicher zu überdenken und wirklich auch herbeizuführen, weil das einfach eine ganz große Aufgabe ist, die diese Personen und diese Eltern, vor allem die Mütter, hier leisten und einen wirklich wichtigen gesellschaftlichen Beitrag leisten.

Aber parallel dazu wirklich zu schauen, wie können wir hier Verbesserungen schaffen, damit Familien und Frauen auch mit einem beeinträchtigten Kind, mit einem Pflegekind arbeiten gehen können und hier auch langfristig gesetzlich und pensionsrechtlich abgesichert sind. Das ist unser zweiter Wunsch dazu. Also der Dringlichkeit werden wir zustimmen und auch dem Inhalt, aber auch parallel dazu darf es nicht dazu kommen, ja gut, dann brauchen wir keine Einrichtungen mehr bauen und keine Betreuungsplätze mehr schaffen, weil die Leute sind eh abgesichert, das möchte ich nicht, ich möchte beides haben, damit man sagen kann,

bis zu einer gewissen Grenze wird aufgefüllt und sonst haben die Frauen, die Mütter die Möglichkeit, hier auch arbeiten zu gehen. Danke. (Beifall)

Präsident: Danke Frau Abgeordnete. Ich darf als Nächstem Herrn Abgeordneten Wolfgang Hattmannsdorfer das Wort erteilen.

Abg. **Mag. Dr. Hattmannsdorfer:** Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Zuseher/innen über das Internet! Ich möchte mich eingangs einmal ganz herzlich dafür bedanken, dieses Thema heute einmal in den Vordergrund zu stellen. Es ist ja, glaube ich, ein Thema, das nicht immer so im Licht der Öffentlichkeit steht und ich glaube, wir alle sind uns einig, dass die Leistungen, die erbracht wurden von Personen, die ein behindertes Kind betreuen, von Personen, die ein Kind betreuen, das im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe quasi auch begleitet wird, dass man das nicht genug wertschätzen kann.

Und es gibt Gott sei Dank in Oberösterreich ein Bekenntnis, dass in einem sehr starken Wirtschaftsland, in einem sehr starken Industrieland man auch für jene da ist, die es sich, aus welchen Gründen auch immer, nicht leisten können, dass gerade Leistung, Wohlstand, Erfolg immer auch die soziale Verantwortung inne hat. Deswegen bin ich auch dankbar, dass es in einem gemeinsamen Kraftakt gelungen ist, sich zu überlegen, wie kann man die sozialpolitische Landkarte, die sozialpolitische Landschaft für die Zukunft ausrichten, und da, glaube ich, gibt es schon viele Überlegungen, insbesondere was die Betreuung von beeinträchtigten Menschen betrifft.

Und meine Vorrednerin hat es ja angesprochen, ob das die Frage der Wohnformen, ich glaube diese Grundsatzüberlegung, neben der Vollbetreuung auch in Richtung Teilbetreuung, in Richtung auch begleitendes Wohnen zu überlegen, ist der richtige Weg. Ich glaube, es geht auch um die Frage, hier gerade Angehörigen, Eltern Angst und Sorge zu nehmen, wenn man sagt, man hat einen Vollbetreuungsplatz, daher traut man sich zu Recht nicht den Teilbetreuungsplatz auszuprobieren, weil man dann in der Warteliste wieder ganz hinten ist, es künftig durchlässiger zu machen, glaube ich, ist die richtige Richtung. Und entscheidend ist, glaube ich auch, der Ausbau des Angebotes von Kurzzeitbetreuungseinrichtungen, weil gerade auch das die große Entlastung ist, insbesondere auch für Eltern, die sagen: Jawohl, ich möchte mein Kind betreuen oder ich möchte das Kind betreuen, dass mir überantwortet wurde, aber es geht halt nicht das ganze Jahr, es muss auch einmal die Möglichkeit geben, für zu Betreuende eine Auszeit, in welcher Form auch immer, zu nehmen.

Und genauso ordne ich auch heute den Antrag ein, der aus meiner Sicht zwei unterschiedliche Teilbereiche behandelt. Einerseits was Personen betrifft, die ein behindertes Kind betreuen. Es ist ja derzeit so, dass man die Möglichkeit hat, wenn es ein Kind gibt, für das erhöhte Familienbeihilfe bezogen wird, sich bei der PVA zu melden und dann auch sicher zu stellen, dass quasi die Selbstversicherung möglich ist, wo der Bund dann auch die Versicherungsbeiträge übernimmt und da sagt das *expressis verbis* dazu, bis zum 40. Lebensjahr des beeinträchtigten Kindes. Da sind wir ja in Österreich sehr, sehr weit und das Zweite gilt auch für Personen, die Pflegekinder betreuen. Der Verein Plan B wurde ja angesprochen, wo rund Dreiviertel der Eltern, laut den mir vorliegenden Zahlen, Pensionszeiten erwerben können. Ich halte es für richtig dieses Thema zu erörtern. Ich finde es auch gut, dass, sei es politisch motiviert oder nicht, weil jetzt der Sozialminister nicht mehr rot ist, die SPÖ bereit ist, eine Resolution zu stellen. Ich glaube, darum soll es nicht gehen, es soll um die Tatsachen und es soll um das Anliegen gehen.

Ich würde aber ersuchen, dass wir diese Beilage dem Sozialausschuss zuführen und da das Thema auch umfassender beleuchten. Weil ich glaube, rein die Reduktion auf das Alter des Kindes oder die Frage der Beschäftigungsform über Plan B alleine greift zu kurz. Weil es angesprochen wurde, es hat dazu schon einmal eine Initiative gegeben, die leider seiner Zeit vom roten Sozialminister keine Zustimmung gefunden hat und wenn wir die Köpfe zusammenstecken, finden wir vielleicht eine Möglichkeit im Sinne der Interessen der Betroffenen, da etwas zu tun. Weil wir uns schon klar sein müssen, dass gerade pflegende Angehörige die Hauptlast tragen, nicht nur im Bereich der Menschen mit Beeinträchtigung, das gilt ja für alle Bereiche, auch für den Bereich der älteren Menschen.

Und wir sollten es auch nicht nur reduzieren auf die Frage, der Staat erspart sich dadurch viel Geld, natürlich ist das wichtig bei öffentlichen Geldern, aber es geht um eine Grundsatzfrage, die Möglichkeit zu bieten, die Betreuung zu Hause in den eigenen vier Wänden auch möglichst lange zu ermöglichen und da sind halt die Stütze die pflegenden Angehörigen, deswegen danke, dass dieses Thema jetzt wieder aufs Tableau gebracht wird und ich freue mich auf eine Diskussion im Sozialausschuss. (Beifall)

Präsident: Danke sehr. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 759/2018 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist und ich weise daher diese Beilage dem Sozialausschuss zur Vorberatung zu.

Wie der Herr Schriftführer weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 760/2018 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Weiterführung der Erziehungshilfen nach der Volljährigkeit. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass dieser Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird die Wechselrede und darf Herrn Abgeordneten Peter Binder das Wort erteilen.

Abg. Peter **Binder:** Sehr geehrter Präsident, hohes Haus, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Worum geht es bei diesem Antrag? Es geht um die Initiative Careleavers. Careleavers sind junge Menschen, die irgendwann einmal in der Obhut der Kinder- und Jugendhilfe landen, die derzeit grundsätzlich automatisch mit dem 18. Lebensjahr endet. Darüber hinaus ist es zwar möglich diese Obhut, diese Fürsorge der öffentlichen Hand an familienstatt, wie das auch vorgesehen ist, zu verlängern. Allerdings ist das nur eine Möglichkeit und kein grundsätzlicher Anspruch für die Jugendlichen und daraus ergibt sich zwischen den Bundesländern und in Oberösterreich speziell sogar zwischen den Bezirken eine ganz unterschiedliche Praxis, die zu einer großen Verunsicherung führt und die eigentlich dem Zwecke, dass die Kinder- und Jugendhilfe eine Normalisierung, einen normalen Lebensweg ermöglichen soll für diese Kinder, noch einmal an familienstatt, das wird dadurch eigentlich erschwert.

Was ist denn so eine normale Lebenslaufbahn? Die Kinder werden geboren, sie wachsen in ihren Familien auf, sie gehen in die Schule, sie machen eine Ausbildung, dann ziehen sie irgendwann einmal von Zuhause aus und wenn dann die ersten kleineren oder größeren Probleme auftauchen, dann haben sie trotzdem die Möglichkeit, zu ihren Eltern zurückzukehren, anzurufen: Mama, wie geht denn das mit der Waschmaschine? Papa, wie geht denn das mit dem Reifenwechseln? Diese Möglichkeit haben Kinder, die aus

zerrütteten Familienverhältnissen kommen, bedauerlicherweise nicht und darum ist viel wichtiger als die Frage: worum geht es, die Frage: um wen geht es?

Es geht um zahlreiche Kinder und Jugendliche, die aus Familienverhältnissen kommen, die keine normalen Familienverhältnisse mehr sind. Die aufgrund von unterschiedlichsten Ursachen aus ihren Familien ausgestoßen werden oder selber die Flucht suchen müssen. Die Flucht suchen vor Distanz, vor seelischer Quälerei, vor Drogen, vor körperlicher Gewalt oder vor sexuellem Missbrauch. Und die Kinder- und Jugendhilfe und die zahlreichen Träger, die im Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe und somit im Auftrag von uns als Gesellschaft an familienstatt dieser Kinder annehmen, die kommen dann oft relativ spät auf einen schon lange schief gegangen Lebensweg mit diesen Kindern und Jugendlichen in Kontakt und haben demnach sehr wenig Zeit, um eine Stabilisierung und eine Normalisierung dieses Lebensweges herbeizuführen und ehe sie sich versehen, ist eigentlich die Zuständigkeit schon wieder vorbei und es bedarf eines viel größeren Aufwands, eine Verlängerung der Unterstützung dieser Jugendlichen zu erwirken, als dass das eigentlich, wie es normal wäre, eine Selbstverständlichkeit ist, aus allen Gesetzen, die wir in Österreich haben, dass hier eine weitere Unterhaltsunterstützungs- und ja eine Hilfspflicht besteht.

Jetzt sind die Jugendlichen, die das betrifft, selbst aktiv geworden und darum haben wir diesen Antrag auch eingebracht und haben vor zehn Tagen zu einem Dialog eingeladen, da muss ich an dieser Stelle sagen, dass ich es etwas beschämend gefunden habe, dass zwei Fraktionen dieses hohen Hauses dieser Einladung bedauerlicherweise nicht gefolgt sind. Insbesondere eine Fraktion, die es sich in den letzten Tagen eher zur Aufgabe gemacht hat, Jugendliche aus solchen Einrichtungen zu verurteilen, zu diskreditieren, noch mehr an den Rand zu stellen, als sie dies aufgrund ihrer schwierigen Situation ohnehin schon sind. Es wäre ein wichtiges Signal gewesen, sich nicht nur über die Betroffenen zu unterhalten, sondern mit den Betroffenen zu unterhalten, mit den jungen Menschen zu reden, über die Ursachen für ihre Situation und über das, was sie an Hilfe und Unterstützung brauchen (Beifall).

Es ist wichtig, und damit komme ich zum Schluss, dass wir heute ein Signal aussenden und diesen Initiativantrag auch dringlich abschicken nach Wien, denn dort wird ganz etwas anderes diskutiert. Dort wird diskutiert, das Bundeskinder- und Jugendhilfegesetz wieder aufzulassen, was entstanden ist, weil 2008 der 17 Monate alte Luca nach einem Martyrium von schwerem sexuellen Missbrauch verstorben ist und sich der Bund dazu bekannt hat, dass es bundesweit Mindeststandards braucht, einen Rahmen für die Kinder- und Jugendhilfe, und dieses Gesetz soll nun aufgelassen werden, und das halten wir nicht für gut. Es ist wichtig, dass Jugendliche, egal wo sie in Österreich geboren sind oder wo sie aufwachsen, auf die gleichen Mindeststandards in der Kinder- und Jugendhilfe vertrauen können und darum ist es wichtig, dass wir diese Standards, was die Verlängerung angeht und die Forderung, dass es hier bundesweite Regelungen gibt, heute an den Bund abschicken und ich ersuche deshalb um Zustimmung. Danke. (Beifall)

Präsident: Danke schön. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Ulrike Wall und ich darf es ihr erteilen.

Abg. **Wall:** Sehr geehrter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Ich möchte einmal anmerken, dass ich keineswegs die Jugend diskreditiert habe, sondern, dass ich kritisiere, dass sich die Kinder- und Jugendhilfe selbst kontrolliert und dass möglicherweise diese sozialpädagogischen Konzepte zu wenig wirksam sind für das, welche Kosten sie verursachen.

Zum Antrag, wie der Name des Gesetzes Kinder- und Jugendhilfegesetz schon besagt, geht es dabei um Kinder und Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahr. (Der Zweite Präsident übernimmt den Vorsitz.) Es liegt im Ermessen der zuständigen Behörden, wie wir gehört haben, in Ausnahmefällen darüber hinaus auch jungen Erwachsenen, 18- bis 21-Jährigen, Hilfemaßnahmen zuzuerkennen. Ich verstehe die Kritik nicht ganz, warum das jetzt so schlecht ist, wenn die Hilfen in diesen Fällen maximal für ein Jahr gewährt werden, weil letztendlich ist es doch auch zu überprüfen, wie weit die Maßnahmen wirken oder ob zum Beispiel die Ausbildung auch zielstrebig verfolgt wird und davon auch dann weitere Hilfen abhängig zu machen. SPÖ und Grüne fordern nun eine generelle Weiterführung der Kinder- und Jugendhilfe auch nach Erreichen der Volljährigkeit ohne zeitliche Beschränkung, so wie es in diesem Antrag jetzt ausschaut. Das wirft natürlich schon Fragen auf. Um wie viele Fälle geht es da jetzt eigentlich oder was würde das an Mehrkosten verursachen?

Vorwiegend geht es im Antrag darum, junge Erwachsene, die von ihren Familien nicht den notwendigen Rückhalt haben, bei einer Ausbildung zu unterstützen. Und das ist etwas grundsätzlich sehr Sinnvolles. Aber sollte das nicht eher in einem Erwachsenenengesetz geregelt sein?

Das Oberösterreichische Mindestsicherungsgesetz wurde zum Beispiel dahingehend geändert, dass junge Menschen, die aufgrund einer Ausbildung dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, auch wenn sie diese erst über achtzehn beginnen, einen Anspruch auf Mindestsicherung haben.

Die Bundesregierung hat laut Regierungsprogramm die Absicht, ein Sozialhilferecht für junge Erwachsene zu schaffen. Gerade im Hinblick auf entwicklungsverzögerte junge Menschen soll ein Schnittstellenmanagement zwischen Jugend- und Erwachsenenhilfe eingeführt werden.

Wir sollten zunächst Informationen einholen, ob dazu bereits konkrete Schritte geplant sind und im Ausschuss darüber diskutieren. Die Dringlichkeit lehnen wir ab. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Kaineder.

Abg. **Kaineder:** Danke Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst, glaube ich, muss man einmal klarstellen, dass der spezifische Vorschlag, der hier gebracht wurde, sich nicht um alle Jugendliche kümmert, sondern um eine ganz, ganz spezifische Gruppe, die vieles von dem, was normalen Jugendlichen in ihrem Alter zwischen sechzehn und fünfundzwanzig zur Verfügung steht, eben nicht zur Verfügung steht und dass es volkswirtschaftlich für eine Gruppe, die Stabilität braucht, Sinn macht, dass, wenn ich als Land fünf Jahre in diese Stabilität investiert habe, Beziehung aufgebaut wurde, die nachher zur Verfügung halte, das hoffe ich, dass unbestritten ist.

Ich möchte euch das an einem Beispiel erklären. Ich habe am Montag vor einer Woche Elisabeth kennen gelernt. Das ist eine junge Frau. Die ist achtzehn Jahre alt und die holt gerade ihren Hauptschulabschluss nach und möchte, wenn das geschafft ist, nächstes Jahr die Ausbildung zur Behindertenbetreuerin machen. Das Problem für die Elisabeth ist nur, dass sie in ihrem Leben bisher viele Stolpersteine zu überwinden hatte. Das Leben der Elisabeth ist nicht immer glatt gelaufen.

Sie hat als Jugendliche genau das nicht gehabt, was uns allen oder den meisten von uns, glaube ich zumindest, zur Verfügung gestanden ist. In einer Zeit der Pubertät, des Trotzes,

des Widerstandes, des Auslotens von Grenzen, gerade in der Pubertät, da müssen die Eltern, da müssen die Familien, da müssen die sozialen Netzwerke erhalten.

Und in Elisabeth's Leben hat es das so nicht gegeben. Und von solchen Menschen reden wir. Ihre Mutter zum Beispiel lebt in unglaublich starker finanzieller Abhängigkeit aber auch anderen Abhängigkeiten von ihrem Stiefvater und irgendwann hat sie der vor die Entscheidung gestellt: Entweder ich gehe oder die aufmüpfige Tochter geht. Und die Mutter hat aus verschiedensten Gründen, über die ich nicht urteilen will, sich für den Stiefvater entschieden.

Und man kann sich vorstellen, was das für eine Botschaft ist für eine Tochter, für eine orientierungslose Tochter, eine werdende Frau im Alter von vierzehn, fünfzehn Jahren. Die Mama hält nicht zu mir.

Von dem Tag an hat es für Elisabeth keinen letzten Anker mehr gegeben. Sie hat zwei Jahre am Linzer Hauptbahnhof verbracht, Drogenproblem inklusive und sie sagt heute als junge Frau, sie hat in der Zeit alle Hilfe abgelehnt, weil sie die Angst gehabt hat, wieder enttäuscht zu werden, wieder fallen gelassen zu werden.

Und in solche Lebensgeschichten hinein arbeitet die Kinder- und Jugendhilfe in unserem Land, vorsichtig, behutsam, aber mit klaren Regeln und Rahmenbedingungen. Und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter versuchen langsam Vertrauen aufzubauen, bis die jungen Menschen, wie die Elisabeth, soweit stabilisiert sind, dass sie wieder zur Schule, wieder in eine eigene Wohnung und im besten Fall wieder arbeiten gehen können, und genau für das brauchen sie Zeit.

Das Gesetz, das heute gilt, beendet diese Betreuung mit achtzehn Jahren, und seid mir nicht böse, wenn Ihr eure eigenen Lebensläufe anschaut oder die von anderen jungen Menschen, da muss alles gut gehen, bist mit achtzehn mit der Lehre fertig, beim HTL-Abschluss sind wir schon bei neunzehn und von anderen Ausbildungswegen kann man in diesen Zusammenhängen eh nicht reden. Ja.

Wann du eine Lebensgeschichte hast wie diese Elisabeth, geht sich das nicht aus. Die brauchen mehr Zeit und die haben Jahre hinter sich ohne Eltern, ohne Sicherheit, ohne Geborgenheit, ohne letzte Netze.

Und in der Betreuung durch die SozialpädagogInnen in der Kinder- und Jugendhilfe haben sie mühsam Beziehungen aufgebaut, die abubrechen volkswirtschaftlich, gesellschaftspolitisch nicht richtig wäre und deshalb geht es darum, dieses Gesetz zu ändern. Wir brauchen ein Bekenntnis für diese jungen Menschen. Wir brauchen nach dem achtzehnten Geburtstag Betreuer/innen, die ihnen Stabilität geben, damit sie den Weg ins eigene Leben schaffen.

Und wenn Ihr ein finanzielles Argument braucht, es wird sich langfristig immer rechnen, denn, ob ich einen Menschen ein ganzes Leben lang in sozialen Systemen habe, weil sie gesundheitlich gar nicht in der Lage sind, produktive Beiträge zu leisten oder ob ich sie begleite, bis sie einundzwanzig sind, zweiundzwanzig sind und dann in eine Selbständigkeit entlassen kann, die dieser Gesellschaft Nutzen bringt, das wird sich immer rechnen.

Die Elisabeth hat uns vor zwei Wochen ihre Geschichte erzählt. Sie will arbeiten. Sie will selbständig sein und sie braucht dazu noch ein bisschen Zeit und ich habe ihr dann gesagt:

Gesetze machen ist ein langwieriger Prozess. Es kann sein, dass es sich für dich gar nicht ausgeht, dass dieses Gesetz so schnell geändert wird. Und sie hat darauf gesagt: Es gibt jüngere Mädels als mich, denen geht es genauso. Für die müssen wir es ändern. Nehmt euch ein Herz. Stimmt dem Antrag zu. (Beifall)

Zweiter Präsident: Bevor ich nun Kollegen Stanek ans Rednerpult bitte, darf ich sehr herzlich die Schülerinnen und Schüler der Neuen Mittelschule Niederneukirchen herzlich bei uns im Landhaus begrüßen. Ich wünsche Ihnen eine interessante Stunde hier im Oberösterreichischen Landtag. Und nun darf ich Herrn Kollegen Stanek ans Rednerpult bitten.

Abg. **Stanek:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren im hohen Haus, auf der Galerie, liebe Schülerinnen, liebe Schüler aus Niederneukirchen, liebe Besucherinnen und Besucher im Internet!

Kollege Binder hat gesagt, er findet es traurig, dass nur von zwei Fraktionen bei dieser Veranstaltung Abgeordnete anwesend waren. Ich hab jetzt noch versucht, auf die Schnelle einmal zu eruieren, wer von unserer Fraktion eine Einladung erhalten hat. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich eine bekommen habe. Wir werden das aber noch genauer überprüfen.

Momentan ist es tatsächlich so, dass wir nämlich eher feststellen müssen, dass wir keine Einladungen hatten und wenn man keine Einladung hat, dann ist es relativ schwer, auch wohin zu gehen. (Zwischenruf Abg. Kaineder: „Es war ein Mitarbeiter des ÖVP-Klubs angemeldet zu der Veranstaltung! Ich hab mich erkundigt!“) Ja, wie gesagt. Ich lasse es jetzt überprüfen. Wir werden das sehen, aber ich möchte den Vorwurf nicht einfach prima Vista so stehen lassen.

Zum Zweiten: Wir haben inhaltlich jetzt schon sehr, sehr vieles gehört. Ich möchte daher die ganze Geschichte doch etwas von der Metaebene betrachten und auch eine Geschichte erzählen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, es findet eine Veranstaltung statt. Dort äußern einige Jugendliche aus ihrer Sicht vollkommen berechtigte Vorschläge. Abgeordnete hören zu und nehmen das auch auf. Absolut wichtig und richtig. Eine Woche später ist dann Landtagssitzung und dort wird sofort ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, um eine Resolution an die Bundesregierung zu verabschieden.

Oberflächlich betrachtet, soweit so gut. Ja, ich gehe soweit, ich kann mir gut denken, dass der kleine Peter und der kleine Stefan sich denken, das ist doch eine ideale Umsetzung von politischen Forderungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage aber jetzt den großen Peter Binder und auch den erwachsenen Stefan Kaineder, die beide als Abgeordnete in diesem Hause Verantwortung tragen, ob sie mit dieser Verantwortung tatsächlich bewusst umgehen und ob sie diese Verantwortung tatsächlich tragen?

Ist es wirklich seriös, ohne zu wissen, was ein Antrag kostet, ohne darüber zu diskutieren, einen Dringlichkeitsantrag zu stellen? So sehr Kinder und Jugendliche aufgrund familiärer Krisen und schwieriger Lebenssituationen Hilfe und Erziehung brauchen, so wichtig ist es auch diese Hilfen seriös zu diskutieren. Wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, und

damit meine ich die ÖVP und die FPÖ, nehmen diese, nehmen unsere Verantwortung wahr, nicht nur über finanzielle Auswirkungen, sondern auch über pädagogische Auswirkungen, über motivatorische Auswirkungen zu diskutieren. Vorteile, aber auch mögliche Nachteile einmal kritisch zu hinterfragen und genau deshalb müssen wir diesen Antrag im entsprechenden Ausschuss diskutieren und genau deshalb lehnen wir die Dringlichkeit ab. (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt jetzt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 760/2018 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 760/2018 dem Sozialausschuss zur Vorberatung zu.

Wir kommen nun zur Tagesordnung und somit zur Beilage 748/2018. Das ist der Bericht des Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeits- und Innenausschusses betreffend den Bericht der Volksanwaltschaft zur Präventiven Menschenrechtskontrolle über das Jahr 2017. Ich bitte Herrn Präsident Viktor Sigl über die Beilage zur berichten.

Abg. Präsident KommR **Sigl:** Beilage 748/2018, Bericht des Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeits- und Innenausschusses betreffend den Bericht der Volksanwaltschaft zur Präventiven Menschenrechtskontrolle über das Jahr 2017 (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 748/2018.)

Der Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeits- und Innenausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge den Bericht der Volksanwaltschaft zur Präventiven Menschenrechtskontrolle über das Jahr 2017, der der Beilage 726/2018, XXVIII. Gesetzgebungsperiode, als Subbeilage angeschlossen war, zur Kenntnis nehmen. Der Volksanwaltschaft sowie den Mitgliedern des Menschenrechtsbeirats und der Kommissionen wird für ihre Leistungen und den Bericht gedankt.

Zweiter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede und erteile dir jetzt gleich das Wort.

Abg. Präsident KommR **Sigl:** Danke dir Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Welche Bereiche wurden hier konkret überprüft? Es wurden Alten- und Pflegeheime überprüft, Jugendwohlfahrtseinrichtungen, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, psychiatrische Abteilungen in Krankenhäusern und Krankenanstalten, Justizanstalten und auch andere Einrichtungen, wie zum Beispiel Asylunterbringungseinrichtungen. Es wurden im Jahr 2017 österreichweit insgesamt 495 Kontrollen durchgeführt, 451 Kontrollen in Einrichtungen und 44 Kontrollen bei Beobachtungen bei Polizeieinsätzen. Das ist das eine Zahlenwerk.

Das zweite Zahlenwerk ist, dass von diesen 495 Kontrollen in Österreich 51 davon in Oberösterreich durchgeführt wurden. Es wurde insgesamt bei diesen Kontrollen auch eine hohe Anzahl an Beanstandungen beziehungsweise auch an Empfehlungen festgestellt. Das zeigt, dass diese Entscheidung, die Volksanwaltschaft auch präventiv quasi einzusetzen, eine richtige ist und auch eine richtige war.

Bei den Beanstandungen ist festzuhalten, dass es bei den Kontrollen bei Einrichtungen insgesamt 76,7 Prozent Beanstandungen gegeben hat und bei der Beobachtung von Polizeieinsätzen 40,9 Prozent Beanstandungen gegeben hat. Summa summarum darf festgehalten oder muss festgehalten werden, dass wir dankenswerter Weise in Form der Volksanwaltschaft hier eine Einrichtung zur Verfügung haben, die es auch uns Parlamentariern erleichtert, in diesen Bereichen hellhörig zu sein. Wirklich aufmerksam dabei zu sein und vor allem hier auch den Zugang bereits im präventiven Bereich zu suchen, halte ich deswegen für erforderlich, weil in vielen Bereichen die handelnden Personen in verschiedensten Einrichtungen durchaus auch in einen Alltag eingebunden sind, der natürlich auch Fehler verursacht, die manchmal gar nicht böse gemeint, aber zu bösen Ergebnissen kommen und darum müssen wir in diesem Bereich ganz besonders wachsam sein.

In diesem Sinne bedanke ich mich auch bei der Volksanwaltschaft für die Informationen. Wir haben ja das in zweijährigen Intervallen dann immer automatisch auf der Agenda. Was damit auch gewährleistet oder womit auch damit gewährleistet ist, dass wir diese Thematik der präventiven Menschenrechtskontrolle nicht als Einmal-Struktur sozusagen ansehen, sondern für uns dauerhaft die Möglichkeit besteht, hier auch den entsprechenden Zeitverlauf und die Weiterentwicklung der Einrichtungen im positiven Sinne, die Weiterentwicklung im positiven Sinne auch entsprechend damit beobachten und vor allem beeinflussen können. Ich bitte um eure Zustimmung. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, ein großes Danke an die Volksanwaltschaft, dass sie wieder hier sehr umfassende Kontrollen auch im Sinne einer präventiven Menschenrechtsberatung, möchte ich es wirklich nennen, und auch ein Kompendium erarbeitet hat, was wir alles schon Gutes haben und was wir auch noch verbessern können oder wo die Waage zu halten ist zwischen den einzelnen Herausforderungen, die es gilt, gerade auch diese Selbstbestimmung und Mitbestimmung, ob das die alten Menschen in den Alten- und Pflegeheimen sind, ob das Menschen mit Beeinträchtigung sind oder Menschen mit psychischer Erkrankung.

Und genau diese Balance zu halten, was heißt diese Mit- und Selbstbestimmung gleichzeitig einer guten qualitativen Betreuung, Pflege aber auch Betreuung, wo es oft auch Grenzen und Regelungen braucht, die vielleicht nicht so ganz einsichtig sind und wo das Personal und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Einrichtungen sehr, sehr gefordert sind, genau diese Balance einzuhalten.

Die persönlich sehr gefordert sind, psychisch sowohl auch körperlich, als auch im sozialen Kontext, weil es nicht ganz einfach ist, genau in diesem Bereich zu arbeiten mit Menschen, die sehr schwierig sind, und wie trage ich dann das auch nach Hause oder wie kann ich das auch wieder ablegen, wenn ich in meine Familie komme?

Ich möchte mich bei diesen Empfehlungen beziehungsweise bei der Durchsicht auf die drei Bereiche, die in meiner Verantwortung bei den Grünen sind, diese Menschen mit Beeinträchtigung, psychisch Kranke oder im Krankenhaus beziehungsweise auch in den Alten- und Pflegeheimen, die Menschen, die bei uns unsere ältere Generation, die dort gut betreut und versorgt wird.

Wir können durchwegs sagen, und der Herr Präsident hat ja schon angesprochen, die vielen Fälle, die kontrolliert wurden, die vielen Empfehlungen und auch die vielen Fortschritte, die gemacht werden und die positiven Herausstreichungen, was in Oberösterreich gerade, und ich hab mir natürlich den Oberösterreichteil bewusst angeschaut, positiv kommt und dass in den Alten- und Pflegeheimen eine ganz klare Empfehlung ist, keine jungen Menschen mit Beeinträchtigung dort zu haben, ist, glaube ich, allen klar.

Es war oft auch nur im Notfall, und da hat es ja auch schon wichtige Schritte gegeben, damit eben entweder in den Alten- und Pflegeheimen, wenn halt hier Platzkapazitäten da sind, eine eigene Abteilung zu führen mit eigenem Pflegepersonal und Betreuungspersonal, was anders ausgebildet ist beziehungsweise zusätzlich ausgebildet ist, hier zu gewährleisten und dass nicht einfach, wenn ein Platz frei ist, junge Menschen mit Beeinträchtigung im Altenheim landen. Das wollen wir nicht nur aus Kostengründen nicht, sondern vor allem auch aus der Qualität der Betreuung und Pflege nicht.

Dass wir gleichzeitig immer mehr Mitbestimmung auch der alten Personen, auch wenn sie dement sind, in dem Regelbereich, in dem Alten- und Pflegeheim wollen, ist auch jedem klar, wenn man selbst betroffene Eltern hat, will man sie gut betreut haben und will, dass da ein gewisser Bereich der Mitbestimmung noch möglich ist, auch dass sie mehr Informationen bekommen, mehr Beschwerdemöglichkeiten oder leicht erreichbare Beschwerdemöglichkeiten haben. Was hat das zur Folge? Es braucht einfach mehr Personal, es braucht ausreichend Personal, es braucht die Arbeitsbedingungen, um es auch zu ermöglichen. Wenn ich jemanden mitbestimmen lasse, besser informiere, dann brauche ich hier auch Ressourcen als Pflegebetreuungsperson. Es kann nicht immer nebenbei gehen, da muss uns auch ganz klar sein, das hören natürlich auch die Bürgermeister nicht gerne, aber wenn es Drum und Dran geht um die Qualität, dann bin ich mir sicher, dass wir alle an einem Strang ziehen, weil es natürlich mehr kostet, wenn ich hier mehr Betreuungspersonal dann habe. Das kann ich nicht alles nur mit anderen ehrenamtlichen oder mit zusätzlichen einfacher qualifizierten Personen abdecken.

Dass das Demenzprojekt Oberösterreich hervorgehoben wurde, freut mich auch sehr, weil hier in Oberösterreich sind wir eines der ersten Bundesländer, die sehr flächendeckend das integrierte Demenzprojekt haben. Die schon sehr lange gemeinsam mit der Gebietskrankenkasse überlegen, wie können wir das gewährleisten, sowohl in den Krankenhäusern als auch in den Alten- und Pflegeheimen bzw. auch demente Personen, die daheim sind, wie können wir auch eine demenzfreundliche Region werden? Das hat jetzt weniger mit der Gebietskrankenkasse, mit dem Projekt zu tun, das gibt es auch schon in vielen, vielen Regionen, oder demenzfreundliche Polizei, da glaube ich, habe ich schon einmal dazu gesprochen. Da sind wir positiv erwähnt worden, das müssen wir auch genau in diese Richtung hin ausbauen, um zu schauen, wie können wir hier Verbesserungen für genau diese wachsende Personengruppe erreichen? Wer weiß, wir sind irgendwann einmal betroffen davon und wissen nicht mehr, dass wir das eingefädelt haben. Das ist aber auch gut, ihr werdet dann hoffentlich eure Politiker haben, die es uns dann sagen, das war deine Idee, Mama, jetzt kannst du es ein Stückchen ausnützen, ich werde es vergessen haben, aber macht nichts.

Ganz gleich, welche Personalressourcen wir anschauen, da braucht es einfach gute Arbeitsbedingungen, damit sie sich das auch leisten können, damit sie auch die Anforderungen, die präventiv drinnen stehen, das ist ein ganzes Packerl ab der Seite 182, was da alles an präventiven Maßnahmen zu machen ist bzw. auf was man schauen muss. Da braucht es einfach Arbeitsbedingungen, da braucht es eine Supervision, da braucht es

die Möglichkeiten der Weiterbildung, auch teilweise Rochaden, dass man wegkommt von der einen Abteilung in eine andere, dass es dort dann leichter ist, weil man irgendwie verfestigte persönliche Strukturen entwickelt, ich glaube, das wissen wir alle, die daheim Angehörige betreuen.

Was mir noch ganz besonders wichtig ist, ist das Krankenhaus, gerade die psychisch Erkrankten, ich glaube dieser niederschwellige Zugang, diese sehr leichte Möglichkeit oder überhaupt die Möglichkeit, Psychotherapie zu bekommen, ist ganz, ganz wesentlich. Nämlich auch langfristig, was uns, da sage ich jetzt wirklich eine Regel, Kosten senkt, weil wenn es hier sehr gut möglich ist, eine Psychotherapie zu bekommen, sehr schnell eine zu bekommen, zuerst vielleicht eine Beratung, einen sehr niederschweligen Zugang zur Beratung, dann gleich eine Therapie. Das ist in Oberösterreich im Vergleich zu anderen Bundesländern ein bisschen besser. Warum ist es besser? Weil hier die Oberösterreichische Gebietskrankenkasse mit der Ärztekammer, mit den betroffenen Expertinnen und Experten überlegt hat, wie können wir dieses Netzwerk sichern, wie können wir das ausbauen? Ich wage nicht daran zu denken, was es dann heißt, wenn wir eine österreichische Gesundheitskasse haben, gibt es dann jemanden, der für Oberösterreich genau diese Regelung erarbeitet? Weil im ASVG-Gesetz ist die Psychotherapie nicht als Kernleistung für alle drinnen, das heißt, da zu schauen, dass wir diesen regionalen Spielraum, diese Möglichkeiten, diese Bedürfnisse, dass wir die auch wirklich wieder von einer regionalen Kasse und nicht von einer Zentralkasse verhandeln. Da möchte ich an dieser Stelle einfach auch darauf hinweisen, weil man übersieht das dann oft, man glaubt, da haben wir einen großen Wurf gemacht, legen wir etwas zusammen, was im Endeffekt eine schlechtere Qualität und womöglich auch keine Einsparungen bringt, wie wir es gehört haben. Nur dieser Hinweis hier, dass wir dann in Oberösterreich nicht nur in dem Bereich mit der Demenz oder mit der Psychotherapie Vorreiter sind, um eine gute Betreuung, eine integrierte Betreuung zwischen den einzelnen Finanzierungsträgern auch gut gewährleisten können, genau das sollten wir uns anschauen, das sollten wir beibehalten.

Bei der Psychotherapie ist mir auch noch eines aufgefallen, das ist auch in dem Bericht drinnen, es braucht eine umfassende Möglichkeit gerade in der Regionalisierung, wir wissen alle, es ist ganz schwierig, am Land Therapie und Angebote zu bekommen. Wenn es jetzt im Sozialprojekt 2021 heißt, dass wir da einfach vieles ersetzen können mit ehrenamtlichen Personen, dann wird das schon sehr schwierig, wir haben das diese Woche schon gehört.

Kollege Binder und ich waren eingeladen bei EXIT-sozial, wo es um die Freizeiteinrichtungen ging, ich weiß, dass auch die anderen Fraktionen eingeladen waren, es war aber auch für keinen möglich dort zu kommen, weil es einfach andere Termine gegeben hat. Da haben wir sehr eindringlich gehört, dass Freizeiteinrichtungen nicht das sind, wo sie zusammensitzen auf einen Kaffee, sich treffen und vielleicht einmal fortfahren, das ist auch dabei. Aber dass es für alle, die dort waren, Stabilisierungsmaßnahmen sind, dass die wirklich sagen, wenn ich die Einrichtung nicht immer habe oder die Qualität der Betreuung von Sozialarbeitern nicht habe, dann werde ich wahrscheinlich wieder früher im Krankenhaus landen, wieder länger brauchen, dass ich dann wieder in die richtige Spur komme. Das sollte man sich gemeinsam anschauen, daher werden wir da auch, Kollege Binder, auch die anderen Klubs darüber informieren, wie können wir diese Sorgen der Menschen ernst nehmen, wie können wir sie wirklich breit im Landtag auch diskutieren? Genau das einfach zu hinterfragen, wenn man oft leichtfertig, auch mit Expertenwissen, zwar eine Veränderung macht, aber man hat damit die Betroffenen nicht wirklich gesprochen.

Auch bei diesen vielen Vorgaben, die es gegeben hat, diese Empfehlungen, die es gibt von der präventiven Menschenrechtskontrolle im Behindertenbereich, da kann man alles nur unterstreichen. Das muss man sich zu Herzen nehmen und schauen, wie können wir hier diese Selbstbestimmung, diese Mitbestimmung nicht nur möglich machen, sondern auch fördern? Es ist nicht einfach, man muss immer wieder von vorne anfangen, dass man wieder diese Mitbestimmung ermöglicht, aber es ist ganz wichtig, dass einfach diese Selbstständigkeit, nicht nur die Selbstbestimmung, sondern die Selbstständigkeit erhalten bleibt. Dann können sie sich auch in der Gesellschaft behaupten, dann brauchen sie weniger Begleitung und Betreuung, aber sie müssen das einfach immer wieder trainieren. Daher bin ich sehr froh über diesen präventiven Bericht, über das, was da vorgeschlagen wird bzw. kritisiert wird, dass wir wirklich dranbleiben und draufschauen, um unser Sozialsystem in Oberösterreich weiter in diese Richtung auszubauen. Nicht immer nur kurz über Kosten reden und über Sparmaßnahmen zu diskutieren, sondern wirklich, was braucht es, damit da wirklich eine gute Betreuung und Pflege für alle Menschen, die es brauchen, gewährleistet wird? Daher werden wir natürlich diesen Bericht zur Kenntnis nehmen, wir werden darauf schauen, dass diese Empfehlungen auch in die Umsetzung kommen. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Kaineder.

Abg. **Kaineder:** Danke Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nütze jetzt noch die Gelegenheit, weil im vorliegenden Bericht der Volksanwaltschaft auf Seite 81 zwei Empfehlungen stehen, über die wir heute schon geredet haben, nämlich der Anspruch von Hilfen nach Eintritt der Volljährigkeit in der Kinder- und Jugendhilfe. Die Maßnahmen für junge Erwachsene sollen für die gesamte Dauer der Ausbildung bewilligt werden, das ist der Antrag, den wir gerade vorher behandelt haben. Kollege Stanek ist jetzt leider nicht da, nachdem ein bisschen in Frage gestellt worden ist, ob ich mich sozusagen von einer Diskussionsveranstaltung hier in den Landtag bewege und unreflektiert wiedergebe, was die Menschen draußen bewegt, dem ist nicht so, ich dachte, das würde vorausgesetzt werden. Ich kann euch jetzt kurz erzählen, was seither geschah, im Übrigen finde ich es unsere wesentlichste Aufgabe, dass wir bei den Menschen sind, ihnen zuhören, und die Anliegen hier hereintragen nach vorheriger Prüfung. (Beifall) Ich denke, Martina, du machst das auch bei den Goldhauben so, wir machen das in den Bierzelten dieses Landes, der Feuerwehr, wir machen das überall anders auch. Warum sollen wir es nicht bei Betroffenen der Kinder- und Jugendhilfe so machen? Ich habe mir die Vorschläge der jungen Damen natürlich nicht eins zu eins und unreflektiert hierher mitgenommen, sondern ich habe mir zwei Studien herausuchen lassen zum Social Return on Investment, wenn es darum geht, wie können wir das finanzieren? Die eine ist aus dem Jahr 2013, von Michaela Ehrenbrandter im Akademikerverlag erschienen, ich habe sie nicht als Ganzes gelesen, das sind solche Schmöcker, aber die Teile, die mir relevant erschienen sind, die habe ich durchgearbeitet. Die zweite Studie ist die Studie Lanckmayer, Niederberger und Riegler aus 2015 vom Institut für Erwachsenenbildungsforschung an der Uni Linz. Beide, das habe ich in meiner Rede vorhin eigentlich gesagt, sie kommen zu dem Schluss, dass es volkswirtschaftlich Sinn macht, Menschen in Betreuung solange zu behalten, bis sie selbständig werden, anstatt sie ein ganzes Leben, das ist jetzt die Kurzfassung dieser Studien, ein ganzes Leben im Sozialsystem, im Gefängnis oder in der Psychiatrie zu haben. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Gruber.

Abg. **Gruber:** Danke Herr Präsident, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, geschätzte Damen und Herren Mandatsträger zum Oberösterreichischen Landtag, liebe Jugendliche und Politikinteressierte auf der Galerie und an den Bildschirmen! Dieser Bericht der

Volksanwaltschaft beinhaltet drei wesentliche Säulen, er ist uns einerseits Mahnung, zum Zweiten Bestätigung und zum Dritten Auftrag. Im Wesentlichen ist dieser Bericht ja ein Blickwinkel auf viele Bereiche, wo wir vielleicht nicht immer den schärfsten Blick darauf hinrichten, ich glaube, wir können sehr dankbar sein an alle, die an diesem Bericht mitgearbeitet haben, um unsere Sinne und Blicke zu schärfen, um auch unsere politischen Handlungen wirkungsorientierter zu gestalten.

Mein besonderer Dank gilt einerseits dem Univ.-Prof. Dr. Reinhard Klaushofer, der Leiter der Kommission II und für Oberösterreich zuständig ist, andererseits natürlich allen, die in den zu überprüfenden Institutionen tätig sind. Man muss ja darauf hinweisen, dass dort sehr viele Menschen tätig sind, die oft darauf hinweisen, dass es Verbesserungen geben sollte, dieser Bericht bestätigt diese da und dort sehr eindeutig. Ich habe gesprochen von Bestätigung, da gibt es exemplarisch diese Justizanstalt Linz mit der Außenstelle Asten, wo im Bereich der forensisch-therapeutischen Behandlung von so genannten Maßnahmenpatienten ja ein sehr gutes Beispiel in Oberösterreich zum Tragen kommt, dort auch in diesem Bericht als so genanntes Best-Practice-Beispiel dargestellt worden ist.

Zum Weiteren sprach ich von der so genannten Mahnung, wenn man sich den Alltag in unseren Alten- und Pflegeheimen genauer anschaut, wir uns den Bericht vor Augen halten, wo von so genannten Attraktivierungsmaßnahmen gesprochen wird, die vermehrt anzuwenden wären, dann muss man dazusagen, dann ist das im zeitlichen Ablauf zumeist am Nachmittag der Fall, weil am Vormittag andere Tätigkeiten durchzuführen sind. Im Zuge der vermehrten Dokumentationspflicht durch das Heimpersonal leidet oft sehr stark dieser Bereich der Attraktivierungsmaßnahmen und Aktivierungsmaßnahmen, je nachdem in welchem Bereich. Da sind wir natürlich politisch schon sehr gefordert im Bereich der Bürokratie, ich strapaziere, glaube ich, das Wort heute zum ersten Mal, den so genannten Bürokratieabbau, auch dort politisch Hand anzulegen, um dem Betreuungspersonal vermehrt Handlungsspielraum zu geben und den Heimbewohnern natürlich dieses Maßnahmenpaket, auf das sie auch Anspruch haben, zukommen zu lassen.

Zum Dritten sprach ich vom Auftrag, in diesem Bericht kommt Oberösterreich an und für sich sehr gut weg, was alle Maßnahmen im Bereich der Umsetzung betrifft und angewiesen worden sind durch diese Berichte der vergangenen Jahre. Wir sind auf einem sehr konsequenten steigenden Level, was die Umsetzungsmaßnahmen betreffen. Es gibt jedoch einen Bereich, da schaue ich zu meiner lieben Kollegin Ulli Wall, die es immer wieder und wieder erwähnt hat, den Bereich mobil vor stationär. Da ist explizit im Bericht erwähnt, dass hier Oberösterreich noch säumig ist und hier Maßnahmen zu setzen hat. Jawohl, wir haben jetzt das Sozialprojekt 2021, wo genau dieser Themenbereich aufgegriffen wird, aber wir müssen die Ärmel hinaufkrempeln und wir müssen es angehen. Ich glaube, das ist ganz richtig, wenn ich jetzt richtig im Bilde bin, habe ich gelesen, dass morgen eine Pressekonferenz stattfinden sollte von der zuständigen Frau Landesrat, wo es um neue Wohnformen, Wohnmöglichkeiten diesbezüglich geht. Ich hoffe, das ist jetzt das Startsignal, um hier auch diesem Bericht gerecht zu werden und in Gang zu kommen, dass hier alle Themenfelder, was auch die Bevölkerung so haben möchte, solange wie möglich zu Hause zu bleiben, und ein sehr breit gefächertes Pflegeangebot vorfinden und hier in Gang zu setzen.

Die zweite Geschichte, ich schaue wieder zu meiner Kollegin Ulli Wall, da ist ein Bereich im Bericht der Volksanwaltschaft, der spricht vom Frühwarnsystem in Niederösterreich, nichts anderes als weisungsungebundene Pflegeanwaltschaft, die präventiv in den Heimen vor Ort tätig ist. Im Vergleich zu Oberösterreich, ich glaube, es ist schon des Öfteren dargestellt

worden, gibt es zwei Mal im Jahr eine Sprechstunde bei den Bezirkshauptmannschaften. Nachteil vor allem für jene Heimbewohnerinnen und Heimbewohner, die keine Angehörigen haben, wie kommt man dort hin, wie kommuniziert man da sein Anliegen? Ich glaube, auch das ist ein Bereich, wo wir durch diesen Bericht einen Auftrag bekommen haben, tätig zu werden. Ich hoffe, dass wir das gemeinsam in den kommenden Jahren auf die Schiene bringen, so wie es Konfuzius einmal gesagt hat: „Es ist nicht von Bedeutung, wie lange man geht, sondern dass man nicht stehen bleibt!“ In sehr vielen Bereichen bei diesem Bericht bewegen wir uns, da oder dort müssen wir einmal den ersten Schritt machen, dann werden wir das auch gemäß diesem Konfuzius auch so durchführen. Dankeschön. (Beifall)

Zweiter Präsident: Konfuzius. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Herr Präsident, du hast dir den Namen gemerkt!“) Der ist mir noch aus der Schule geläufig, das ist einmal ein gescheiter Mensch gewesen, aber schon lange tot, das ist das Problem, alle gescheiterten Leute sind tot. (Heiterkeit) Wir haben ein paar gescheiterte Leute, die leben noch. Ich habe jetzt niemanden mehr auf der Liste. Will keiner mehr reden? Das ist mir auch Recht, damit ich schließe ich die Wechselrede, wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 748/2018 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Da seid ihr euch einig. Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 749/2018, das ist der Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und EU-Angelegenheiten betreffend den Tourismusbericht Oberösterreich 2017. Ich bitte die Frau Kollegin Langer-Weninger, sie ist schon am Weg, über diese Beilage zu berichten.

Abg. Langer-Weninger: Beilage 749/2018, Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und EU-Angelegenheiten betreffend den Tourismusbericht Oberösterreich 2017. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 749/2018.)

Der Ausschuss für Wirtschaft und EU-Angelegenheiten beantragt, der Oö. Landtag möge den Tourismusbericht Oberösterreich 2017, der der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 16. April 2018 (Beilage 717/2018, XXVIII. Gesetzgebungsperiode) als Subbeilage angeschlossen war, zur Kenntnis nehmen.

Zweiter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede und darf dir gleich das Wort erteilen.

Abg. Langer-Weninger: Dankeschön Herr Präsident! Es ist wirklich eine Freude, wenn man zum Tourismus reden darf, ich sage es immer wieder, von der einen Rede auf die andere haben wir wieder ein Plus davorstehen, eine sehr gute und sehr positive Entwicklung im oberösterreichischen Tourismus. Wenn wir zurückblicken auf das letzte Jahr, eine ganz hervorragende Sommersaison im Jahr 2017 mit einem Plus von 4,2 Prozent bei den Nächtigungen, wir sind damit in Oberösterreich deutlich über dem österreichweiten Schnitt. Auch in der Wintersaison 2017 ein Plus von sage und schreibe 6,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, gerade der Wintertourismus steht bei uns in Oberösterreich ganz signifikant für familienfreundlichen Schiurlaub und eine kurze Anreise. Auch die aktuellen Investitionen in den Schigebieten und in der Hotellerie befeuern natürlich genau diesen Zugang, dieses Marketing, was wir dort haben im Bereich der Familienfreundlichkeit, sie tragen natürlich auch zur Qualitätsverbesserung bei, wenn wir nur an die 10er Gondelbahn am Hochficht zum Beispiel denken.

Insgesamt bringt der oberösterreichische Tourismus zirka 6,06 Milliarden Euro direkte und indirekte Wertschöpfung für uns in Oberösterreich, ein ganz bedeutender Beitrag zum

Bruttoregionalprodukt nämlich von zehn Prozent. Wir sehen damit, dass gerade die Tourismuswirtschaft einen ganz bedeutenden Beitrag zur positiven Entwicklung des Standortes Oberösterreich auch leistet und leisten kann. Vor allem auch die Zuwächse bei den ausländischen Gästen gerade in der Sommersaison tragen bei zu dieser hervorragenden Bilanz, die wir schreiben und berichten dürfen. Es zeigt auch, dass der eingeschlagene Weg im Bereich vom Marketing, nicht nur auf die bewährten Märkte zu setzen, sondern auch vermehrt internationale Märkte zu bearbeiten, sich hier als richtig, als zukunftsweisend und als erfolgreich zeigt. Es ist ein Zeichen einer konsequenten Bearbeitung, einer konsequenten Umsetzung, eine Marktstrategie hier immer wieder adäquat an die Bedürfnisse der Gäste sich auch anzupassen und genau hinzuschauen. Und damit man das auch konsequent machen kann, war ein wesentlicher Beitrag im letzten Jahr auch die Erstellung und die Schaffung der neuen Tourismusstrategie. Das hat uns im letzten Jahr sehr beschäftigt und wir haben es begleiten dürfen auch hier im Landtag. Denn wir wissen, dass wir in einer Welt leben, die sich kontinuierlich verändert, die ständig auch Veränderung von uns allen verlangt. Und die Tourismusstrategie soll hier auch Orientierung geben. Eine Art Leitplanke sein, wo wir uns in der Grundhaltung der touristischen Akteure auch darin bewegen können, und in dieser Leitplanke auch die landesweite Tourismusedwicklung stattfinden kann.

Wir haben diese Strategie im Herbst 2016 initiiert, den Prozess gestartet, gemeinsam mit dem Land, mit dem Oö. Tourismus und auch mit der Wirtschaftskammer. Und letztes Jahr im November konnte diese Strategie entsprechend präsentiert werden mit einem ganz konkreten Ziel im Hintergrund, und dieses ist nicht unwesentlich. Und so wie sich die Entwicklungen derzeit darstellen, schaut es gut aus, dass wir es auch erreichen können, nämlich bei der direkten und indirekten Wertschöpfung bis 2022 ein Plus von 15 Prozent zu schaffen.

Die Umsetzung dazu soll durch vier Meilensteine garantiert werden, die sich im Bereich Menschen, Digitalisierung, Naturräume und Kulinarik ansiedeln und auch durch vier Aktionsfelder, gerade im Marketing in der strategischen Umsetzung, begleitet werden.

Die Strategie definiert damit einen Fahrplan für die touristische Zukunft in Oberösterreich und ersetzt aber nicht die Unternehmens- und Destinationsstrategien, die natürlich auch dazu gehören, und natürlich auch dementsprechend sich in diesen Fahrplan eingliedern sollen, aber immer vor Ort regional auch entsprechend überlegt werden sollen und begleitet werden sollen.

Wir brauchen ein agiles Vorgehen im Tourismus. Ein ständiges Anpassen und Hinterfragen der Prioritäten, die wir uns gesetzt haben, damit wir auch hier immer wieder auf den Markt entsprechend ausgerichtet sind und auf die Bedürfnisse, die auch die Gäste, die zu uns kommen wollen, reagieren können.

Der Tourismus ist eine Querschnittsmaterie für ganz Oberösterreich. Wir brauchen hier ein branchenübergreifendes Denken und Handeln. Und das wird auch die Voraussetzung sein, um auch künftig im Tourismus entsprechend erfolgreich zu sein.

Ganz massiv beschäftigt hat uns im letzten Jahr auch das neue Tourismusgesetz, das wir hier auch in diesem hohen Haus mehrheitlich, in vielen Dingen einstimmig, beschließen haben können. Es war das Ziel, neue Rahmenbedingungen, rechtliche Rahmenbedingungen aufzusetzen und auch gute, effiziente und marktrelevante Strukturen zu schaffen, die uns als Urlaubsdestination in Oberösterreich bestmöglich vermarkten lassen.

Ganz wichtig war uns bei der Erstellung dieses Gesetzes aber vor allem, dass es getragen wird auch von der Basis. Denn eine große Rahmenbedingung, eine große rechtliche Rahmenbedingung umzustellen braucht natürlich auch das Mitgehen und das Mittragen von der Basis, von den Tourismusverbänden, auch von den Tourismusbetrieben. Und wir wollten das nicht von oben herab verordnen, sondern haben es wirklich mit den Betroffenen gemeinsam entwickelt und auch erarbeitet in vielen, vielen Diskussionen, Infoveranstaltungen vor Ort in den Regionen draußen. Und so wurde ein gutes Gesetz auf den Weg gebracht, das eine starke Struktur gibt und wieder für die nächsten Jahre bestimmt auch erfolgsversprechend für die Tourismusentwicklung in Oberösterreich sein kann.

Die wesentlichsten Inhalte sind hier im hohen Haus bekannt. Wenn es um die Neugestaltung der Ortstaxe geht, die in Oberösterreich auf zwei Euro angehoben wurde. Wenn es um die Neugestaltung der Freizeitwohnungspauschale geht, dazu die Ermächtigung für die Gemeinden, einen Zuschlag einzuheben, landläufig Zweitwohnsitzabgabe auch hier genannt. Aber natürlich vor allem auch wenn es darum geht, effiziente Strukturen draußen bei den Verbänden zu schaffen.

Wir haben hier Grenzen festgesetzt mit 600.000 Euro Finanzierungsaufkommen und 200.000 Nächtigungen. Das heißt, wir wollen uns damit von ungefähr 103 Tourismusverbänden derzeit in Richtung 19 Verbände in Oberösterreich bewegen. Wir haben im Ausschuss schon gehört, dass wir hier auf einem sehr, sehr guten Weg sind. Grünes Licht schon haben im Almtal und Traunsee, auch in der Attersee-Attergau-Region, auch im Innviertel entwickelt sich hier grenzüberschreitend etwas in Richtung Bayern und Salzburg. Auch entlang der Donau gibt es hier eine schöne Bewegung. Und hier dürfen wir optimistisch sein, dass wir bis Ende 2019 zirka 70 Prozent der Zielvorgabe erreicht haben können. Was sehr bemerkenswert ist, weil es relativ schnell geht, und weil sich auch die Verbände draußen, schon bevor das Gesetz in Kraft getreten ist, hier wirklich auch mit diesem Thema auseinandergesetzt haben und ausgelotet haben, in welche Richtung kann es denn gehen, mit wem können wir gut zusammenarbeiten, was passt auch regional für uns am besten?

Dass diese Prozesse Zeit brauchen, ist natürlich klar. Diese Zeit solle man sich auch nehmen, denn es soll am Ende des Tages ja ein Projekt herauskommen, das auch gut zwischenmenschlich funktioniert. Es gehört sauber aufgearbeitet und entsprechend professionell auch begleitet. Denn es geht grundsätzlich nicht nur um Fusionen an sich, der Organisationen draußen vor Ort, nicht die Fusion soll im Vordergrund stehen, sondern es müssen auch die Menschen dort mitgehen, die dahinterstehen und dieses auch mittragen können und auch verantworten können am Ende des Tages. Da braucht es die Mitglieder in den Tourismusverbänden, sprich die Betriebe im Hintergrund, die es mittragen, da braucht es natürlich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Tourismusverbänden, aber auch in den Betrieben, die hier für diese Fusionierungen am Ende des Tages auch eintreten müssen und es auch mit einer guten Überzeugung am Ende des Tages begleiten müssen.

Und es sind auch die Fachkräfte angesprochen worden in der Ausschusssitzung, wo wir alle wissen, dass es natürlich gerade im Fachkräftebereich, auch im Tourismus, schwierig ist. Wir haben derzeit beim AMS 1.789 offene Stellen im Tourismus, die gemeldet sind. Das AMS hat hier auch im Rahmen des Paktes für Arbeit und Qualifizierung Gastkurse im Angebot, wo hier jährlich 1,6 Millionen Euro investiert werden, um auch die Menschen in Richtung Gastronomie umzuschulen und auch zu motivieren. Auch das Wirtschaftsressort beteiligt sich an diversen Imagekampagnen, wenn es hier um "Lebe dein Talent - die Lehre" oder "Gastronomie - das richtige für mi" hinausgeht.

Aber natürlich wissen wir, dass auch aufgrund der demographischen Entwicklung der Fachkräftemangel nicht nur im Tourismus, sondern in vielen Bereichen ein Thema ist für uns. Und wir müssen uns auch hier entsprechend aufstellen, um auch wieder Motivation zu schaffen, auch in der Tourismuswirtschaft einen sinngebenden Beruf zu finden. Denn wenn der Tourismus in Oberösterreich erfolgreich ist, brauchen wir im Hintergrund natürlich auch die Menschen, die dort arbeiten wollen. Denn, die Menschen herzubringen über Marketing und über erfolgreiches Marketing ist die eine Seite, die andere Seite ist die Kundenbindung, dass sie wieder kommen. Und da sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter draußen in den Hotelleriebetrieben, in den Gastronomiebetrieben in den Pensionen unser Aushängeschild, unsere Visitenkarte. Und wenn sie dort den Gästen gut gegenüber treten, mit einer guten Einstellung zum Beruf, dann kann man hier auch bestimmt die Gäste entsprechend motivieren, auch über eine sehr empathische Art und Weise wieder zu uns zu kommen.

Ich danke vor allem diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Gastronomiebetrieben, ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Verbänden, die sich hier wirklich entsprechend auch gut beteiligen an diesem Prozess, der eingeleitet wurde, auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im oberösterreichischen Tourismus, aber ich danke auch unserem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Michael Strugl, der in wenig Zeit ganz großartige Dinge für den Tourismus auf den Weg gebracht hat und ich bin überzeugt, sie werden noch lange nachwirken. Es ist ein Erfolgsgeschichte, die hier geschrieben wird und geschrieben wurde und es liegt auch an uns, diese Erfolgsgeschichte weiterhin zu begleiten. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Kollegin Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es liegt ein gutes, aber herausforderndes Jahr im Tourismus hinter uns. Und Kollegin Langer-Weninger hat schon einiges angesprochen, was gerade das Tourismusgesetz 2018 auslöst und ausgelöst hat in vielen Bereichen. Und es wird in vielen Bereichen schon sehr positiv umgesetzt. Aber wo ich schon immer noch merke, dass es einfach auch so ein, dieses Selbstverständnis zwischen den Gemeinden, zwischen den A-Gemeinden und den C-Gemeinden, dass man in einer Region, und wenn wir jetzt größere Regionen sind, hab ich da oft ein Ungleichgewicht. Ich habe einige Gemeinden, da sind A-Gemeinden dabei, und einige, oft die meisten, das sind C-Gemeinden oder B-Gemeinden.

Und dass die auch gehört werden und auch eine C-Gemeinde ganz wesentlich in einem Bezirk dazu beiträgt, dass insgesamt die Region als gute Tourismusregion dasteht, glaub ich, ist unbestritten. Nur da braucht es bei den Touristikern und vor allem bei diesen Managern und bei den großen Tourismusbetrieben noch ein bisschen ein Umdenken. Da sind sie sehr gefangen in ihrer eigenen Bewerbung. Und da glaube ich, braucht es einfach mehr Zusammenhalt. Und genau das zu erreichen ist oft die große Schwierigkeit und das erleben wir halt jetzt in einigen Regionen, dass das eine schon sehr große Herausforderung ist, was zählt denn alles zum Tourismus und was braucht der Tourismus, damit er auch ganzheitlich gesehen werden kann?

Wenn man sich aber die Tourismusstrategie 2022, die auch im letzten Jahr gemeinsam mit den Expertinnen und Experten erarbeitet wurde, sieht man eigentlich ganz genau, wo es hingehen kann und hingehen muss. Den Gast in den Mittelpunkt zu stellen, na no na net, das tun wir bei allen anderen Bereichen auch, weil sonst brauchen wir diese

Rahmenbedingungen nicht machen, wenn wir nicht den Gast bzw. den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Was sind die Bedürfnisse, was sind die Möglichkeiten und mit was können wir auch werben. Und dass wir da in Oberösterreich jetzt einfach mit der neuen Strategie die Menschen, die Geschichten in den Vordergrund stellen, die Naturräume, unsere Kulinarik, aber nicht vergessen die Digitalisierung, weil das ist auch einfach ein Bereich, der sich ganz wesentlich auch in der Entwicklung des Tourismus niederschlägt, hervorschreiben. Und gerade diese Menschen und Geschichten, das erleben wir nicht nur bei der Landesausstellung so, sondern einfach auch, wenn man wo hinkommt, dann erkundigt man sich, was ist in der Region passiert, für was stehen die Menschen in der Region? Und dass der Mühlviertler ein anderer ist als der Salzkammergutler oder Goiserer, das wissen wir auch. Und das Spannende ist ja, auch wenn ich selber in meinem eigenen Bundesland Urlaub mache, dass ich mich genau mit den Menschen, die in einer Region wohnen, mit den Geschichten auseinandersetze. Diese werden auch in der ganzen Bewerbung, in dem, wie der Oberösterreich-Tourismus auftritt, eigentlich in den Vordergrund gestellt.

Und da braucht es wirklich ein großes Danke an alle, die bei dieser Tourismusstrategie mitgearbeitet haben, und vor allem auch beim Leiter vom Oö. Tourismus, beim Andreas Winkelhofer, der mit so einem Engagement, mit so einer Emotion dahintersteht. Also wenn man ihn reden hört, dann denkt man sich, morgen muss ich jetzt auf Urlaub fahren. Und nämlich, wohin? Nach Oberösterreich. Ins Salzkammergut oder auch ins Mühlviertel. Und ich glaube, genau das macht es aus. Die Menschen, die da dahinterstehen, die müssen einfach brennen für die Region, die müssen einfach auch dahinterstehen und es gut machen.

Naturräume detto. Es geht darum, den Sport in den Vordergrund zu stellen in der Natur, aber auch dieses Naturverständnis, und immer mehr Angebote gibt es und nicht nur beim Naturschauspiel, was gemeinsam mit dem Naturschutzressort, mit Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner mitgetragen wird im Tourismus, dass man diese Verbindung wieder schafft. Dass man nicht die Natur nur als Kulisse nimmt für den Sport, sondern auch wirklich Natur erlebt und Natur schätzen lernt, weil dann passt man auch besser auf drauf und dann schätzt man auch, was unsere Landwirte für unseren Naturraum auch Positives beitragen, wenn man das einfach wieder in den Mittelpunkt stellt. Ich hoffe ihr habt gehört, was ich gesagt habe? (Zwischenruf Abg. Pühringer: "Ja, ja!") Danke.

Die Kulinarik ist der nächste wichtige Punkt. Wir haben so tolle Produkte, Projekte, Schmankerl, die wir einfach in den Vordergrund stellen. Und wenn ich nach Italien fahre, will ich auch eine italienische Küche haben, wenn ich nach Oberösterreich fahre, will ich eine oberösterreichische Küche haben. Und dass die so vielfältig ist, viel vielfältiger wie in anderen Ländern, ist auch, glaube ich, ganz, ganz klass, dass wir das in den Vordergrund stellen. Die Knödel im Innviertel, mmhh, alles nähme ich mir vom Innviertel herüber, und so weiter und so fort. Ich glaube, genau das macht es auch aus, dass wir jetzt diese Sachen in den Mittelpunkt stellen. Dass wir Produkte kreieren, wo ich zum Thema Bier was machen kann, wo ich sagen kann, es geht nicht nur ums Bier trinken, sondern eben auch um das Essen dazu, die Geschichte vom Bier, wie entsteht das Ganze? Ich kann auch in einer Brauerei mitarbeiten. Also genau das macht es eigentlich aus, warum die Leute gerne kommen.

Und dass das natürlich notwendig ist, dass wir einen sehr sorgsam Umgang mit der Natur, aber auch mit den Menschen in der Region und mit der Infrastruktur haben. Also wild darauf los bauen irgendwo hin, das machen wir nicht mehr und ist auch nicht mehr die Zukunft.

Dass wir eine Verbesserung schaffen am Hochficht und da die Infrastruktur ausbauen und eine Gondel machen, damit man die Kinder und die Familien besser hinaufbringt, damit man da eine Qualitätsverbesserung hat. Dass man auch, und das ist natürlich als Grüne immer ein ganz heikles Thema, in gewissen Bereichen Beschneidungen ausbauen muss oder bzw. braucht, sehen wir auch am Feuerkogel. Aber das darf nicht das Ziel sein. Wir müssen immer auch die volkswirtschaftliche Berechnung im Kopf haben. Weil wenn das Schneemachen einmal so viel kostet, dass ich das nur mehr defizitär mache, dann muss man einmal sagen, okay, dann wird es andere Möglichkeiten brauchen, um auch im Winter Angebot zu machen.

Und ich glaube, genau da haben wir es auch geschafft in einem Miteinander mit der Infrastruktur das so aufzustellen, dass das wirklich passend für die Regionen ist und dass dort dann einfach auch viel passiert, dass ich im Sommer genauso gern am Feuerkogel hinaufgehe, weil auf den Pisten Gras wächst und weil man nicht mehr sieht, dass da eine Piste war, sondern dass sich die Leute dort oben irrsinnig bemühen und auch immer wieder schau ich es mir an, und der Bruckschlögl lädt mich immer ein, komm schau, wie grün dass der Feuerkogel schon wieder wird, weil es einfach die Bemühungen gibt. Wir müssen den Naturraum erhalten, wir müssen die Vielfalt erhalten, weil sonst haben wir keinen Ganzjahrestourismus.

Es ist nicht mehr so, dass man drüberfährt und man konzentriert sich nur mehr noch auf den Winter oder nur auf den Sommer, das geht sich nicht aus. Man muss ein Gesamtkonzept haben, weil sonst sind einfach die Betriebe und die Regionen nicht überlebensfähig.

Dass es grenzüberschreitende Projekte gibt in vielen Bereichen, ist wahrscheinlich leichter, mit Tschechien haben wir oft die Sprachbarriere, und auch da sind wir eben auf einem Weg, wo wir halt doch versuchen, die zu überschreiten, auch wenn es nicht ganz einfach ist, weil alles, was man sich erlernt, das ist relativ schnell wieder vergessen, weil die Sprache so schwierig ist. Aber in der Tourismusschule in Bad Leonfelden gibt es eben diese Klasse, oder gibt es dieses gemeinsame Arbeiten. Und in immer mehr Bereichen arbeiten wir einfach auch mit Tschechien, nicht nur touristisch, zusammen, sondern auch in anderen Wirtschaftsbereichen. Und ich glaube, das ist ganz entscheidend.

Und wenn ich schon von der Tourismusschule rede, also von einer unserer guten Tourismusschulen, wir haben ja mehrere in Oberösterreich, aber gerade die in Bad Leonfelden, da sieht man auch die Herausforderungen, die wir Menschen dort haben. Und auch wenn sie nach der Matura im Tourismus bleiben, zu halten.

Und da geht es jetzt darum, die Arbeitsqualität und die Ausbildung für Menschen, die im Tourismus arbeiten, weiter voranzutreiben. Weil die größte Herausforderung, das erlebe ich halt immer wieder auch in Gaststätten, ist, genug Personal zu haben. Und Personal zu haben, das sagt, ich mache eine gute Arbeit, ich möchte, dass das auch honoriert wird und nicht nur finanziell, sondern auch gesehen wird, dass das einerseits für den Tourismus ein wichtiger Beitrag ist, aber gleichzeitig auch für die Menschen in der Region.

Und uns muss schon klar sein, alles was wir touristisch auch verbessern können, muss auch eine Bedeutung für die Menschen in der Region haben. Die Freizeiteinrichtungen, die das dann auch genießen können. Aber dann habe ich auch die Leute, die dahinterstehen, weil sonst passiert das wie in vielen großen Tourismusstädten, -orten, wo die Leute sagen, ich kann keine Touristen mehr sehen, weil die überschwemmen uns. Und genau das wollen wir nicht und das ist bei uns auch nicht die große Gefahr. Aber immer in der Balance zu haben,

all das, was ich mache, hat auch eine Auswirkung auf die Einheimischen. Und ich habe auch am Hochficht die Bahn nicht nur als Urlauberin genossen, sondern auch als Einheimische.

Und ich glaube, genau in diesem Spannungsfeld und diesem Zusammenhalt sollen wir weiter den Tourismus in Oberösterreich entwickeln. Und wir werden diesem Tourismusbericht zustimmen und wir freuen uns auf den nächsten.

Einen Punkt muss ich dann beim nächsten Mal einfordern. Wir haben auch immer mehr Angebote für Menschen mit Beeinträchtigung. Immer mehr Einrichtungen machen wir barrierefrei. Das können wir uns auch ruhig einmal vorne anschreiben, wieder einmal herausheben, weil auch diese Zielgruppe, vor allem auch wenn es ältere Menschen sind, die einfach einen Rollator oder was brauchen, auch sie brauchen diese barrierefreien Zugänge, die man zum Beispiel am Feuerkogel, weil ich gerade die Martina sehe. Jetzt muss ich aber von der Gosau auch reden, weil letztes Mal bin ich geschimpft worden, weil ich nur vom Feuerkogel rede und nicht von der Gosau. Auch dort ist sehr viel passiert. Alles was Salzkammergut ist und Seilbahnholding betrifft, muss ich positiv erwähnen, weil man da einfach dann auch diese Zielgruppe ganz bewusst ansprechen kann. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Bevor ich noch Kollegen Pröllner ans Rednerpult bitte, darf ich sehr herzlich begrüßen eine Gruppe der ÖVP-Frauen, die bereits Platz genommen hat, und gerade einmarschierend den Seniorenring des Bezirks Freistadt. Ich heiße beide Gruppen sehr herzlich willkommen bei uns im Landhaus. Ich wünsche eine interessante Stunde und ich hoffe, dass Sie mit den Beiträgen, die die Kollegen hier am Rednerpult halten, zufrieden sind. Wenn nicht, dann bitte Beschwerden an den jeweiligen Klubobmann zu richten.

Nun darf ich Kollegen Pröllner bitten, seine Rede zu halten.

Abg. **Pröllner:** Sehr geschätzter Herr Präsident, liebe Landtagskolleginnen und Landtagskollegen, liebe Besucher und Besucherinnen auf der Galerie und zu Hause über Internet! Ja, für den oberösterreichischen Tourismus war es ein sehr erfolgreiches Jahr. Ein Jahr mit Rekordergebnissen, ein Jahr, wo Weichen gestellt wurden. Mit dem Tourismusgesetz wurden die Strukturen geändert und ein Schritt in die Zukunft gerichtet. Und bevor es in Kraft getreten ist, haben bereits sehr viele Tourismusverbände den Schritt aufgenommen und sich in Verhandlungen und in Gesprächen mit dem Thema auseinandergesetzt.

Sieben Destinationen mit 63 Tourismusverbänden mit 120 Gemeinden haben bereits die ersten Strategie- und Organisationsentwicklungen gestartet. Sechs weitere Destinationen mit 34 Tourismusverbänden und 72 Gemeinden führen die ersten Gespräche. Und daher ist einmal ein Dank an alle Verantwortlichen bei den Tourismusverbänden, die diese Aufgabe, diesen Auftrag angenommen haben und es umsetzen, und auch der Landestourismusorganisation, es wurde schon bereits erwähnt, mit dem Geschäftsführer Andreas Winkelhofer, mit seinem gesamten Team, der beratend den Tourismusverbänden zur Seite steht. Einen recht herzlichen Dank an die Organisation. (Beifall)

Dass es so ein erfolgreiches Jahr ist, dafür sind zum Großteil die österreichischen Gäste mit 57 Prozent verantwortlich und die deutschen Gäste mit rund 25 Prozent. Aber die Marktstrategie hat den Schwerpunkt auch weiter in Richtung China und Südkorea mit einer Imagewerbung gesetzt, um noch mehr Bekanntheit zu erreichen und auch hier größere Zahlen zu erreichen. Die Entwicklungen aller Marktdestinationen in Oberösterreich haben ein

Plus, auch das Mühlviertel mit dem Biergenuss zeigt es vor und wird auch in den nächsten Jahren immer besser werden.

Man hat es gelesen, dass sich das Reiseverhalten der Urlauber geändert hat. Sie fahren häufiger, aber auch kürzer, zirka zweieinhalb Tage und sind flexibler. Daher ist es erforderlich, dass der oberösterreichische Tourismus sich ständig weiter entwickelt und so auch die Aufgaben in Zukunft löst. Gerade die zunehmende Digitalisierung beeinflusst und verändert den Tourismus massiv. Daher ist es mit neuen Impulsen, mit Mut zum Willen zur Veränderung und vor allem Zusammenhalt auf allen Ebenen wichtig, dass das aber gegeben ist. Mit dem Tourismusgesetz und der Tourismusstrategie 2022 wurden damit die Voraussetzungen und auch die Weichen für eine effiziente und erfolgreiche Zukunft gestellt.

Wie gehört, mit sechs Milliarden Euro leistet der Tourismus einen sehr wertvollen Beitrag für die Tourismuswirtschaft in Oberösterreich und zirka 10 Prozent direkte und indirekte Wertschöpfung und schafft damit Arbeitsplätze für Oberösterreich. Im Tourismusjahr 2017 verzeichneten oberösterreichische Beherbergungsbetriebe Rekordergebnisse. Die Einkünfte stiegen um fünf Prozent und liegen bei 2,93 Millionen Euro, so hoch wie noch nie. Auch die Nächtigungen entwickelten sich mit einem Plus von 4,3 Prozent positiv weiter. Mit 7,6 Millionen Nächtigungen hat Oberösterreich wieder den höchsten Wert seit 1994 erreicht.

Die Landestourismusstrategie 2022 wurde im November 2017 abgeschlossen und ist damit eine Grundlage für künftige neue Innovationen. Mit dem Ziel, 2022 eine Wertschöpfung von 15 Prozent zu erreichen, wurden auch, wie erwähnt, die Meilensteine und Aktionsfelder definiert. Neben der Herausforderung der Digitalisierung bleibt der Mensch im Mittelpunkt. Die Natur und Kulinarik macht das vierblättrige Glücks- oder Tourismusblatt komplett.

Mit der Strategie und die nachhaltigen Reformen wird man jetzt auch den Tourismus und auch die Gastronomiebranchen weiterhin motivieren und erhält endlich auch wieder die Wertschätzung und den Respekt, den sie verdient. Daher ein Dank an alle über 9.000 Tourismusbetriebe, die mit den über 36.000 Mitarbeitern tagtäglich bemüht sind, den Urlaub genießen zu können. Daher nehmen wir weiterhin die Kraft und Energie des Tourismus auf, und auch die FPÖ wird den Bericht dankend annehmen. Danke! (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Punkenhofer.

Abg. Bgm. **Punkenhofer:** Danke, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher! Alle von uns, auch wenn wir immer sehr gerne arbeiten für die Menschen in Oberösterreich, gehen auch gerne mal in den Urlaub. So geht es auch denen, die zu uns in den Urlaub kommen, es soll die schönste Zeit im Jahr sein, weil sie sich da für die kommenden Herausforderungen stärken und auch in weiten Teilen belohnt werden für das, was sie in der Vergangenheit geleistet haben. Die schönste Zeit im Jahr machen wir mittlerweile für sehr viele Menschen, das stimmt, wir haben im vergangenen Jahr wieder gute Zuwächse gehabt, was den Tourismus betrifft, allerdings muss man diese Euphorie schon ein bisschen bremsen. Ehrlich gesagt muss man gestehen, Oberösterreich hat sehr viele Bereiche, wo wir top sind in Österreich, wirklich ganz an der Spitze sind. Im Tourismus sind wir da eher bei den Schlusslichtern zu finden. Oberösterreich ist nach wie vor, und das ist eine Tatsache der letzten Jahre, an der siebten Position von neun Bundesländern. Wenn man das vergleicht mit der Größe Oberösterreichs, an der Fläche viertgrößtes Bundesland, was die Einwohner und Einwohnerinnen betrifft das drittgrößte Bundesland, was den Tourismus betrifft sind wir das siebtgrößte Bundesland. Ich denke mir, da sind schon große Herausforderungen, die da vor uns stehen.

Ich sehe allerdings, dass die Bemühungen, die wir um unsere Gäste haben, die Bemühungen, die wir um den Tourismus in Oberösterreich haben, sehr positiv sind. Hoffentlich ist da jetzt nichts passiert? Alles gut? (Zwischenruf Abg. Pühringer: „Das Glas ist noch ganz!“) Ich habe mir jetzt weniger um das Glas Sorgen gemacht, wie um den Kollegen, der hereingegangen ist. (Zwischenruf Abg. Pühringer: „Das war ein Spaß! Ich habe zuerst geschaut, ob nichts passiert ist!“)

Die Strategie, die Oberösterreich hat, ist meines Erachtens eine sehr gute. Die Art und Weise, wie Werbung passiert, ist eine sehr gute. Inhaltlich sind wir, denke ich, bin überzeugt, am richtigen Weg, sich auf Kulturgenuss, auf Genüsse des Lebens zu konzentrieren, das alles gepaart mit freundlichen Menschen, die es in Oberösterreich gibt. Es wurde mehrmals zitiert heute schon in den Berichten zum Tourismusbericht, das Tourismusgesetz, das wir gemeinsam beschlossen und verabschiedet haben, das ich inhaltlich sehr gerne mittrage, aber da erlaube ich mir schon eine Kritik.

Meine Marktgemeinde Mauthausen hat den ganz klaren Wunsch, nicht wir als Gemeinde, sondern der Tourismusverband Mauthausen, hat das ganz klare Ziel, sich mit Enns, eigentlich auch mit St. Florian, mit Ansfelden zu einem mehrgemeindigen Tourismusverband zusammenzuschließen. Wir erfüllen mit den anderen Orten gemeinsam die Voraussetzungen, die im Gesetz bestimmt sind. Allerdings, und das ist das, was mich sehr betrübt, es ist offensichtlich nicht der Wunsch des zuständigen Regierungsmitglieds oder des Tourismus in Oberösterreich, dass hier Mauthausen sich mit Enns, vielleicht mit Perg, mit St. Florian und Asten zusammenschließt, sondern, man will Mauthausen ganz klar in einen gemeinsamen Tourismusverband entlang der Donau zwingen. Und das Zwingen, da sage ich wirklich, so wie es ist, weil es viele Interventionen gibt beim Tourismusverbandvorsitzenden meiner Gemeinde, bei einzelnen Mitgliedern, dass man doch zur Vernunft kommen soll und sich endlich dieser Donau anschließen soll. Meine Gemeinde und der Tourismusverband haben ganz klar die Absicht, bei der Werbegemeinschaft Donau zu bleiben, nur man sieht halt im Tourismusverband Mauthausen eine bessere Zukunft mit der Nachbargemeinde Enns eine gute Kooperation zu pflegen, als wie Gemeinden, die vielleicht hundert Kilometer von Mauthausen weg sind.

Was ich damit sagen will ist, das Gesetz ist eine gute, die Struktur ist eine gute, die Strategie ist eine gute, die Werbelinie ist eine gute, was ich mir aber schon erwarte ist, dass hier die wesentlichen politischen Kräfte, und das ist halt in erster Linie die ÖVP, schon auch zur Kenntnis nimmt, dass die Verbände im Rahmen des Gesetzes, was wir entschieden haben, selbst entscheiden sollen, mit wem sie in Zukunft zusammenarbeiten, weil letztlich wird es im Tourismus wie in anderen Bereichen auch so sein, wenn wir erfolgreich sein wollen, dann müssen wir das mit Überzeugung tun und mit Überzeugung können wir nur Dinge tun, in die wir nicht gedrängt werden. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Präsidentin Weichsler-Hauer.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte heute auch ein paar Worte zu diesem Tourismusbericht sagen, weil er ja eigentlich als hervorragend dargestellt wird und die Zahlen, wenn wir es durchlesen, zeigen stark steigende Tendenzen. Da brauchen wir gar nicht reden. Man muss aber die Zahlen einzeln hinterfragen und vor allem, welche Zahlen stehen in einem Tourismusbericht? Das sind natürlich nur die, die sozusagen die Gesamtstrategie betreffen und die sich entsprechend positiv auswirken. Dass Tourismus aber mehr ist, und das haben

wir auch im Ausschuss hinlänglich diskutiert, muss uns aber auch klar sein, und da müssen wir uns die einzelnen Komponenten dazu anschauen.

Ich glaube, dass gerade im Tourismus die steigenden Übernachtungszahlen, die steigenden Zahlen der ankommenden Tagestouristen und –touristinnen sehr positiv sind. Wenn wir aber gleichzeitig glauben, dass damit der große Geldsegen in der Gastronomie oder in der Hotellerie ausgebrochen ist, da müssen wir leider nein dazu sagen. Denn uns muss klar sein, dass der durchschnittliche Deckungsbeitrag im Sinken ist und schon gesunken ist. Das heißt also, dass jede zusätzliche Einnahme nicht zwangsläufig bedeutet, dass auch tatsächlich entsprechend mehr im Börserl ist oder als Erfolg zurückbleibt und damit wieder investiert werden kann. Diese Maßnahmen haben wir nicht.

Ich habe es schon einmal erwähnt. Ich glaube, dass gerade Tourismus etwas ist, das damit steht und fällt, wie es entsprechend den Gästen gefällt, also wie es ihnen bei uns gegangen ist, und auf der anderen Seite, wie groß ist die Motivation, ist die Zufriedenheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Tourismus, in der Hotellerie, im Gastgewerbe? Das ist sicherlich eine ganz wesentliche Komponente, die wir uns tatsächlich genauer anschauen müssen, weil sonst werden die Zahlen, und so viel Strategie können wir gar nicht entwickeln, nach unten rauschen, weil es gar nicht anders möglich ist.

Ich erwähne das deswegen auch, und es ist schon kurz von Kollegen Punkenhofer und auch von Kollegin Schwarz angesprochen worden, es braucht dringend Maßnahmen, wie wir entsprechend Nachwuchs aus einem Pott bekommen können. Wir diskutieren ihn ja eh ununterbrochen. Im Moment habe ich das Gefühl, im Moment gehen uns die zukünftigen Arbeitskräfte in jedem Bereich aus. Wir sehen ja, wie sich die Industrie mit sehr vielen zusätzlichen Angeboten bemüht, dass sie zu Lehrlingen kommen. Wir sehen es jetzt im Pflegebereich, wo erst vor kurzem das Land Oberösterreich oder wir im Landtag einen entsprechenden Antrag verabschiedet haben, wir sehen es bei den Lehrern, ein aktuelles Thema. Es poppt uns rundherum auf und wir sehen ununterbrochen, dass uns eigentlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, egal in welchem Bereich, ausgehen, aber auf der anderen Seite werden kaum oder nur wenige Strategien gesetzt, um tatsächlich auch etwas zu ändern.

Ich glaube, dass es gerade im Tourismus ein Thema ist, was Arbeitszeiten betrifft, was Bezahlung betrifft, was natürlich auch die gesamte Absicherung rundherum und jegliche soziale Absicherung betrifft, die hier ganz wesentlich anzuschauen sind. Wo wir uns ehrlich sein müssen, dass das nicht immer das allerbeste ist und dass gerade in diesen Bereichen oft schwierige Bedingungen herrschen. Wenn wir die nicht ehrlich angehen und auch ehrlich dazu etwas überlegen, dann wird der Tourismusbericht in wenigen Jahren völlig anders ausschauen.

Ich erwähne es deswegen auch, weil es mich schon sehr ärgert, wenn sich gerade auch in der Gastronomie und in der Hotellerie wirklich Leute bemühen, jungen Menschen eine Chance zu geben. Auch Menschen eine Chance zu geben, die es nicht so leicht haben, weil möglicherweise der Schulabschluss nicht ganz so funktioniert hat, wie man glaubt, oder auf der anderen Seite, weil sie Migrationshintergrund oder gar Asylhintergrund, also einen Fluchthintergrund haben. Es ist eigentlich nicht verständlich. Ich erwähne das wirklich hier herinnen und ich habe erst vor kurzem einmal dankbar einen ganz kleinen Absatz, und fragt mich nicht mehr in welcher Tageszeitung, gelesen, wo sich endlich auch die Wirtschaft zu Wort gemeldet hat, weil die kann ich ja nicht verstehen, dass die nicht viel mehr aufschreit, wenn jungen Menschen eine Chance geboten wird, weil man sie wirklich dringend braucht,

weil sie geschickt sind, weil sie brav sind, weil sie wollen, weil sie etwas tun wollen. Dann sind sie eineinhalb bis zwei Jahre in Ausbildung und dann werden sie abgeschoben. Ich sage das wirklich ganz bewusst hier herinnen, was ist das für ein Zeichen und vor allem wogegen arbeiten wir eigentlich? Ich habe jetzt erst wieder einen aktuellen Fall, der bei mir im Bezirk ist, mit dem ich konfrontiert bin, eineinhalb Jahre Ausbildung Koch/Kellner, und die Abschiebung steht bevor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erstens einmal ist das unmenschlich und zweitens verstehe ich es nicht. Warum tun wir so etwas und warum kann nicht die Strategie auch dahingehend sein, dass wir uns dieser jungen Leute auch annehmen und sie aktiv integrieren? Was kann Besseres passieren, als dass sie sich am Arbeitsmarkt einbringen, in einem Bereich einbringen, wo wir ja gleichzeitig, gerade im Tourismus, versuchen, Gäste aus dem Ausland zu uns zu bekommen, die in der Regel, und das müssen wir auch ganz ehrlich sagen, von der sprachlichen Ausbildung her heute einen Vorteil haben, dass sie auch noch eine andere Muttersprache haben. Das haben sie zum Großteil nämlich uns allen voraus, das müssen wir ganz ehrlich sagen. Die dann deutsch bei uns lernen, die meistens auch englisch können, vielfach viel besser als wir es gelernt haben, jetzt gehe ich einmal von mir aus. Gerade diese Leute wären top und die würden wir auch gut im Tourismus brauchen, und es geht nicht.

Man tut es nicht. Das wäre etwas, wo wir dringend einen Handlungsbedarf hätten und ansetzen könnten, dass wir diesen jungen Leuten eine Chance geben können. Das würde auch für den Tourismus wichtig sein, das würde für die Hotellerie wichtig sein, das würde für das Gastgewerbe wichtig sein, würde aber auch in vielen anderen Berufsbereichen wichtig sein. Ich wollte es nur in diesem Zusammenhang erwähnen, weil es dort ganz besonders auffällig ist. Das ist ja nicht der erste Fall, den wir kennen, sondern auch in anderen Fällen, dass diese das Land wieder verlassen müssen. Eine Chance, die wir uns eigentlich alle mitsammen vertun und ich will es jetzt nicht, aber das Geld, was hier investiert ist, könnten wir noch viel besser brauchen, indem wir sie dalassen und ihnen die Möglichkeit geben, bei uns weiter einen Beruf nachzugehen. Denken wir einmal darüber nach, ich glaube, es wird höchste Eisenbahn, dass es hier ein großes Umdenken gibt. Danke! (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 749/2018 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 750/2018. Das ist der Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und EU-Angelegenheiten betreffend die Oberösterreichischen Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetznovelle 2018. Ich bitte Herrn Abg. Frauscher über die Beilage zu berichten.

Abg. KommR **Frauscher:** Beilage 750/2018, Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und EU-Angelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2006 geändert wird (Oö. Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz-Novelle 2018 - Oö. EIWOG-Novelle 2018).
(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 750/2018.)

Der Ausschuss für Wirtschaft und EU-Angelegenheiten beantragt, der Oö. Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Oö. Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2006

geändert wird (Oö. Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz-Novelle 2018 - Oö. EIWOG-Novelle 2018), beschließen.

Zweiter Präsident: Ich teile mit, dass zu dieser Beilage ein Antrag auf getrennte Abstimmung gemäß Paragraf 12 Abs. 2 Z. 11, eingelangt ist. Wir haben ihnen diesen Antrag als Beilage 761/2018 auf ihren Plätzen aufgelegt. Gemäß den Bestimmungen der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 wird dieser Antrag zur Beilage 750/2018 in die Wechselrede miteinbezogen. Ich eröffne die Wechselrede und zu Wort gemeldet hat sich Abg. Schießl.

Abg. **Schießl:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir behandeln hier die Novelle der EIWOG 2018 und diese beinhaltet, wie ja schon vorweg genommen wurde, viele positive Anpassungen und Vereinfachungen. Einen Beitrag zum Bürokratieabbau möchte ich es fast nennen. Ebenfalls positiv hervorzuheben zu dieser Reform ist, dass es kaum finanzielle Auswirkungen für die Gebietskörperschaften geben wird und dass es keine finanziellen Auswirkungen für Bürger, Bürgerin und Unternehmen geben wird. Es gibt hier Verbesserungen, das haben wir ja schon in den Vorbesprechungen gehört und auch bei der Information im Unterausschuss, die in sehr gute Bereiche eben hier reingehen.

Ein breiter Konsens unter den Fraktionen wurde hier zu diesen Themen auch gefunden. Außer bei einem Thema, da hat es längeren Diskussionsbedarf gegeben. Das hat die Wortmeldungen beherrscht, könnte man fast sagen. Das sind die Abstandsregelungen der Windkraftanlagen.

Die FPÖ ist ja seit Jahren für eine Anhebung dieser Abstände, das haben wir auch mit einem Antrag aus dem Jahr 2015 gemacht, wo wir 1.200 Meter gefordert haben. Der Grund dafür ist aber nicht die Verhinderung von Windkraftanlagen, nein ganz im Gegenteil, sondern hier die Anrainer zu entlasten, den bestmöglichen Anrainerschutz zu schaffen. Und hier geht es einfach nicht ohne Anpassungen.

In anderen Bundesländern beziehungsweise auch im Nachbarland Bayern ist das bereits passiert und hier wird seit Jahren zukunftsorientiert bei dieser Frage gearbeitet. Oberösterreich ist dadurch mit diesen Anpassungen überfällig. Aufgrund vieler Expertengutachten und der Überarbeitung des Windkraftmasterplanes haben sich die Windabstände von 1.000 Metern ergeben. Diese sehen wir auch als ausreichend. Diese Anpassung erreicht den bestmöglichen Kompromiss zwischen Anlagenbetreiber und -errichter und den Anrainern.

Es wird zwar durch diesen Kompromiss keiner zu 100 Prozent glücklich gestellt werden können, denn der Anlagenbetreiber und -errichter möchte natürlich die 800 Meter beibehalten und der Anrainer wird mit diesen 1.000 Metern Abstand auch nicht glücklich sein. Das ist uns klar, aber es ist ein Kompromiss, den wirklich alle hier tragen können.

Und damit man auch sieht, warum diese Anpassung so notwendig ist, habe ich einen Vergleich zu den ersten Windkraftanlagen aus den 90er Jahren. Diese sind damals 70 Meter hoch gewesen mit einem Rotorblatt von 20 Metern, das heißt ein Rotorblattdurchmesser von 40 Metern. Das waren 500- bis 600-Kw-Windgiganten damals schon. Nur um zum Vergleich ein bisschen beizutragen, unser Landhaus, in dem wir uns heute befinden, ist 66 Meter hoch. Das heißt, ein jeder kann sich ein Bild machen, soll vors Landhaus treten, dann sieht er mal, wie hoch die Windkraftanlagen der 90er Jahre waren.

Und wie sieht es heute aus? Diese sind natürlich aufgerüstet worden, sind verbessert worden und derzeit, bei den jetzt eingereichten Anlagen reden wir von Windkraftanlagen, ich möchte fast sagen, Windkraftgiganten mit einer Höhe von 220 Metern, einer Narbenhöhe von 150 Metern und einem Rotorblatt mit einem Durchmesser von 150 Metern. Also das ist eine ganz gewaltige Anlage, wenn man sich diese Maße nur ein bisschen im Hinterkopf hält.

Und das ist ja noch nicht das Ende der Fahnenstange, sondern es wird bereits ja weitergeplant. Die neuen E-141 Kraftwerke sind dann schon 240 Meter hoch. Also es gibt hier anscheinend keine Grenze nach oben. Und deswegen muss Oberösterreich hier diese Anpassung dringend durchführen, denn der Lärm einer solchen Windkraftanlage belastet ja Anrainer, der Schattenwurf belastet die Anrainer, es gibt Eiswurf und so weiter. Darum, wie gesagt, ist es notwendig, hier die Anpassungen durchzuführen, und ich kann natürlich sagen, die FPÖ trägt diese Anpassungen mit und wir sind froh, dass es zu diesen Anpassungen gekommen ist.

Es ist ja auch bei dieser Novelle der Giftzahn, die Angstmache für die Betreiber gezogen worden, dass hier keine Repowering mehr möglich sein sollte. Nein, auch dieser Giftzahn wurde gezogen. Es ist natürlich auch bei bestehenden Anlagen möglich, diese aufzurüsten und nachzurüsten und somit einen technischen Stand zu erzeugen, der dringend notwendig ist, natürlich auch für die älteren Kraftwerke.

Es ist ja die technische Errungenschaft der letzten Jahre hier auch enorm gewesen und es wäre schade, würde man das natürlich hier nicht durchführen. Und deswegen kann man sagen, ein super Konsens für die Betreiber und für die Anrainer, und deswegen ein Ja von der FPÖ zu dieser Novelle. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, wir haben wieder einen Gesetzesvorschlag, eine Novelle des EIWOG vor uns liegen. Es wurden viele Vereinfachungen, viele notwendige Maßnahmen gesetzt. Ich möchte aufbauend auf den Energiebericht 2017 einfach auch noch einmal ein paar Fakten zur Stromerzeugung in Oberösterreich darbringen.

Wir haben in Oberösterreich einen steigenden Stromverbrauch, plus 19 Prozent. Und ich muss dazusagen, nicht seitens der Wirtschaft, sondern wirklich seitens der Haushalte. Also hier haben wir, gerade was das Thema Effizienz und Energieeinsparen betrifft, noch Potential nach oben, beziehungsweise in diesem Fall nach unten, damit der Stromverbrauch nicht steigt.

Wir importieren aber auch extrem viel mehr elektrische Energie. 4.562 Gigawattstunden stehen einem Export von 2.627 Gigawattstunden gegenüber. Also hier haben wir auch eine negative Importbilanz. Und ich glaube, da muss man dann auch darauf schauen, was können wir an Energie in Oberösterreich erzeugen? Der Anteil der erneuerbaren Energien ist dementsprechend, weil eben einfach auch der Stromverbrauch insgesamt gestiegen ist, um zwölf Prozent gesunken. Und gerade auch bei der Windenergie, aber auch bei der Photovoltaik, wo wir zwar Potentiale haben, aber noch nicht diesen Ausbau geschafft haben.

Und gerade bei der Windkraft haben wir jetzt ein Plädoyer gegen die Windkraft gehört. Gerade bei den Ausführungen sind wir nicht wirklich das Windkraftland Nummer eins. Das ist mir auch klar, weil dass es in Niederösterreich oder in anderen Bundesländern leichter

möglich ist, auch mit den Abstandsbestimmungen zurechtzukommen, weil die einfach auch eine andere Raumordnung haben oder beziehungsweise andere Verhältnisse. Das Raumordnungsgesetz ist eine andere Geschichte.

Aber wie bei uns einfach alles zersiedelt ist. Und darum kann man auch mit gutem Gefühl nach Deutschland rüber schauen. Da sind diese Abstandsbestimmungen relativ leicht einzuhalten. Und ich rede wirklich noch einmal, und das möchte ich dem Kollegen Schießl einfach noch einmal sagen, ich habe es eh immer wieder schon erwähnt, es geht um Mindestabstände. Um einen Mindestabstand, den ich von 800 auf 1.000 Meter erhöht habe.

Das heißt, vorher brauche ich gar nicht einreichen. Wenn ich ein Projekt habe, wo es vielleicht nur 800 Meter waren, wo dann einmal eine Prüfung gekommen ist, wo man dann geschaut hat aufgrund der Narbenhöhe, aufgrund der Schattenwirkung, aufgrund des Geräusches, welchen Abstand braucht es denn wirklich? Und wir haben fast alle mehr wie 1.000 Meter, das ist mir schon klar. Aber ich verhindere einfach auch vorher schon einmal eine Prüfung, eine Möglichkeit, dort einmal überhaupt anzuschauen, ist es dort möglich? Wie schaut es aus mit dem Schattenwurf?

Es gibt einfach Gegenden, wo es nicht so ein Problem ist und je höher ein Windrad ist, ist auch der Schattenwurf ein anderer. Also das kann man sich dann alles anschauen, zumindest dort, wo die Häuser darunter stehen. Und genau um das geht es mir, dass man einfach genauer hinschaut.

Der Mindestabstand war gerechtfertigt und hat auch immer gezeigt, es passt, dass man dort einmal prüfen kann. Das heißt ja nicht, dass dann automatisch alle dort gebaut werden bei 800 Metern. Dass wir früher Anlagen gehabt haben, die viel näher gestanden sind und wo sich das Landschaftsbild schon dementsprechend angepasst hat, aber wo sich einfach auch die Anrainer sagen, ja wenn ich in Weyer bin und wenn ich dort dabeistehe, ist fast kein Geräusch zu hören. Oder wenn ich oben in Sternwind bin, da habe ich weit und breit eh keine Nachbarn.

Aber trotzdem, wenn man es sich einfach anschaut, wie die Entwicklung war die technische, sie ist nicht nur höher geworden, sondern sie sind auch leiser geworden, sie sind auch besser auszurichten und man kann sie auch besser drehen. Man kann sie in gewissen Bereichen abschalten, wenn man einfach genau diese Schattenwurfgeschichte hat, dann kann man sie punktuell auch oder saisonmäßig einfach auch herunterfahren.

Das, was wir da jetzt machen, ist, dass wir im EIWOG eine international höhere Mindestabstandsbestimmung regeln wie in anderen Ländern. Ich sage jetzt nicht in anderen Bundesländern, sondern in anderen Ländern. Und wenn man es sich anschaut, dann sieht man, dass in anderen Ländern überall viel niedrigere Abstände sind, außer in Bayern. In Deutschland gibt es eigentlich nur in Bayern und in Thüringen Abstandsbestimmungen, sonst gibt es überhaupt keine Mindestabstände, sonst sind wir eigentlich in allen Ländern darunter.

Und in allen Ländern, aber auch Bundesländern ist das in der Raumordnung geregelt und nicht im EIWOG. Also nicht eine Grundlage für ein Bewilligungsverfahren generell, dass ich dort einmal gar nicht mehr einreichen kann, sondern das ist in der Raumordnung geregelt. Und ich glaube, genau deswegen muss man es darauf anschauen und deswegen werde ich auch weiter immer wieder argumentieren.

Es geht um einen Mindestabstand und ich sehe die Erhöhung von 800 auf 1.000 Meter nicht für notwendig und glaube, dass wir das nicht brauchen. Nämlich vor allem im Hinblick vor der Repowering dieser bestehenden Anlagen können wir hier keine Anlagen, die schon bestehen, die sich schon bewährt haben, können wir nicht erneuern, weil der Mindestabstand nicht eingehalten werden kann. Und das ist für mich ein riesengroßer Rückschritt in Zeiten, wo wir sagen, wir müssen erneuerbare Energie aufbauen. Das sagt sogar die Industriellenvereinigung. Dass die vielleicht ein bisschen andere Sachen im Kopf hat, ist mir auch klar. Aber wir haben in Oberösterreich eine sehr gute Industrie, die Exportschlager hat, die Windkraftträder herstellt und an die denken wir nicht.

Und ich glaube, da muss man auch schauen, wie können wir diese auch unterstützen und daher glauben wir und werden wir auch diesen einen Punkt, und der Antrag wurde schon festgestellt, Ziffer 11 Paragraph 12 Abs. 2 getrennt abstimmen und dieser Abstandbestimmung, dieser Veränderung nicht zustimmen. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Präsidentin Weichsler-Hauer.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die nächste Novelle des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz liegt vor uns, natürlich ausgehend auch von entsprechenden Maßnahmen auf Bundesebene, die hier nachzuvollziehen sind und auf der anderen Seite einiges, was also bereits von VorrednerInnen angesprochen worden ist, was zum Beispiel auch Abstandsbestimmungen betrifft.

Ich glaube, wenn wir über das EIWOG reden, haben wir letztlich immer die Tendenz, nur bei einem Thema hängenzubleiben. Nämlich: das sind also die Windräder und die entsprechenden Abstandsbestimmungen. Ich muss aber auch fairer Weise dazusagen, es sind jene Dinge, die die Menschen am allermeisten bewegen.

Und wenn ich mich zurückerinnere, was wir in den letzten vergangenen Jahren eigentlich an Diskussionen in Oberösterreich, oder zumindest in vielen Teilen Oberösterreichs gehabt haben, wo es darum gegangen ist, einmal zu prüfen, ob es denn überhaupt also vom Winddargebot und so weiter eine entsprechende Möglichkeit wäre, Windräder zu errichten, dann sind zum Teil die Wogen wirklich hochgegangen.

Und es war letztlich, glaube ich, auch eine vernünftige Entscheidung, den Windmasterplan in Oberösterreich entsprechend zu beschließen und zu installieren, wo ja darin einige an Faktoren oder an bestimmten Bedingungen schon einmal festgehalten sind, wo es überhaupt möglich ist, einen entsprechenden Antrag zu stellen, auf Bewilligung beziehungsweise, dass man das einmal auch entsprechend probiert.

So, jetzt wurde aber auf unsere Anfrage hin, was denn jetzt diese neue Windmast-, diese neue Abstandsbestimmung mit 1.000 Meter für Auswirkungen bedeutet auf diesen Windmasterplan? Und ich kann mich erinnern und weiß, dass hier gesagt wurde, es gibt keine negativen Auswirkungen, weil der Windmasterplan mit der 1.000 Meter Abstandsbestimmung bereits erstellt worden ist. Dort, wo wir die 800 Meter Mindestabstand gehabt haben im Gesetz. Also sehe ich keine Benachteiligung, indem jetzt das entsprechend festgeschrieben wird im Gesetz, was wir eigentlich vorher alle mitsammen schon im Windmasterplan beschlossen haben und ich gehe jetzt davon aus, dass uns dort auch die Wahrheit gesagt wurde. Dass der Windmasterplan bereits auf diesen 1.000 Meter

Abstandsbestimmungen aufbaut, sodass es klar ist, dass wir hier dem einen Punkt, nicht auf 1.000 Meter zu gehen, nicht zustimmen können.

Ich gebe auch zu bedenken, dass wir es nicht so einfach sehen können. Es gibt zum Beispiel im benachbarten Bayern eine völlig andere Regelung. Sozusagen mit jedem Höhenmeter des Windrades wird mal zehn potenziert, also bei einem 150 Meter Rad haben wir 1,5 Kilometer Abstand. Das wäre eigentlich auch eine Überlegung bei uns gewesen, was natürlich den Bereich, das ist mir klar, noch wesentlich mehr einschränken würde. Aber ich glaube, dass wir mit diesen 1.000 Metern Abstandsbestimmung alle gut leben können. Dass dort, wo Windräder vernünftig sind, und das sage ich auch dazu, nicht eine Energie um jeden Preis und um auch jede, und auch wenn es der Preis ist, dass die Landschaft nicht mehr so in Ordnung ist, wie es in der Vergangenheit war, das würde ich nicht als richtig sehen.

Ich glaube aber trotzdem, wenn wir vom EIWOG reden, darf ich ganz kurz anführen: Wir müssen weit über unsere Landesgrenzen hinausschauen. Es gibt vieles an Bestrebungen, gerade was die alternative Energie betrifft, was Energiespeicherung betrifft und so weiter, da haben wir wirklich sehr innovative und aufstrebende Firmen. Aber letztlich, und ich sage es eh immer dazu, wir arbeiten oft dort hinten nach, wo andere schon längst den Weg gehen, beziehungsweise ihn zum Teil schon wieder verlassen, weil schon wieder das Nächste ansteht.

Wir müssen den Anspruch haben, und das wäre für mich ein innovatives Oberösterreich, im Technologiebereich völlig andere Wege einzuschlagen und Forschung hat immer danach funktioniert, etwas auszuprobieren und auch einmal Bruchlandung zu erleiden dabei und zu scheitern. Sonst wären wir nie in unserer Menschheitsgeschichte und in der Technologie weitergekommen. Und das glaube ich, ist ein Wesentliches. Und wenn man dann schon schaut, dass man heute Häuser baut, die sich sozusagen völlig aufgrund der Außenfassade, wo alles drinnen ist, wo der Strom, die ganze Energie für das Haus erzeugt wird und darüber hinaus, heute schon machbar ist, dann sollten bei uns eigentlich auch die Glocken klingen, ob das nicht eigentlich schon einmal anzudenken wäre.

Ein Thema, mit dem ich vor Kurzem auch konfrontiert worden bin, dass man die Parkbänke, die wir auch alle lieben, sozusagen schon so ausrüstet, dass die auch automatisch Strom erzeugen können und diesen entsprechend wegliefen. Jetzt denken wir noch einmal darüber nach. Wir haben dermaßen vieles an Gegenständen oder an Bauten verschiedenster Art in unserem Leben, die wir doch einmal auch anders nützen könnten.

Es muss nicht immer ein Wasserkraftwerk sein, das wir neu hinstellen und es muss nicht immer ein Windrad sein. Photovoltaik und so weiter geht also auch in diese Richtung oder Solarenergie. Aber hier gäbe es viele Möglichkeiten, wir sollten uns nur drüber trauen, das wäre wirklich ein innovatives Österreich. Zustimmung zur neuen Vorlage. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Rathgeb.

Abg. Bgm. **Dipl.-Ing. Rathgeb:** Sehr geehrter Herr Präsident, hohes Haus, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Sehr geehrte Frau Präsidentin, ja, du hast Recht. Ein innovatives Österreich braucht auch diesen Blick über die Landesgrenzen hinaus. Und ich darf bei dieser Gelegenheit vielleicht nur zwei Fakten auf den Tisch bringen, wenn wir weltweit die Herausforderungen, die auch uns betreffen, anschauen.

Nämlich erstens, der weltweite Bedarf, der Energiebedarf steigt in den nächsten 20 Jahren um 30 Prozent. Das ist so viel wie China und Indien zusammen. Und wenn man sich auch noch anschaut, dass wir heute, so wie wir hier sitzen, vier Milliarden Internetnutzer haben auf der Welt, Tendenz steigend, dann wissen wir, was das bedeutet.

Und liebe Ulli Schwarz, du hast die plus 19 Prozent Stromsteigerung in Oberösterreich angesprochen. Ich darf dazu sagen, wir haben aber auch einen erneuerbaren Energieanteil von 32 Prozent des oberösterreichischen Bruttoenergieverbrauchs. Das heißt, der Weg bei uns ist richtig. Und über die Landesgrenzen hinausschauen, ja, wir haben uns eh zum Klimaschutzabkommen in Paris bekannt, 2016 auch im Landtag und dort hat man gesagt, wir brauchen hier die Entwicklung einer integrierten Klima- und Energiestrategie. Und vor einem Jahr ungefähr haben wir hier genau diese Energiestrategie mit der Energieleitregion Oberösterreich 2050 beschlossen.

Hier ein Danke auch dem Referenten, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Strugl, dass man das klar auf den Weg gebracht hat, auch als Vorbild für eine Bundesstrategie. Die Ziele brauche ich, glaube ich, nicht mehr wiederholen. Entscheidend dort war eines, nämlich die Verschränkung einer wettbewerbsfähigen Wirtschafts- und Wachstumsstrategie in Oberösterreich mit einer nachhaltigen Umweltstrategie. Also keine Einseitigkeit, sondern hier in einem praktikablen Rechtsrahmen eingebettet etwas, was uns weiterbringt.

Die Novelle der Oö. EIWOG ist ein Puzzleteil dieser Strategie, aber ein wichtiges. Es ist symptomatisch für einen Weg, der hier gegangen wird. Und ich glaube, wir sind uns einig, dass Deregulierungsschritte aber auch klare Regelungen im Hinblick auf einen verwaltungsökonomischen Vollzug außer Streit stehen.

Aber lasst mich bei dieser Gelegenheit auch noch einmal auf die Abstandsbestimmungen bei den Windkraftanlagen eingehen. Wo ja der Antrag der Grünen hier liegt auf getrennte Abstimmung. Vorweg ein Dank für die konstruktive und umfassende Diskussion beim Windkraftmasterplan, aber auch im Unterausschuss und im Ausschuss letzte Woche. Dort wird die Richtung gemeinsam getragen und das ist entscheidend.

Das EIWOG und damit auch die Abstandsbestimmungen bei den Windkraftanlagen orientieren sich, und das hat der Kollege Schießl richtig ausgeführt, am Schutz vor Gefährdungen und Belästigungen. Und die Lärmbelästigung ist halt hier der relevante Parameter. Es nähert sich an die Gewerbeordnung an, auch nicht uninteressant, weil es dort vollinhaltliche Verwaltungs-, höchstgerichtliche Judikatur gibt, die man übernehmen kann. Und es nähert sich auch an die Regelungen in anderen Bundesländern an. Aber entscheidend ist, was schon ausgeführt wurde, wir haben letztes Jahr den Windkraft-Masterplan unter dieser Prämisse beschlossen und liebe Frau Präsidentin, wenn du sagst, du siehst keine Benachteiligung, so kann ich das mehrheitlich, aber das ist in der Demokratie zulässig, dann kann ich das hundertprozentig unterstreichen.

Und ein Punkt noch, liebe Ulli, ja der Fokus kann von links oder von rechts auf etwas gerichtet werden, aber hier geht es um den Schutz vor Belästigung, um die Wohnbevölkerung, um die Menschen und um den Nachbarschaftsschutz. Und das hat durchaus auch eine gleiche Berechtigung.

Und daher den Windkraft-Masterplan, (Zwischenruf Abg. Schwarz: "Darum hat man ja die Prüfverfahren!") ganz kurz, ich habe dich auch ausreden lassen, den Windkraft-Masterplan,

das was bereits fachlich abgestimmt wurde, zu verrechtlichen, ist etwas ganz Normales und Selbstverständliches im Sinne dieses Konsenses, den der Kollege Schießl ausgeführt hat.

Vielleicht noch eines, weil es nicht bekannt ist: Bei den Stellungnahmeverfahren sind viele Zugänge hereingekommen bei der Gesetzeswerdung, von unzureichend bis total überschießend. Das zeigt eigentlich, dass man hier eine ausgewogene, fachlich begründete gute Mitte erwischt hat.

Und eines noch zum Unterausschuss am 24. Mai. Dort war der Experte von der Abteilung Umweltschutz hier und er hat ausgeführt, dass 80 Prozent der Standardanlagen mit diesen 1.000 Metern genehmigungsfähig sein müssten, unabhängig natürlich von der Einzelfallprüfung im Verfahren.

Zum Repowering, das ist ein wichtiger Punkt, der uns alle natürlich berührt, insbesondere die Anlagenbetreiber. Auch hier ist ausgeführt worden, dass zirka die Hälfte der bestehenden 30 Anlagen repowerable wären, wenn natürlich genehmigungsfähig, ist immer im Einzelfall, wenn es um wesentliche Änderungen geht.

Abschließend, Oberösterreich und wir alle, glaube ich, haben das Ziel, dass wir den Herausforderungen, den großen, die auch uns betreffen, uns stellen, dass wir internationaler Technologieführer in Kernbereichen der gesamten Energie- und Umwelttechnologie, in der gesamten Bandbreite, nicht nur Windkraftanlagen, werden und das ausbauen und letztlich nachhaltig eine saubere, importunabhängige, sichere und auch leistbare Energie sicherstellen. Daher ersuche ich um Zustimmung. Danke! (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt nun keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Bei der Abstimmung werden wir so vorgehen, dass wir zuerst über den Paragraph 12 Absatz 2 Ziffer 11 und anschließend über den Hauptantrag ohne den Paragraph 12 Absatz 2 Ziffer 11 Beschluss fassen werden. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Geschäftsantrag zur Beilage 750/2018, Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und EU-Angelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2006, geändert wird (Oö. Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz-Novelle 2018 - Oö. EIWOG-Novelle 2018) auf getrennte Abstimmung zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag einstimmig angenommen worden ist.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Paragraph 12 Absatz 2 Ziffer 11 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag Paragraph 12 Absatz 2 Ziffer 11 mehrheitlich angenommen worden ist.

Ich bitte die Mitglieder des Landtags, die dem Rest der Beilage 750/2018 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Rest der Beilage 750/2018 einstimmig angenommen worden ist. Ich hoffe, das stimmt jetzt. Somit wurde die Beilage 750/2018 mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wir kommen nun zur Beilage 751/2018. Das ist der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die Weiterführung von Verkehrsdienst- und Tarifbestellungen im Rahmen des Grundvertrags für den OÖVV vom

19. Dezember 2002 im Zeitraum 9. Dezember 2018 bis 14. Dezember 2019. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Handlos um einen Bericht über diese Beilage.

Abg. **Handlos:** Geschätzte Damen und Herren, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer vom Seniorenring Freistadt, natürlich auch den ÖVP-Damen ein herzliches Grüß Gott! Beilage 751/2018, Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die Weiterführung von Verkehrsdienst- und Tarifbestellungen im Rahmen des Grundvertrags für den OÖVV vom 19. Dezember 2002 im Zeitraum 9. Dezember 2018 bis 14. Dezember 2019.
(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 751/2018.)

Der Ausschuss für Infrastruktur beantragt, der Oö. Landtag möge die im Rahmen des Grundvertrags für den OÖVV vom 19. Dezember 2002 beabsichtigte Weiterführung von Verkehrsdienstbestellungen über 15.650.000 Euro und Tarifbestellungen über 21.450.000 Euro sich ergebende Mehrjahresverpflichtung im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

Zweiter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede und erteile dir das Wort, Abgeordneter Handlos!

Abg. **Handlos:** Herzlichen Dank Herr Präsident! Ja, meine Damen und Herren, die Beilage 751/2018 gliedert sich im Wesentlichen in zwei Teile, 15.650.000 Euro sind für Weiterführungen von Verkehrsdienstbestellungen, der zweite Teil in Höhe von 21.450.000 Euro betrifft sich ergebende Mehrjahresverpflichtungen. Ich werde das Ganze da jetzt wirklich ein bisschen abkürzen. Ich erspare Ihnen das neuerliche Aufzählen der einzelnen Strecken und Linienbündel, die Details wurden ja im Ausschuss, glaube ich, sehr genau und detailliert besprochen.

Ich darf mich bei dieser Gelegenheit natürlich auch bei Ihnen bedanken für die einstimmige Zustimmung im Ausschuss und ersuche Sie natürlich auch hier im hohen Landtag, diese Zustimmung auch zu gewähren. Das ist eine ganz dringende und notwendige Angelegenheit. Ich ersuche um Ihre Zustimmung. Herzlichen Dank! (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Rippl.

Abg. Bgm. **Rippl:** Ja, verehrter Präsident, verehrte Regierungsmitglieder, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, Kollege Handlos, du hast die Zustimmung bzw. wir haben das im Ausschuss ja ausführlich besprochen. Es hat ja die Fachabteilung uns die Fragen ausführlich beantwortet. Es geht ja um die Krafftahrlinienbestellung und die Tarifbestellungen, was ja wichtig war und auch wichtig ist, dass ja eigentlich, die anwesenden Bürgermeister wissen das ja zu der Tarifbestellung, wir als Gemeinden auch mitfinanzieren müssen, über das Gesetz hinweg natürlich unseren Beitrag dazu leisten.

Was auch angesprochen wurde, ist natürlich auch die Erstellung von Haltestellen, was ja zu Diskussionen führt des Öfteren in den Gemeinden. Natürlich gibt es da Regelungen und Neusituierungen, aber ich glaube als Gemeinde ist man bestrebt, die Haltestellen in Ordnung zu halten, um auch die Genehmigungen zu bekommen. Es ist angeführt worden Krafftahrlinienunternehmen, die 15,65 Millionen Euro und die Tarifbestellungen über 21,45 Millionen Euro, auch dem werden wir die Zustimmung geben. Danke sehr! (Beifall)

Zweiter Präsident: Ich hab jetzt niemanden mehr auf der Liste stehen, doch! Der Kollege, dessen Namen ich mir noch nicht gemerkt habe. (Zwischenruf Abg. Weilbuchner: "Weilbuchner!") Weinbuchner, genau! Jetzt brauche ich die Brillen auch noch, damit ich das genau lesen kann, Weilbuchner! (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: "Ist ganz einfach: Haimbuchner, Weilbuchner!")

Abg. **Weilbuchner:** Jawohl, Herr Präsident, danke! Hohes Haus, (Zweiter Präsident: „Musst dich noch öfter zu Wort melden, dann merke ich ihn mir!“ liebe Zuseherinnen! das mache ich auf jeden Fall. Wie es der Kollege eh schon erwähnt hat, wir haben im Ausschuss schon ausführlich über das Thema diskutiert. Wir stimmen natürlich auch zu.

Ich habe mir generell noch die Zahlen vom öffentlichen Verkehr von 2017 angeschaut, da hat es in Oberösterreich 181,8 Millionen Fahrgäste gegeben, eine leichte Steigerung. Wenn man zehn Jahre zurückgeht, dann haben wir insgesamt sogar eine Steigerung von 13 Prozent, das heißt, der öffentliche Verkehr entwickelt sich sehr positiv in Oberösterreich, soll aber natürlich noch attraktiver werden und auch die Vernetzung soll noch effizienter werden, weil es gibt da spannende Fakten, zum Beispiel steigt der Kfz-Bestand mehr als die Bevölkerung. Das ist doch irgendwie bemerkenswert.

Und auch wenn man sich die Zahlen vom VCÖ anschaut, dann kommt da hervor, dass Oberösterreich im Bundesländervergleich am drittschlechtesten ist, was die Nutzung des öffentlichen Verkehrs betrifft. Deswegen muss eben der öffentliche Verkehr bei uns noch attraktiver werden, damit noch mehr auf den Pkw verzichten, Park and Ride müssen wir forcieren und natürlich auch das Schienennetz noch weiter ausbauen.

Und weil sich der Kollege Rippl da eh zu Wort gemeldet hat und wir bei einem vorhergehenden Tageordnungspunkt das schon besprochen haben, was die Tickets betrifft, da ist ja unter eurem Landesrat Entholzer damals das Jugendticket Netz ins Leben gerufen worden für Schüler, Studenten und Lehrlinge, eine total positive Maßnahme, wo man um 69 Euro pro Jahr in ganz Oberösterreich herumfahren kann. Auf Initiative der Jungen ÖVP ist das Ganze ins Rollen gekommen. Darauf sind wir sehr stolz und es ist auch sehr gut. Natürlich können wir aber noch immer besser werden und ich nehme das auch davon mit. (Zwischenruf Abg. KO Makor: unverständlich) MOÖglichkeiten, genau! Dankeschön! (Beifall)

Zweiter Präsident: Lieber Kollege Weilbuchner, ich entschuldige mich, dass ich deinen Namen nicht gleich gewusst habe, aber die Periode hat noch drei Jahre. Bis am Ende der Periode kenne ich dich, davon bin ich ganz fest überzeugt. Der Nächste, den ich schon länger kenne, ist der Kollege Severin Mayr, dessen Namen ich nie vergessen werde. Du hast das Wort!

Abg. **Mayr:** Dankeschön, Herr Präsident! Er vergisst zwar meinen Namen nicht, aber ich kann hinten wacheln wie ein Wilder, er übersieht mich. (Zweiter Präsident: "Ja die Augen!") Aber ich glaube, es ist notwendig, dass bei so einem Beschluss trotzdem noch zum vierten Mal gesagt wird, dass das etwas Gescheites ist, weil jetzt hat es dann tatsächlich jeder Klub angemerkt, dass diese 37 Millionen Euro für etwas Gescheites ausgegeben werden. Ich wiederhole jetzt nicht, um was für Linienbündel und Tarifbestellungen, was auch immer es jetzt da gegangen ist. Das haben wir eh vor allem bei den ersten zwei Reden schon kurz gehört.

Ich möchte auf eines hinweisen, was mir im Laufe der Debatte, nachdem wir heute schon zum zweiten Mal über Tarife reden, noch aufgefallen ist. Ich glaube, Kollege Handlos hat es

heute am Vormittag gesagt. Man sollte, bevor wir über Tarife reden, über das Vergünstigen von Tarifen, zuerst die Infrastruktur anständig ausbauen. Das ist ein Zugang, den ich zu einem Teil nachvollziehen kann, den ich bis vor einigen Jahren wahrscheinlich mit der gleichen Vehemenz noch vertreten hätte, mit einem Unterschied, wenn der erste Schritt nicht passiert, dass die Infrastruktur ausgebaut wird, da kommen wir nachher noch ganz kurz zu dem Volumen, um das es da auch geht, wenn der erste Schritt nicht passiert und die Schiene ausgebaut wird, dann warten wir ewig auf den zweiten Schritt, dass wir den dann machen.

Ganz ehrlich, wenn es in der Geschwindigkeit weitergeht in Oberösterreich, wie die Schiene ausgebaut wird, du hast vorher gesprochen von einem Investitionsvolumen von 900 Millionen Euro, dann brauche ich persönlich das 365 Euro-Ticket nicht, weil bis ich das in Anspruch nehmen könnte, habe ich die Seniorenermäßigung. Also das zahlt sich dann zumindest für viele Menschen in Oberösterreich in der Variante gar nicht mehr aus. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: "Du schaust weit jünger aus!")

Gleichzeitig heißt es immer, wir haben doch kein Geld. Jetzt haben wir zwar die 900 Millionen Euro nicht, um die Schieneninfrastruktur auszubauen, aber zwei Milliarden Euro für Autobahnen, zwei Milliarden Euro für Straßen, die haben wir sehr wohl, da haben wir so viel, dass wir sogar 70, 80 Millionen Euro an die ASFINAG verschenken können, damit die ihr Projekt, das ihre ureigenste Aufgabe wäre, es zu bauen, dass das überhaupt gebaut wird. Also es geht schon ein bisschen um eine Schwerpunktsetzung auch. Und da ist es aus meiner Sicht eindeutig, dass die Schwerpunktsetzung jetzt am Ausbau des öffentlichen Verkehrs liegen muss und nicht beim Ausbau der Straßen. Diese Entscheidung muss man treffen. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Landesrat Mag. Steinkellner. (Zwischenruf Abg. Nerat: "Den Namen kannst du dir merken!") Den merke ich mir, den kenne ich auch schon 100 Jahre.

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Geschätzter Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich werde auch auf die Vorlage nicht mehr Bezug nehmen und bedanke mich für die einstimmige Zustimmung. Ich möchte kurz auf den Kollegen Weilbuchner und auf den Kollegen Mayr eingehen. Ja, der öffentliche Verkehr soll attraktiviert werden. Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind jene, die die Budgethoheit dieses Landtags haben. Sie entscheiden am Ende des Tages, wo das Geld ausgegeben wird, das wir für Straße oder für den öffentlichen Verkehr einsetzen. Und da geht es nicht um ein Gegeneinander, weil die ASFINAG ist anders finanziert, refinanziert sich über die Maut mit einem Finanzierungsplan von derzeit 16 Jahren, die haben Einkünfte in einem ganz anderen Ausmaß.

Zuerst einmal, der Staat für die Straße. Dort würde ich, nur um den Straßenerhaltungszustand der Gegenwart für den niederrangigeren Landesstraßenbereich aufrecht zu erhalten, zirka 20 Millionen Euro pro Jahr benötigen. Wenn das nicht so ist, wird das objektive Pavement Management System im Jahr 2025 die meisten Straßen, nicht der Bundesstraßen, die ja auch zu uns gehören, sondern im niederrangigen Straßennetz des Landes mit schlecht beurteilen, 20 Millionen Euro mehr.

Öffentlicher Verkehr: Kollege Handlos hat heute am Vormittag bereits diese 900 Millionen Euro Finanzierungsbedarf angesprochen. Diese entstehen, indem wir endlich, nachdem 30 Jahre vergangen sind, die Mühlkreisbahn durchbinden, und damit dann nach Eferding und

nach Aschach fahren. Man stelle sich vor, der Aschacher fährt dann von Aschach über den Hauptbahnhof zur Kepler Universitätsklinik und vielleicht gleich weiter zur JKU und nach Pregarten. Der Gallneukirchner fährt ebenfalls über die Kepler Universitätsklinik nach Leonding und arbeitet vielleicht in Leonding? Diese Vernetzungen sind möglich, kostet sehr viel Geld und es ist nur einmal jetzt noch die Chance dieses Projekt zu verwirklichen, weil wir es gemeinsam mit den Linz-Linien, die ein Straßenbahnnetz mit einer zweiten Achse erweitern möchte, machen können.

Alle Projekte in der Vergangenheit, wie beispielsweise City-S-Bahn und wie sie sonst noch alle heißen haben, sind gescheitert. Jetzt wird das Land an der Straßenbahnachse einen wesentlichen Beitrag leisten. Dazu werden wir Geldmittel benötigen. Und Kollege Handlos hat es heute am Vormittag schon vorgerechnet. Wenn ich 15 Millionen Euro Einnahmehäufungen durch vergünstigte Tickets habe und das auf 30 Jahre hochrechne, habe ich einen Finanzierungsrahmen von 450 Millionen Euro, der dann entsteht.

Als erster Schritt steht die Erhaltung der Bahnen im Vordergrund. Denn es ist kein Geheimnis, dass die Bundesbahn angekündigt hat, alle Regionalbahnen mit Fahrplanwechsel 2019 zu schließen.

Der zweite Schritt wird noch heuer erfolgen. Dieser ist ein Finanzierungsbeschluss der Durchbindung der MKB. Ein Grundsatzbeschluss wurde bereits gefasst. Mit einem zähen Widerstand kämpfte ich hier manchmal fast gegen Windmühlen, weil das Zielbild nicht erkannt wird. Aber genau dieses Zielbild bringt wirklich eine Verbesserung im Zentralraum. Alleine die Strecke Eferding-Aschach in der Verlängerung würde ein Potential von zirka 700.000 Fahrgästen zusätzlich erfassen. Das ist in etwa die Frequenz, welche die Mattigtalbahn, die Herr Kollege Rippl immer anzieht, überhaupt hat. 700.000 mehr, wenn ich dort den Bahnhof Eferding umbauere und die Strecke einbinde.

Das Potential, wenn ich durchbinde, um damit die Möglichkeit der unterschiedlichen Umstiegsmöglichkeiten in Linz zu schaffen, ist so bestechend, dass ich wirklich mit allem, was mir politisch zur Verfügung steht, Sie ersuche und bitte mich bei diesem Kampf zu unterstützen, weil wir diesen öffentlichen Verkehr dringendst für die Weiterentwicklung unseres Bundeslandes brauchen.

Wir brauchen die Erhaltung der Bahnen, wir brauchen die Attraktivierung der Bahnen. Um Klimaschutzziele zu erreichen, brauchen wir auch die Elektrifizierung der Bahnen und wir werden den öffentlichen Verkehr ausbauen müssen. Ich hoffe, dass dieser Landtag und diese Regierung diesen Mut hat, diese Schritte zu treffen. Bis diese verwirklicht werden, dauert es noch seine Zeit. Jedes Jahr, wo wir weiter die Beschlüsse nicht zustande bringen, verzögert es sich dennoch.

Es wird kommen müssen, denn wenn im Jahr 2030 alleine nach Linz 74.000 Fahrten zusätzlich kommen, das ist eine voll ausgelastete sechsspurige Autobahn, die ich nirgendwo mehr bauen kann, weiß man, dass Linz und die Wohlstandsentwicklung ausschließlich möglich ist, wenn wir den öffentlichen Verkehr ausbauen. Deswegen bitte ich in allen Möglichkeiten, das Etappenziel der Beschlussfassungen wirklich voranzutreiben, mich bei der Finanzierung auch zu unterstützen. Ich glaube, Oberösterreich, der Großraum Linz, aber auch die Regionen mit den Nebenbahnen bedürfen dieser finanziellen Unterstützung. Ich verlasse mich auf Sie! (Beifall)

Zweiter Präsident: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 751/2018, Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die Weiterführung von Verkehrsdienst- und Tarifbestellungen im Rahmen des Grundvertrags für den OÖVV vom 19. Dezember 2002 im Zeitraum 9. Dezember 2018 bis 14. Dezember 2019, zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 752/2018. Das ist der Bericht des Sozialausschusses betreffend die Genehmigung von Mehrjahresverpflichtungen für Investitionsprojekte im Bereich des Oö. Chancengleichheitsgesetzes. Ich darf Herrn Abgeordneten Binder bitten, über diese Beilage zu berichten.

Abg. Peter **Binder:** Beilage 752/2018, Bericht des Sozialausschusses betreffend die Genehmigung von Mehrjahresverpflichtungen für Investivprojekte im Bereich des Oö. Chancengleichheitsgesetzes.

(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 752/2018. Die Dritte Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Der Sozialausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge die sich aus der Zusage der Förderung investiver Maßnahmen im Bereich des Oö. Chancengleichheitsgesetzes ergebenden Mehrjahresverpflichtungen sowie Haftungen im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

Dritte Präsidentin: Danke. Ich eröffne die Wechselrede und darf als Erstem Kollegen Binder das Wort erteilen.

Abg. Peter **Binder:** Danke, Frau Präsidentin! Wir diskutieren in diesem Haus über das Oö. Chancengleichheitsgesetz, ein großes Versprechen, das dieser Landtag den Menschen mit Beeinträchtigungen und ihren Angehörigen vor mittlerweile 10 Jahren gegeben hat. Mit den Investitionen in diese Wohnprojekte schaffen wir wieder ein Stück, dieses Versprechen einzulösen. Es sind hier insbesondere auch Einrichtungen aus den Landespflege- und betreuungscentren, über die wir heute ebenfalls schon gesprochen haben.

Ich denke, es ist wichtig, dass wir für das Sozialressort dieses Versprechen weiterhin hochhalten für die Menschen in Oberösterreich, die dringend diese Leistungen und Unterstützungen brauchen, und dass wir uns auch bemühen, auch künftig noch mehr Mittel dafür zur Verfügung zu stellen, um allen Menschen, die jetzt noch auf Wartelisten stehen und teilweise dringend Unterstützung brauchen, diese Leistungen auch zukommen zu lassen.

In diesem Sinne ersuche ich nicht nur heute um Zustimmung zu diesem Antrag, sondern auch generell für den Rückhalt für die Leistungen des Sozialressorts im Sinne des Oö. Chancengleichheitsgesetzes. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke. Als nächste Rednerin ist Frau Kollegin Martina Pühringer zu Wort gemeldet.

Abg. **Pühringer:** Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kolleginnen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich spreche auch zur Beilage 752/2018, zur Genehmigung von Mehrjahresverpflichtungen für Investivprojekte im Bereich des Oö.

Chancengleichheitsgesetzes. Beim gegenständlichen Antrag geht es um die Deckung eines Teils des Bedarfs von Wohn- und Arbeitsplätzen für Menschen mit Beeinträchtigungen, wie Herr Kollege Binder ja schon angeführt hat auch in seiner Rede und bei der Berichterstattung.

Dass 3.440 Personen auf der Warteliste sind, das haben wir auch gehört, und weitgehend auch dann noch 2.060 Personen auf der Warteliste stehen, für Arbeitsplätze, für geschützte Arbeitsplätze und für fähigkeitsorientierte Arbeitsplätze, denn die Arbeit, die Beschäftigung ist für Menschen mit besonderen Fähigkeiten, das sage ich bewusst so, ist für Menschen mit besonderen Fähigkeiten von großer Bedeutung für ihr Lebensglück.

Es hat vor Jahren ein nahestehender Mensch, den ich sehr bewundert habe, zu mir gesagt, wirklich reich ist man, wenn man Arbeit hat oder arbeiten kann. Ich denke mir, da liegt die Wahrheit drinnen, und gerade für Menschen mit besonderer Fähigkeit ist der Arbeitsplatz, ist die Berufung, etwas zu produzieren, etwas zu tun, etwas vom Wichtigsten.

Das macht auch ihre Wertschätzung, ihre eigene Wertschätzung und Wertempfindung und ihr Lebensglück aus, und ich bedanke mich an dieser Stelle bei allen Firmen, die eben mit den Einrichtungen vom Land Oberösterreich kooperieren und dort den Menschen sinnvolle Beschäftigung geben, indem sie kleine Dinge produzieren. Aber sie haben etwas, und zwar etwas, was wirklich reich macht, nämlich Arbeit, und können hier Glück und ihr Lebensglück finden. Ich denke mir, das ist auch ganz wichtig, wenn wir reden von Menschen mit Beeinträchtigungen, dass sie hier eine Aufgabe haben, die sie erfüllt.

Um diesen Bedarf, auch an Wohn- und Arbeitsplätzen, teilweise abdecken zu können, sind wir im Jahr 2018 verschiedene Umbau- und Sanierungsprojekte mit Gesamtkosten im Ausmaß von rund 4.151.160 Euro geplant. Das ist der Landesanteil, denn die angeführten Projekte haben ein Volumen von 6,7 Millionen Euro, und eben das EU-Förderprogramm für ländliche Entwicklung, ELA, die finanzieren dies mit 49,43 Prozent, und der nationale Beitrag ist eben 50,57 Prozent.

Das ist wirklich gut angelegtes Geld für diese Projekte. Es sind, unter anderem, 16 neue Wohneinheiten in Bad Ischl, 16 Einheiten in der Lebenshilfe Gmunden und zusätzlich 13 Einheiten in Aigen-Schlögl. Es werden 45 Wohneinheiten geschaffen, und das ist gut so, denn in Summe sind im Plan noch 124 Projekte, also Wohnungen, die aus der Optimierung, die aus dem Projekt Sozialressort 2021+ finanziert werden sollen.

Ich denke mir, da sind wir auf dem richtigen Weg, denn die 124 Betreuungsplätze werden eben aus den Ersparnissen bei den Trägerorganisationen finanziert, und das ist ein guter Weg, und ich denke mir, wenn wir das Ziel, 400 neue Betreuungsplätze schaffen wollen, dann müssen wir uns wirklich alle anstrengen.

Im Februar wurde das ja vereinbart, die Finanzierungsvereinbarung zwischen unserem Herrn Finanzreferenten Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer und der Sozialreferentin, und diese Vereinbarung steht also, die finanzielle Vereinbarung, dass wir es schaffen, weil die Zeit ist ja nicht mehr lange bis 2021, dass wir unsere Zielvorgabe von 400 Wohneinheiten schaffen.

Aber mir wurde gesagt, dass hier auch die Sozialabteilung auf gutem Weg ist, und ich denke mir und bin zuversichtlich, dass die Frau Landesrätin Gerstorfer dies auch schafft und diese Wohnmöglichkeiten für die nächsten Jahre schafft. Ich darf hier auch sagen, wir sind oft hier

gestanden und haben hier debattiert, wie lange die Warteliste ist, und wie viele Personen jetzt wirklich da drauf sind, die warten.

Ich denke mir, das ist ein guter Weg, dass wir jetzt sagen, wir schaffen die 400 Plätze, die neuen, und ich denke mir, das ist richtig und wichtig, und ich darf euch mitteilen, wir haben vor einigen Wochen Spatenstich im Wohnhaus Gmunden von der Lebenshilfe gehabt. Welche Freude die Menschen zeigen, mit welchem Eifer sie dabei sind, was mich fasziniert von Menschen mit besonderen Fähigkeiten, weil die Freude zeigen können.

Mir hat da eine große Zahl der Ehrengäste gesagt, man kann sich oder soll sich von diesen Menschen ein Stück mitnehmen. Nämlich, dass wir auch Freude zeigen. Das ist da wirklich herübergekommen. Es war so beeindruckend. Ich denke mir jetzt, im Vergleich zu unserem Landesbudget sind jetzt die gesamt 6,7 Millionen Euro jetzt nicht der Riesenbetrag.

Aber ich denke mir, wenn wir mit diesem Geld hier Wohnungen schaffen, und die Menschen wirklich jahrelang warten, jahrzehntelang warten, welche Freude wir denen machen, und ich rede gar nicht von den Eltern, die jetzt Jahre, Jahre, Jahre warten auf eine Wohnung für ihre Kinder, welche Freude die hatten. Eine Frau geht auf mich zu und sagt, Danke, Danke, Danke, allen, die dazu beitragen, dass ich das noch erleben darf.

Ich hoffe, ich erlebe die nächsten zwei Jahre, weil in zwei Jahren sind sie fertig. Ich habe das erzählt, weil so eine Freude mit diesen neuen Wohnungen geschaffen wird, und nämlich diese Hoffnungslosigkeit, die die Menschen haben, wenn sie älter werden und die Kinder nicht mehr betreuen können, dass die damit weg ist, und dass wir den Menschen Hoffnung geben.

Und wenn ich jetzt sehe, ihr seid auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei vielen Wohnungsübergaben dabei, und jeder freut sich, wenn er eine neue Wohnung bekommt. Wenn man sich dann hineindenkt, wenn Menschen mit besonderen Fähigkeiten so lange auf eine betreute Wohnung warten, und was es für diese Menschen dann heißt, die beim Spatenstich dabei sein dürfen, und wenn es dann heißt, in eineinhalb, zwei Jahren haben wir auch eine Wohnung.

Wir schaffen für die Menschen ein Heim. Wir schaffen die Wohnung, und ich denke mir, das ist wichtig. Daher danke ich allen, die das möglich machen im Klima der Zusammenarbeit im Land Oberösterreich, wo wir nicht diskutieren, wie lange die Warteliste ist und welche Zahl stimmt, sondern wo wir es gemeinsam schaffen. Somit danke ich allen, die das ermöglichen und bitte Sie daher um Ihre Zustimmung. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Ulrike Wall.

Abg. **Wall:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Ich beschließe wesentlich lieber Mehrjahresverpflichtungen für Investitionsprojekte im Chancengleichheitsbereich als für den laufenden Betrieb, wie wir es im letzten Landtag ja auch gemacht haben. Damit werden neue Plätze geschaffen beziehungsweise umgebaut oder renoviert. Es sind insgesamt 97 Plätze an sechs verschiedenen Standorten, wo die Qualität erhalten, verbessert wird, oder wo überhaupt neue Plätze geschaffen werden.

Wir Freiheitliche sind sehr interessiert daran, dass die langen Wartelisten, die wir haben, konsequent und zügig abgebaut werden. Die Gesamtkosten sind genannt worden. Der

Landesanteil mit den rund 4,1 Millionen Euro ebenfalls, der nach Baufortschritt ausbezahlt wird und im Budget gedeckt ist. Für 760.000 Euro hat der Landtag allerdings auch eine Haftung zu beschließen, weil für ein Projekt von Pro Mente in Vöcklabruck auch eine Zwischenfinanzierung notwendig ist.

Im Interesse des Abbaus der langen Wartelisten stimmen wir sowohl dieser Mehrjahresverpflichtung als auch der Haftungsübernahme zu. Dankeschön. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke. Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kolleginnen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich möchte einfach das nur noch ergänzen. Ich glaube, ganz wichtig ist einmal, dass man darauf schaut, dass das ein ganz wichtiges Projekt ist, dass wir die Mehrjahresverpflichtung in die Investition natürlich tätigen, natürlich keine Frage.

Das hat aber zur Folge, dass wir das dann wieder betreiben müssen. Das muss uns auch klar sein. Ich möchte diese Bereiche, die wir jetzt beschließen, das sind 45 neue Plätze, nicht mehr und nicht weniger, und diese 45 Plätze werden nicht nur von Landesmitteln, sondern auch vor allem von EU-Mitteln gefördert, und das möchte ich einfach auch herausstreichen.

Gerade in Diskussionen, wo es um Budgetmittel geht, sowohl auf EU- sowie auf Landes- und Bundesseite sollten wir da eben auch hinschauen und selbst Bemühungen hier einfach auch in den Leader-Regionen, hier die ELA-Mittel, aufzurufen, ist einfach auch ganz entscheidend, dass wir hier nicht über die Leader-Region, sondern über den ESF, über den Europäischen Sozialfonds, dass wir das einfach auch mitdenken in vielen Bereichen. Was kann das? Was können die auch zur Verbesserung der Situation für unsere beeinträchtigten Menschen zeigen?

Darum werden wir dem auch zustimmen. Ich wollte das einfach nur ergänzen, dass wir einfach den Blick nicht verlieren. Das sind nicht die vielen Plätze, die wir dringend brauchen, beziehungsweise, das was heute schon angesprochen worden ist, auch von dir, glaube ich, Uli Wall, dass man eben diese Verteilung, wer macht und einfach teilbetreute WG und immer wieder auch nur die kurzen, stationären Bereiche. Ich glaube, genau da sind wir auf dem richtigen Weg, und das müssen wir einfach weiter unterstützen. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke. Ich sehe keine weitere Wortmeldung. Ich schließe daher die Wechselrede, und wir stimmen ab. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 752/2018 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bevor ich die nächste Beilage ausrufe darf ich die Damen und Herren, die auf unserer Besuchergalerie Platz genommen haben, recht herzlich begrüßen, und ich begrüße die ÖVP-Ortsgruppen Lichtenegg und Pernau Wels. Herzlich Willkommen im Oberösterreichischen Landtag.

Wir kommen nun zur Beilage 753/2018. Das ist der Bericht des Sozialausschusses betreffend eine Reform der Befähigung beziehungsweise Ausbildung zum Notar. Als Berichterstatter darf ich Kollegen Aichinger bitten, darüber zu berichten.

Abg. Prim. **Dr. Aichinger:** Beilage 753/2018, Bericht des Sozialausschusses betreffend eine Reform der Befähigung bzw. Ausbildung zum Notarzt. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 753/2018.)

Der Sozialausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen: Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Befähigung bzw. Ausbildung zum Notarzt in Anlehnung an den Vorschlag der Österreichischen Gesellschaft für Anästhesiologie, Reanimation und Intensivmedizin (ÖGARI) geändert wird. Dies einerseits, um den Bedarf an Notärzten in Österreich auch zukünftig zu decken, und um andererseits eine Notarztausbildung auf europäischem Niveau nachhaltig zu garantieren.

Dritte Präsidentin: Danke für die Berichterstattung. Ich darf die Wechselrede eröffnen. Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Roswitha Bauer.

Abg. **Bauer:** Sehr geschätzte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Bereits im heurigen Frühjahr haben zwei Primärärzte aus dem Innviertel Alarm geschlagen, weil sie die Notfallversorgung in Österreich, aber auch in Oberösterreich in Gefahr sehen. Sie haben darauf hingewiesen, wenn die derzeitigen Gesetze nicht rasch geändert werden, die besorgniserregende Situation entstehen könnte, dass es in Zukunft nicht genügend Notärzte gibt.

Bisher war es ja so, dass viele Mediziner, die nach dem Turnus noch die Facharztausbildung absolviert haben, auch als Notärzte im Einsatz waren. Jedoch, wir haben es gehört, die Medizinausbildung wurde neu geordnet, und es dürfen in Zukunft nur mehr fertig ausgebildete Fachärzte als Notärzte arbeiten.

Das heißt, die neuen Notärzte kommen in Zukunft erst nach mindestens sechs Jahren Ausbildung zum Einsatz. Den Grund für diesen drohenden Notärztemangel sieht Ärztekammerpräsident Peter Niedermoser in der geänderten Ausbildungsverordnung. Viele Medizinstudentinnen und Medizinstudenten, aber auch Jungärztinnen und Jungärzte haben eine neue Facharztausbildung gefordert.

Dem ist Rechnung getragen worden, denn man wollte verhindern, dass nach Abschluss des Medizinstudiums viele ins Ausland abwandern, wo sie sofort und nicht erst nach einem dreijährigen Turnus als Ärztin oder als Arzt arbeiten können. Nun wurde ein entsprechender Vorschlag der ÖGARI, der Österreichischen Gesellschaft der Anästhesiologie, Reanimation und Intensivmedizin erarbeitet, wie eine derartige Ausbildung zum Notarzt aussehen könnte. Die entsprechenden Anforderungen sind ja im Ausschussbericht genau angeführt, und dieser Bericht wurde bei der Ausschussrunde vorige Woche einstimmig beschlossen.

Selbstverständlich ist uns die Notarztversorgung in Österreich und in Oberösterreich ein großes Anliegen, und daher ein klares Ja zu diesem Initiativantrag, beziehungsweise auch zum Ausschussbericht. Dankeschön. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke. Ich erteile Frau Kollegin Ulrike Schwarz das Wort.

Abg. **Schwarz:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich glaube, wir alle wissen, und es ist uns allen klar, bei Herzinfarkt, Schlaganfall, oder nach einem Unfall ist die Erstversorgung das Entscheidende. Je früher, je kompetenter

hier eine Versorgung stattfindet, desto weniger Folgewirkungen, können manche Folgewirkungen, sagen wir es so, verhindert werden.

Genau auf das, glaube ich, kommt es an. Es geht natürlich um eine Erstversorgung am Unfallort. Es soll ein jeder von uns wissen, wie geht man damit um, wie geht eine Herzmassage und so weiter. Wie können wir Wiederbelebungen machen? Ich glaube, das ist ganz entscheidend. Aber ganz wichtig ist auch, dass die Ärztinnen und Ärzte vor Ort, aber auch der Notarzt und Notärztinnen der NEF, NAW gibt es ja fast keine mehr, die NEFs, so schnell wie möglich, du hörst meine Zwischenton heraus, Herr Präsident, so schnell wie möglich am Einsatzort sind.

Und da braucht es ein dichtes Netz. Und wenn man gerade Oberösterreich anschaut in der Flächenversorgung, in den Regionalversorgungen, glaube ich, ist das Zusammenspiel jetzt sehr gut funktionierend. Jetzt zwischen den Hausärztinnen und Hausärzten, Allgemeinmediziner draußen. Aber auch den NEF mit dem roten Kreuz zusammen, die Notärztinnen und Notärzte aus dem Krankenhaus oder auch Ausgebildete, die einfach zur Verfügung stehen. Gerade auch am Wochenende wird das immer wichtiger, weil hier auch einfach die Versorgung weniger ist. Natürlich auf der einen Seite durch ein geändertes Arbeitszeitgesetz, was glaube ich ganz entscheidend ist, dass die Qualität auch gut passt und auch die Arbeitsbedingungen für die Ärzte gut passen. Aber hat natürlich auch zur Folge, dass einfach viele nicht mehr zur Verfügung stehen für zusätzliche Dienste bzw. Möglichkeiten haben.

Mir ist ganz wichtig, dass eine gute Ausbildung da ist und das ist keine Frage. Notärztinnen und Notärzte waren bisher gut ausgebildet und das soll irgendwie weiter möglich sein. Und die Inhalte, was in der Ausbildung Neu ist, das wird uns sicher der Kollege Aichinger sagen.

Mir ist ganz wichtig, wir unterstützen wirklich voll inhaltlich diese erste Reparatur des Ausbildungsgesetzes für Ärztinnen und Ärzte. Weil ich glaube da hätten wir noch einiges zum Reparieren. Das ist irgendwo in der Mitte stecken geblieben. Ich war am Anfang sehr optimistisch, dass wir eine gute Ausbildungsordnung kriegen, die auch für die Allgemeinmedizin genau das bringt, was wir eigentlich auch in der regionalen Versorgung brauchen. Aber es haben sich halt manche halt irgendwie in eine andere Richtung durchgesetzt. Wo man sagt, man kann auch alles so machen, damit man genau diese so wichtigen Allgemeinmediziner, aber auch Notärztinnen und Notärzte nicht in ausreichender Zahl ausbildet. Daher werden wir diesen Antrag unterstützen. Danke! (Beifall)

Dritte Präsidentin: Weiters zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Dr. Walter Ratt.

Abg. Dr. Ratt: Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, werte Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Es wurde von meinen Vorrednerinnen Kollegin Bauer und Kollegin Schwarz bereits ausgeführt, wie wichtig das österreichische Notärztesystem als wesentliches Seil in der medizinischen Versorgung ist.

Ich freue mich auch, dass diese Initiative, wie schon berichtet wurde, von Innviertler Ärzten ausgegangen ist, und ich glaube, es ist auch ein Akt der Wertschätzung, wenn man ihre Namen nennt. Es waren dies die Primare Neuhierl vom Krankenhaus Braunau und sein Kollege vom Krankenhaus der Barmherzigen Schwestern in Ried, Primar Peter Hohenauer. Und die Ausbildung der Notärzte in Österreich war bisher sehr gut. Die Ausbildung hat sich geändert, so dass eben sichergestellt werden muss, dass keine Lücke in dieser notfallmedizinischen Versorgung entsteht. Und wir haben heute ja bereits gehört, dass

Österreich unter anderem auch ein Tourismusland ist, ein Wintersportland und wir haben ja die höchste Versorgungsdichte von Notärzten, insbesondere auch im Winter und im Übrigen stehen rund 160 Notärzte zur Verfügung.

Wie bereits gesagt, es ist sehr wichtig, dass die Notärzte auch weiterhin die Garantenstellung in der medizinischen Versorgung, in der Erstversorgung leisten. Das ist ein wesentliches Element für die Versorgungssicherheit der Bevölkerung. Und wir sind daher überzeugt, dass mit diesem Vorschlag, mit dieser Regelung, die die Gesellschaft ÖGARI erarbeitet hat und die auch die Zustimmung der österreichischen Ärztekammer findet, dass hier gut Vorsorge geschaffen wird, und diese Gelegenheit muss genutzt werden, um auch den Notärzten, aber auch dem gesamten Rettungsteam, welches immer vor Ort ist, zu danken. Hier wird hervorragender Einsatz geleistet und meistens ist ja auch das Rote Kreuz beteiligt, dessen Landespräsident Primar Dr. Aichinger hier sitzt.

Und ich darf die Gelegenheit benützen mich bei Dir lieber Herr Primar, als Kollege im Landtag, recht herzlich zu bedanken. Du hast das nächste Mal die letzte Landtagssitzung. Es freut mich, dass du sehr kameradschaftlich uns, vor allem mich begleitet hast in die Funktion des Gesundheitssprechers. Wir haben den Namen gemeinsam. Ich bin kein ausgebildeter Arzt, aber immerhin habe ich ein halbes Jahr Gerichtsmedizin gemacht und kenne also zumindest den toten Körper, in dem ich also den Schädel aufgemacht habe und auch den Korpus geöffnet habe. Und ansonsten freue ich mich aber, auch als Jurist im Gesundheitswesen tätig sein zu dürfen, meinen Beitrag leisten zu dürfen. Wie wir ja bei der Kassenfusion sehen, auch vieles mit dem Stufenbau der Rechtsordnung zusammen hängt und hier auch entsprechende Grenzen gezogen sind. In diesem Sinne dir, lieber Kollege, herzlichen Dank, alles Gute, und es wird natürlich schwer sein, in deine Fußstapfen zu treten. Und das Referat über die neuen Ausbildungsvorschriften überlasse ich dir gerne. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort, möglicherweise zum Referat, gemeldet ist Herr Kollege Dr. Walter Aichinger.

Abg. Prim. **Dr. Aichinger:** Frau Präsidentin! Keine Angst, es wird kein Referat. Es wird nur ein paar kurze Bemerkungen zu diesem System eigentlich geben. Notärzte sind für uns heute ein Selbstverständlichkeit. Waren sie selbstverständlich nicht früher.

Oberösterreich hat hier einen Weg gewählt, im Unterschied zu den anderen Bundesländern, das, ich glaube es war im Jahr 1996 oder 1997, das Notarztsystem auf unsere Ärzte aufgebaut hat, die in unseren Krankenanstalten tätig sind. Andere Bundesländer haben nicht diese Ressourcen geschaffen, sondern sind auf Notärzte gegangen, die quasi als frei praktizierende Notärzte tätig geworden sind.

Wir haben damit die Basis geschaffen für ein sehr, sehr gutes, für ein qualitativ sehr, sehr gutes, aber auch quantitativ sehr gutes Notarztsystem. In dem, wie eben gesagt, den Krankenanstalten die Notärzte, die vom Roten Kreuz dann transportiert werden und begleitet werden, zur Verfügung stehen.

Das war durchaus ein kluges System. Aber wie gesagt, durch diese Änderungen in der Ausbildungsordnung wird es derzeit noch nicht in Oberösterreich, aber es wird auch so werden, dass es problematisch wird, die entsprechende Zahl von Mitarbeitern aus den Krankenhäusern zur Verfügung zu haben.

Derzeit haben wir in Oberösterreich an ein oder zwei Stellen die Notwendigkeit schon, dass wir zu den Ärzten aus den Krankenhäusern auch quasi frei praktizierende Ärzte mit einer entsprechenden Notarztqualifizierung verwenden. Aber das soll die Ausnahme bleiben und nicht die Regel werden. Daher dieser Vorschlag, die Ausbildungsordnung so zu ändern, dass es in Zukunft wieder möglich ist, zum einen in der Quantität die Ärzte zur Verfügung zu haben. Und dieser Vorschlag beinhaltet ja auch einen qualitativen Vorstoß, dass sie auch in der entsprechenden Vergleichen mit anderen europäischen Ländern und Ausbildungen vergleichbare Qualität an Ärzten haben. Das ist der Inhalt. Und ich glaube, es steht der Politik einmal ganz gut, nicht nur reaktiv gesetzliche Veränderungen zu machen, sondern objektiv zu handeln. Und ein bisschen die Veränderungen der Zukunft anzunehmen und sie entsprechend zu beeinflussen versucht. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 753/2018 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir gehen zur Beilage 754/2018, es ist dies der Bericht des Sozialausschusses betreffend die Umsetzung der Oö. Spitalsreform II. Das ist der Jahresbericht der Evaluierungskommission. Ich darf ebenfalls Herrn Dr. Walter Aichinger um die Berichterstattung bitten.

Abg. Prim. **Dr. Aichinger:** Beilage 754/2018, Bericht des Sozialausschusses betreffend die Umsetzung der Oö. Spitalsreform II; Jahresbericht der Evaluierungskommission. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 754/2018.)

Der Sozialausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge den Jahresbericht der Evaluierungskommission betreffend die Umsetzung der Oö. Spitalsreform, der der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 27. November 2017 (Beilage 589/2017, XXVIII. Gesetzgebungsperiode) als Subbeilage angeschlossen war, zur Kenntnis nehmen.

Dritte Präsidentin: Danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Wechselrede, zu der Kollege Peter Binder als erster Redner zu Wort gemeldet ist.

Abg. Peter **Binder:** Danke Frau Präsidentin! Hohes Haus, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Jetzt hat mir der Kollege Aichinger beim Rausgehen gestanden, er wollte schon selber relativieren, weil er gewusst hat, dass ich es sonst tue. Aber danke, dass du mir auch noch ein paar Worte zugestehst.

Zum vorliegenden Evaluierungsbericht. Die Spitalsreform II war ja auch ein großes Werk, das von eigentlich allen Fraktionen dieses Hauses gemeinsam auf den Weg gebracht wurde. Und wir haben uns auf Initiative des SPÖ-Klubs, da sind wir schon noch ein bisschen stolz darauf, auch darauf verständigt, dass es diese Evaluierung geben muss. Wir sind uns auch immer einig, dass dieser vorliegende Bericht natürlich ein Blick relativ weit in die Vergangenheit ist. Weil das Zahlenmaterial mittlerweile doch beinahe zwei Jahre alt ist. Und es deshalb nur sehr schwierig ist, noch tatsächlich auch Ableitungen zu machen. In wie weit man heute, was heute ist, damals schon anders machen hätte können oder verhindern hätte können.

Für mich sind zwei wesentliche Punkte hervorzuheben. Das eine ist, die ökonomische Zielerreichung kann aus derzeitiger Sicht noch eingehalten werden. Dieser Satz steht mittlerweile eigentlich von Anfang an in diesen Evaluierungsberichten und es stimmt insofern, als dass es gelungen ist, ein sehr großes, aber doch überwiegend einmaliges Sparpotenzial zu heben. Weil was wir nicht geschafft haben, und das merkt man schon von Bericht zu Bericht mehr, das ist die Dynamik, die sich bei den Kostensteigerungen ergibt und die wir natürlich im Budget im Land, aber auch bei den Gemeinden, die hier mitfinanzieren, jährlich wieder stärker merken.

Das zweite Wort, das mittlerweile ebenfalls in jedem dieser Berichte drinnen steht, das ist die Begründung, dass vieles, was jetzt eintritt und nicht ganz mit dem überein stimmt, was man sich da vor sieben Jahren vorgenommen hat, mit exogenen Veränderungen zusammenhängt. Und das möchte ich auf jeden Fall relativieren, weil dieser Begriff hinterlässt so den Eindruck, naja, das waren exogene, also von außen wirkende Ursachen, die man ja so gar nicht beeinflussen hat können. Und da bringe ich mittlerweile auch jährlich, ich weiß, doch die Kritik an, dass einige Dinge, zum Beispiel das Ärztarbeitszeitgesetz, früher absehbar war.

Dass es früher die Hinweise gegeben hat auch in diesem Haus, an dieser Stelle zum Beispiel von meiner früheren Kollegin Julia Röper-Kelmayr, die mehrfach nachgefragt hat, wann wird denn hier gehandelt? Wann wird denn hier in Verhandlungen eingetreten auch mit den Ärzten? Um genau diese Auswirkungen, diese exogenen Veränderungen im Vorfeld abfedern zu können durch ein langfristigeres Übergangsszenario für diese Veränderungen.

Heute stehen wir vor der Herausforderung, dass im Budget des Landes tatsächlich wieder der unglaubliche Betrag von rund 800 Millionen Euro steht für die Krankenanstalten im Land. Ein Teil davon wird dann von den Gemeinden durch Krankenanstaltenbeiträge wieder eingehoben. 800 Millionen Euro wenden wir für Abgangsdeckungen auf. Wir haben vermehrt Wartezeiten in den Ambulanzen.

Wir stellen fest, dass ein wesentliches Ziel nicht zu verwirklichen gelungen ist. Nämlich diese Reform zu machen, ökonomische Zielerreichungen auch einzuhalten ohne Verschlechterung für die Patientinnen und Patienten und ohne Verschlechterung bei den Arbeitsbedingungen. Und das ist aus diesem Bericht aus dem Jahr 2016 und sicherlich auch aus den Folgeberichten ersichtlich. Der Auftrag für die Politik, das wieder zu schaffen, dass wir hier wieder zu einer Verbesserung in der Situation in den Krankenanstalten kommen. Wir haben viel zu tun. Ich schlage vor, packen wir auch das gemeinsam an. In einem weiter konstruktiven Diskussionsprozess, und in diesem Sinne nehmen auch wir diesen Bericht zu Kenntnis. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Dr. Aichinger.

Abg. Prim. **Dr. Aichinger:** Wiederum in aller Kürze. Zunächst einmal glaube ich ist es eine gute Gelegenheit, den Mitarbeitern in den oberösterreichischen Krankenanstalten für ihre wirklich qualitativ hervorragende, aber auch emotional angebotene Arbeit herzlich zu danken. Sie leisten wirklich eine tolle Arbeit. Wenn man sich die Geschwindigkeit der Medizin heute vorstellt. Die umfassenden Behandlungen und trotzdem ist es immer notwendig, dass man auch den Menschen in dem Patient immer sieht und immer anerkennt und ihn auch annimmt. Das ist nicht immer leicht und daher ist diese Arbeit eine wirklich schwere und bei dieser Gelegenheit möchte ich den tausenden Mitarbeitern in unseren Spitälern herzlich danken. (Beifall)

Mit dem Kollegen Binder habe ich ja einige Diskussionen schon gehabt über diese Entwicklung in den Spitälern und Faktum ist, dass sich medizinische Entwicklungen halt nicht an regionalen Sparplänen orientieren. Es ist ein Faktum, dass wir heute im Bereich der Medikamente teilweise Kostensteigerungen haben, die wir national und international nicht beeinflussen können. Ich erzähle immer das Beispiel einer Therapie einer Stoffwechselerkrankung, die früher bei den Menschen mit etwa 17, 18 Lebensjahren zum Tode geführt hat. Heute kann diese Erkrankung sehr, sehr gut behandelt werden. Die Menschen sind inzwischen 30, 35 Jahre alt, werden wahrscheinlich noch viel älter. Mit beinahe normaler Lebenserwartung und auch annähernd normaler Lebensqualität. Nur die Therapie kostet jährlich rund 400.000 Euro.

Jetzt frage ich mich, können wir ethisch das vertreten, dass wir diese Therapie nicht vergeben? Es gibt Gesundheitssysteme, die machen das. Großbritannien streicht diese Medikation. Und ich denke, dass wir in eine derartige Situation nicht kommen dürfen. Auch wenn wir uns vorgenommen haben, zu sparen, wo es nur geht. Aber ich glaube, am Patienten selbst können wir und dürfen wir nicht sparen. Das was wir immer weiter verbessern müssten und immer weiter entwickeln müssen sind quasi die Strukturen und die Systeme, wie sie arbeiten, in welchen Rahmenbedingungen wir auch arbeiten und da sind wir grundsätzlich auf einem guten Weg.

Und Faktum ist auch, dass die Festlegungen der Spitalsreform aus dem Jahr 2010, 2011 natürlich in unserer jetzigen Zeit manchmal nicht mehr ganz, wie soll man sagen, das richtige Maß vorgeben. Und da sollten wir durchaus flexibel genug sein, hier Änderungen entsprechend auch zuzulassen. Ja nicht nur sie zuzulassen, sondern sie auch einzufordern. Daher stimme ich dem noch einmal zu. Der Evaluierungsbericht ist kein taugliches Mittel für die Planung in die Zukunft. Aber er ist immerhin eine Bestätigung des Weges, den wir in Oberösterreich gemeinsam, alle Fraktionen, was die Spitäler betrifft, ab 2011 gegangen sind. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich darf das Wort an Frau Kollegin Ulrike Schwarz geben.

Abg. Schwarz: Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen! Ich spreche für heute das letzte Mal. Ich möchte einfach nur ergänzen, weil ich diese Spitalsreform ja auf mehreren Ebenen ja sehr intensiv begleitet habe. Vor allem auch als Aufsichtsrätin in der Gespag und wo uns natürlich allen gemeinsam, nicht nur im Aufsichtsrat, sondern auch hier in der politischen Landschaft das Arbeitsklima für die Ärzte und für die Pflegekräfte und für alle anderen medizinischen Berufe sehr am Herzen liegt. Den Dank kann ich nur weiterunterstreichen für das ganze Personal. Was uns nicht gelungen ist auch, dieser exogene oder ein interner Faktor war. Wir haben weniger tagesklinische Leistungen erbringen können als geplant. Das hat mehrere Faktoren: Altersschnitt, mehr Erkrankungen und so weiter, dass man diese alle tagesklinisch behandeln kann.

Aber eines ist auch klar. Warum schaffen wir es nicht, hier Spezialambulanzen oder tagesklinische Leistungen zu erbringen? Weil uns teilweise die Vor- und Nachbetreuung fehlt. Nämlich die Vor- und Nachbetreuung im niedergelassenen Bereich und ich möchte jetzt niemanden die Schuld geben, aber natürlich ist es auch immer wieder ein zähes Verhandeln und ein zähes Ringen mit unserem Vertragspartner, der Gebietskrankenkasse, hier genau das abzufedern. Da haben wir in Oberösterreich eh einen guten Schritt gemacht, dass wir gesagt haben versuchen wir mit den Kassen und der Ärztekammer gemeinsam die

Stellen nachbesetzen. Wenn es nicht gleich funktioniert, bekommen die Ärzte, die eine Lücke ausfüllen müssen, mehr Honorar.

Und wieder der Hinweis, und dieser ist vor allem an die Regierungsparteien, die auch auf Bundesebene vertreten, gerichtet sind. Mit diesem Schritt, der jetzt gemacht werden soll, dass die neun Gebietskrankenkassen auf eine zusammengelegt werden sollen zu einer Gesundheitskasse, wo mir der Begriff sehr gut gefällt, ich kann auch neun regionale Gesundheitskassen haben, geht das ein Stückchen verloren. Weil die Bedingungen in Wien ganz andere sind als die in Tirol und die in Oberösterreich. Wenn wir das verlieren, dann fahren wir womöglich ein gut funktionierendes System an die Wand, nur weil wir da vielleicht nach außen hin eine Reform gemacht haben, aber absolut nicht schauen, was uns das alles mehr kostet, und das war am Montag auf der Universität sehr klar ersichtlich, auch von Vertretern, die solche Fusionen schon durchgemacht haben.

Und bitte, wenn noch jemand irgendwelche Möglichkeiten hat, als Regierungsfraktionen auch auf Bundesebene dahingehend einzuwirken, dass genau diese Überlegungen unser jetziges oberösterreichisches Gesundheitswesen sehr wohl gefährden. Und nicht nur das Umverlagern der AUVA-Kosten vom Unfallkrankenhaus auf die anderen Krankenhäuser kommt den Gemeinden teuer zu stehen, sondern auch da wenn es noch viel mehr Krankenhausleistungen braucht, weil die Versorgung nicht passt und diese individuelle Planung dann nicht möglich ist.

Wir haben es geschafft in Oberösterreich trotzdem viele Menschen, das ist auch in der Spitalsreform drinnen, integrierte Versorgungsmodelle aus diesem gemeinsamen Topf zwischen Kassa und dem Land Oberösterreich zu entwickeln, zu schauen, wie können wir das machen? Ich habe heute das Demenzprojekt schon vorgestellt, aber auch im Gesundheitsbereich, in der übergreifenden integrierten Versorgung von Herzpatienten. Wie können wir das verbessern? Was können wir dazu beitragen? Nicht nur mit den Gefäßmessungen, wo Kollege Ratt und ich dort waren bei der Diskussion, sondern auch insgesamt schauen, wie können wir es auch in der Versorgungskette so schlank wie möglich und so gut für die Patienten wie möglich machen?

Und ich lasse das auch nicht ganz gelten, wenn wir die langen Wartelisten immer als Verschlechterung der Behandlung hinstellen und ich weiß, das ist in sehr vielen Bereichen, wenn etwas akut ist, wartet niemand, wenn die Möglichkeit da ist, etwas hinauszuschieben, sei es eine Hüftoperation, die nicht so akut ist, weil halt die Schmerzen auch erträglich sind, ich weiß, dass das oft über lange Zeit geht und dann soll es sofort gehen, das ist ein Faktum, da müssen wir uns auch ein Stückchen neu orientieren. Wie können wir das besser planen? Und wie können wir dem entgegenwirken, dass nicht die Wartelisten als Damoklesschwert über den Leuten hängen?

Ich weiß aus vielen Erfahrungen, dass es relativ schnell geht, man bekommt dann auch gleich einen Reha-Termin und das muss uns erst einmal ein anderes Land nachmachen. Wenn bei uns die Operation ist, ein bisschen daheim bleiben, sich aktivieren und dann in die Reha zu gehen. Meine Mutter war gerade in Aspach und ich kann nur voll des Lobes sein, wie unsere Reha-Zentren da wirklich auch gemeinsam gut arbeiten. Und da wieder diese notwendige Aufbauarbeit leisten, damit die Leute auch wieder voll einsatzfähig sind und dass die Enkel und Urenkel wieder auf die Oma zurückgreifen können.

Also genau da denke ich mir, arbeiten wir sehr gut zusammen, und das müssen wir uns erhalten und da müssen wir auch bei der Spitalsreform immer wieder auch mit Nachsicht

darauf schauen. Nicht alles kann ich dann so weit nach vorne planen und war damals nicht absehbar, vor allem die Erhöhung der Gehälter der Pflegekräfte, die ich sehr, sehr befürwortet habe. Genau da müssen wir jetzt hinschauen, dass wir nicht ein gutes System, was sich gut bewährt mit Partnern, die vor Ort sind, die das gut planen, sehr kurzfristig aufs Spiel setzen. Daher nochmals mein Wunsch und meine Bitte, ich will nicht Apell sagen, schauen wir bei der Bundesregierung, dass wir nicht so einen Schritt setzen, denn wir nachher ganz, ganz schwer wieder hintanhalten können, ganz, ganz schwer wieder ausbessern können. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als nächstem Redner darf ich Kollegen Dr. Walter Ratt das Wort geben.

Abg. Dr. Ratt: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, werte Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Der Kollege Binder hat gesagt, der Evaluierungsbericht der Spitalsreform ist grundsätzlich in die Vergangenheit gerichtet. Ich kann das nicht ganz so stehen lassen, weil der Zweck der Spitalsreform an und für sich schon darin besteht, im Sinne der Zielsteuerung, die aufgrund einer Vereinbarung zwischen den Bund und den Ländern vereinbart ist, die Gesundheitsausgaben zu dämpfen, die Patientenströme zu lenken und die Spitäler zu entlasten und damit Ausgaben frei zu machen für wichtige Dinge, wie es der Kollege Aichinger schon gesagt hat. Die Steigerung der Behandlungskosten aufgrund des medizinischen Fortschritts, die Kosten der Pharmazeutika und so weiter.

Und ich glaube, es ist ein Wesen dieser Spitalsreform auch diese Zielsteuerung, einerseits die Bundeszielsteuerungskommission auf Bundesebene und die Landeszielsteuerungskommission, die analog dazu im Land eingerichtet ist, wo fünf Vertreter des Landes drinnen sitzen, fünf Vertreter der Sozialversicherung und ein Vertreter des Bundesministeriums für Gesundheit, wo auch hier versucht wird zu steuern. Und da ist dieser Evaluierungsbericht eine ganz wichtige Steuerungsfunktion und es ist einmal dem Team dieser Evaluierungskommission recht herzlich zu danken, weil die arbeiten das wirklich wissenschaftlich aus und wenn man heute sagt, im Jahr 2016 liegen wir 150 Millionen Euro unter dem erwarteten Ergebnis, nämlich der Ausgabenobergrenze, dann muss man sagen, dass ist ein schöner Erfolg. Natürlich kann man immer sagen, es könnte auch mehr möglich sein und es ist auch richtig, dass dieser Betrag sich natürlich künftig hin verflacht.

Wenn wir hieraus strukturelle Elemente ableiten, dann muss man sagen, dann hat Oberösterreich eine Vorreiterrolle insbesondere in den Primärversorgungszentren die geschaffen werden. Wir haben in Enns, Marchtrenk und Haslach drei Versorgungszentren geschaffen, ein weiteres wird am 1. Juli 2018 in Sierning eröffnet werden und auch dies wird die Patientenströme verändern, umleiten und jedenfalls die Versorgung der Bevölkerung zu einem nicht unwesentlichen Teil beginnen abzudecken und im Jahr 2021 haben wir einen Zielwert im Land Oberösterreich von 13 Primärversorgungszentren und da wird man dann schon sagen können, dass wir vielleicht drei bis fünf Prozent der Bevölkerung mit dieser Art der Primärversorgungszentren betreuen und abdecken können, und es ist auch nicht unerwähnt zu lassen, dass für diese Primärversorgungszentren auch EU-Förderungen in Anspruch genommen werden können.

Es gibt daher verschiedene Messgrößen, an denen man drehen kann, die aufgrund des Evaluierungsberichtes hier herausgearbeitet werden und man muss sagen, dass in Oberösterreich die Anzahl der Spitalsbetten sinkt, aber nicht sinkt, weil man sie radikal abbaut und die Versorgung der Bevölkerung damit vermindert, sondern nur dort, wo man die

gleiche bestmögliche Versorgung durch einen unterschwelligen Bereich hier erreichen kann und man hat ja auch zusätzliche Kinderbetten geschaffen in der Jugendpsychiatrie und so weiter.

Man könnte sagen, dass in Oberösterreich die Spitalsversorgung hinsichtlich der meisten Messgrößen über dem österreichweiten Durchschnitt liegt und eine sehr gute Relation zum Beispiel ist gegeben zwischen den diplomierten Gesundheits- und Krankenpfleger/innen und der Pflegeassistenz zu den Ärzten und Ärztinnen in den Fondskrankenanstalten. Überhaupt noch keine Durchführungen gibt es für eine gemeinsame Medikamentenbeschaffung, auch das kann sich dann eines Tages kostenmindernd auswirken in den Gesundheitsausgaben, habe ich bereits erwähnt. Mit den Beneluxstaaten gibt es bereits Abkommen, die logistische Vorbereitung läuft, ich glaube, das wird nicht mehr allzu lange dauern.

Was vielleicht noch eine Anmerkung wert ist, dass der täglich rauchende Anteil der Bevölkerung Oberösterreichs abnimmt und hier liegt Oberösterreich auch unter dem Schnitt Österreichs. Es ist die Aufgabe des Landes Oberösterreichs, in der Gesundheitspolitik die Trägervielfalt zu erhalten und die Trägervielfalt ist ja an und für sich ergebnisneutral. Wenn alle, die hier im sozialen Netzwerk der Gesundheit tätig sind, zusammenhalten und weiter gemeinsam vorangehen, dann wird die Spitalsreform ihren Sinn und Zweck weiterhin erfüllen und wir sind auf einem guten Weg für die Versorgung Oberösterreichs zum Wohle aller Patientinnen und Patienten und vor allem der gesamten Bevölkerung. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich sehe keine weitere Wortmeldung. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Oö. Landtags, die dem Antrag zur Beilage 754/2018 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zur Beilage 755/2018, es ist dies der Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Jugend und Sport betreffend FH OÖ Studienbetriebs GmbH mehrjährige Verpflichtung des Landes Oberösterreich zur Kostenbeteiligung an den Studiengängen in den Fachhochschulstandorten in Oberösterreich. Bitte Frau Klubobfrau Mag. Kirchmayr darüber zu berichten.

Abg. KO Mag. Kirchmayr: Beilage 755/2018, Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Jugend und Sport betreffend FH OÖ Studienbetriebs GmbH mehrjährige Verpflichtung des Landes Oberösterreich zur Kostenbeteiligung an den Studiengängen in den Fachhochschulstandorten in Oberösterreich. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 755/2018.)

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport beantragt, der Oö. Landtag möge die im Pkt. II angeführte Mehrjahresverpflichtung im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

Dritte Präsidentin: Danke, ich eröffne die Wechselrede und darf Frau Klubobfrau Mag. Helena Kirchmayr das Wort erteilen.

Abg. KO Mag. Kirchmayr: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag, auf der Galerie und im Internet! Das Land der Möglichkeiten hat mit den Fachhochschulen in Oberösterreich einen konkreten Namen. Sie liegt im Spitzenfeld der Forschung. Der Umsatz der Forschung und Entwicklung konnte 2017 auf knapp 20 Millionen

Euro gesteigert werden. Seit nunmehr 15 Jahren ist die Fachhochschule Oberösterreich ein wichtiger Partner für die Betriebe in unserem Bundesland und vor allem für die Studierenden ein wichtiger Perspektivengeber. Neben den beeindruckenden Forschungsleistungen wurden 2017 409 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 37,3 Millionen Euro geforscht und entwickelt, davon wurden 133 Projekte neu gestartet.

Neben den Mitteln, die wir als Land Oberösterreich beisteuern, kann viel Geld von der Industrie und von diversen Ausschreibungen lukriert werden. Das alles kommt wieder unserem Bundesland Oberösterreich zugute - Investitionen in Betriebe, Arbeitsplätze, Wertschöpfung am Standort, Lebensqualität. In der nun zur Genehmigung des Landtags vorliegenden Kostenbeteiligung von knapp 36 Millionen Euro bis zum Jahr 2023 können fünf neue Studiengänge und sieben bestehende akkreditiert werden. Es ist ein wichtiges Investitionspaket für den Standort, für die Fachhochschulen in Oberösterreich, für Linz, Wels, Steyr und Hagenberg.

Die Absolventinnen und Absolventen der Fachhochschulen Oberösterreich sind gefragte Fachkräfte in der Wirtschaft und für den Standort in Oberösterreich. Schlüsselfaktoren, wenn es darum geht, Betriebe in unserem Land zu halten und auch neue zu gewinnen. Besonders hervorheben möchte ich folgende drei Studiengänge: Electrical Engineering ist neu zu akkreditieren. Dies ist ein englischsprachiges Masterstudium in Wels mit starker internationaler Ausrichtung, um den Sektor elektrische Energietechnik der oberösterreichischen Industrie mit gut ausgebildeten Fachkräften zu versorgen. Das Nächste ist Robotic Systems Engineering. Die Verlängerung der Finanzierung für dieses Masterstudium in Wels ist wesentlich für die Vermittlung von Schlüsseltechnologien zur Modernisierung der Arbeitswelt in Oberösterreich in enger Abstimmung mit den Partnerunternehmen. Das neu akkreditierte Automotive Computing ist ein Bachelor-Studiengang in Hagenberg zur Auseinandersetzung mit der Frage, wie Mobilität zukünftig organisiert werden soll und wie mit den Innovationsmöglichkeiten im Bereich des Fahrens umgegangen werden soll bzw. wie das in Zukunft ausschauen wird.

Anhand dieser Studiengänge sieht man, wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen und selber mitgestalten. Die Fragen klären, wie diese neuen Technologien in Wirtschaft und Alltag eingesetzt werden können und dafür sorgen, dass diese neuen Technologien in Wirtschaft und Alltag auch aktiv eingesetzt werden. Daher bitte ich um Ihre Zustimmung. Ich danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Gottfried Hirz.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr verehrte Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Fachhochschule Oberösterreich zählt zu den führenden Fachhochschulen und ist nicht nur die größte, sondern auch die forschungsstärkste Fachhochschule in Österreich. Derzeit studieren ca. 6.000 Studierende an der Fachhochschule Oberösterreich und es soll im kommenden Studienjahr 67 Bachelor- und Masterstudiengänge zur Auswahl geben. Wobei, und das ist, was mich eigentlich freut, wir haben diese Diskussionen schon öfter in diesem hohen Haus geführt und wer das beobachtet weiß, dass die Studienlehrgänge konstant und ständig steigen und das Angebot kontinuierlich erweitert wird, das finde ich wichtig und gut so, in diesem Fall sollen es fünf neue Studiengänge sein und sieben Re-Akkreditierungen und dazu ist diese Finanzierungszusage des Oberösterreichischen Landtags notwendig, nach dem Paragraph 8 des Fachhochschulstudiengesetzes müssen wir diesen Beschluss heute fassen und ich sage gleich dazu, wir fassen ihn gerne. Konkret geht es darum, dass in

den Jahren 2018 bis 2023 ein Maximalbetrag von 36 Millionen Euro von Seiten des Landes Oberösterreichs zur Verfügung gestellt wird.

Diese neuen Studienlehrgänge, die ich jetzt nicht wiederholen möchte, das hat die Kollegin Kirchmayr schon gemacht, sind an allen vier Fachhochschulstandorten in Oberösterreich, was ich gut finde. Ich finde auch eine richtige Entscheidung, dass ein Schwerpunkt auf die MINT-Fächer gesetzt wird, weil ich glaube, dass da eine entsprechend große Nachfrage in Oberösterreich besteht und wir haben ja, glaube ich, alle zusammen das Ziel, dass Oberösterreich zu einem Universitäts- und Fachhochschulstandort ausgebaut wird, der auch global gesehen konkurrenzfähig sein soll. Das halte ich auch deswegen wichtig, weil wir konkurrenzfähig sind, was die Industrie betrifft. Wir sind auch konkurrenzfähig, was die Wirtschaft betrifft und alle diskutieren und wissen auch, dass wir die entsprechenden Fachkräfte dazu brauchen. Und die Fachhochschulen eigentlich genau in diesem Bereich beginnen, diesen Fachkräftenotstand auch ein Stück zu mildern und deshalb ist es wichtig, dass wir in diesem Bereich Investitionen setzen. Das bedeutet natürlich auch, dass die Grünen dieser Vorlage zustimmen werden. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Sabine Promberger.

Abg. **Promberger:** Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Landtags! Gleich vorne weg, natürlich werden auch wir diesem Bericht zustimmen und ja es ist sehr erfreulich, wenn wir für Herbst 2018 fünf neue Studiengänge haben werden und sieben Re-Akkreditierungsverfahren. Natürlich stehen auch wir dazu. Ich glaube, ich bin eh bekannt dafür, dass ich immer sage, das, was wir an Schätzen haben, ist das Wissen unserer jungen Menschen, in das müssen wir investieren. Die Vorzüge und Vorteile sind von der Kollegin und vom Kollegen auch schon erwähnt worden.

Ich möchte da jetzt nicht die Spaßbremse sein, zwei kritische Anmerkungen: Wir hätten es uns sparen können, die Studiengebühren für die Fachhochschulen einzuführen, weil das ist immer wieder Kritikpunkt, den wir haben, (Beifall) weil der macht es für manche Menschen einfach schwierig. Es sind zirka 360 Euro pro Semester, die zusätzlich aufgebracht werden müssen und wir wissen, wie schwierig es für manche Menschen ist, einen Hunderter mehr im Monat aufzustellen, wie man bei uns im Salzkammergut sagt.

Und die zweite Geschichte ist die: Wir haben einen Bevölkerungsanteil von annähernd 17 Prozent und nur 13 Prozent Studienplätze im FH-Bereich sind in Oberösterreich. Ich glaube, da haben wir auch noch einen Handlungsbedarf. Wir machen immer wieder etwas. Wir bauen das immer aus. Das wird von uns natürlich auch goutiert. Wir haben allerdings auch noch Luft nach oben. In diesem Sinne stimmen wir allerdings auch dem Bericht zu und sehen auch das Positive, aber in das allgemeine Lob, um es auch in bisserl kritisch zu betrachten, wollte ich jetzt nicht einstimmen. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich darf Frau Kollegin Silke Lackner das Wort erteilen.

Abg. **Mag. Lackner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir haben es schon gehört, die Fachhochschule Oberösterreich ist die forschungsstärkste Fachhochschule und bietet an den vier Campusstandorten in Linz, Wels, Steyr und Hagenberg eine Studienvielfalt, die anfängt von der Wirtschaft über Technik zu Gesundheit und Soziales. Das ist eine Studienvielfalt, die man in ganz Österreich sonst nirgends findet

und auch bei regelmäßigen FH-Rankings vom Industriemagazin ist die FH Oberösterreich eigentlich immer wieder im Spitzenfeld.

Und so ist es auch nicht verwunderlich, dass die Anzahl der Studenten jährlich steigt, sowohl im Vollstudium, als auch berufsbegleitend und ich als Welserin hab auch mehrmals jährlich die Gelegenheit, mich von der hohen Qualität dort zu überzeugen. Ich bin immer wieder am Campus Wels, der Fakultät für Technik und Naturwissenschaften und kann mich davon überzeugen, dass die Ausbildungsqualität dort wirklich hervorragend ist.

Der heutige Beschluss ist für alle Campusstandorte sehr wichtig, damit auch weiterhin eine modern ausgestattete Infrastruktur vorhanden ist, dass es auch hochqualifiziertes Lehrpersonal gibt und dass wir auch weiterhin vielfältige Studiengänge haben und deswegen werden auch wir der Beilage gerne zustimmen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke. Es gibt keine weitere Wortmeldung. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, die dem Antrag zur Beilage 755/2018 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir behandeln die Beilage 756/2018. Das ist die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Übertragung der Aufgabe der Pflege und Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigungen und Ausgliederung der Landespflege- und Betreuungszentren in die Oberösterreichische Landespflege- und Betreuungszentren GmbH. Ich bitte Herrn Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer über diese Beilage zu berichten.

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Beilage 756/2018, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Übertragung der Aufgabe der Pflege und Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigungen und Ausgliederung der Landespflege- und Betreuungszentren in die Oö. Landespflege- und Betreuungszentren GmbH (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 756/2018.)

Die Oö. Landesregierung beantragt, der Oö. Landtag möge

1. diese Regierungsvorlage gemäß § 25 Abs. 5 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zur Vorberatung zuweisen sowie
2. im Rahmen der Einbringung des gesamten Betriebs der Landespflege- und Betreuungszentren in die Oö. Landespflege- und Betreuungszentren GmbH die Übertragung der aus der Beilage ersichtlichen betriebsnotwendigen Liegenschaften genehmigen sowie
3. die sich aus dem beabsichtigten Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung mit der Oö. Landespflege- und Betreuungszentren GmbH ergebende Mehrjahresverpflichtung im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

Dritte Präsidentin: Danke Herr Landeshauptmann. Ich eröffne die Wechselrede, zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe diese und lasse abstimmen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Oberösterreichischen Landtags, die dem Antrag zur Beilage 756/2018 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zur Zuweisung der Beilagen, die im Verlauf dieser Landtagssitzung eingelangt sind. Beilage 762/2018, es ist dies ein Initiativantrag betreffend einer Steuerbegünstigung für Internetzugang. Diese Beilage wird dem Finanzausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 763/2018, Initiativantrag betreffend die Verankerung des Prinzips Schulsprache Deutsch und die Beilage 765/2018, Initiativantrag betreffend administratives Unterstützungspersonal für die oberösterreichischen Pflichtschulstandorte, beide Beilagen werden dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 764/2018, ein Initiativantrag betreffend das Bekenntnis zur Heimatpflege in der Oberösterreichischen Landesverfassung, wird dem Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeits- und Innenausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Und letztlich die Beilage 766/2018, ein Initiativantrag betreffend „Nein zu Mercosur-Abkommen, neue Absatzmärkte nicht um jeden Preis“, diese Beilage weisen wir dem Ausschuss für Wirtschafts- und EU-Angelegenheiten zur weiteren Vorberatung zu.

Damit haben wir das gesamte Programm der heutigen Sitzung abgearbeitet. Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung: 15.06 Uhr)